

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

fowie der
Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantr. Redakteur: Aug. Winnig,
Sitz in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seidenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905. — Die Sege gegen die freien gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. — Politische Umwandlung. — Maurerbewegung. — Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Das Resultat der französischen Arbeiterbewegung. — Bekanntmachung des Verbandes. — Bericht. — Christliches Mitleid. — Zentral-Krankenkasse. — Sonstige Bau: Unfälle, Arbeiterbeschwerden, Subventionen usw. — Aus Unternehmern. — Aus anderen Berufen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

Im verfloßenen Jahre ist von dem organisierten Unternehmertum im weitesten Maße und mit größtem Vorbedacht die Probe aufs Exempel gemacht worden, ob durch Ausperrungen, durch Maßregelung von Mitgliedern und durch sonstige irgend nur anwendbare Mittel die Widerstandskraft der Gewerkschaften gebrochen oder auch nur herabgemindert werden kann. Das Resultat ist eine nie gekannte Stärkung der Gewerkschaften, eine in keinem vorherigen Jahre erreichte Mitgliederzunahme, eine Vermehrung der Einnahmen um 7½ Millionen Mark und eine Erhöhung des Kassenschatzes um 3½ Millionen Mark. Der Umstand, daß gerade die Gewerkschaften, die am meisten unter Ausperrungen zu leiden hatten, den größten Mitgliederzuwachs haben, dürfte beweisen, daß nicht die vermehrte Agitationskraft der Organisationen allein diesen gewaltigen Fortschritt herbeiführte, sondern daß dem Unternehmertum und seinen Unterdrückungs- und Erpressungsversuchen ein nicht geringer Anteil an diesem Erfolge zugesprochen ist.

Im Jahre 1905 vermehrte sich die Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt um 292 695, das sind 43 201 Mitglieder mehr, als die gesamten Zentralverbände im Jahre 1894 hatten. Vom Jahre 1891 bis zum Jahre 1899 ging die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften von 277 659 auf 223 630 zurück. Von da ab zeigte sich eine ständige Aufwärtsbewegung, wie die nachstehende Uebersicht ausweist.

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre
1894	246494	22964	1900	680427
1895	259175	12681	1901	677510
1896	329230	70055	1902	738206
1897	412959	83129	1903	887698
1898	493742	81383	1904	1052108
1899	580473	86731	1905	1844803

Die Mitgliederzunahme war in den einzelnen Jahren keine gleichmäßige. Im Jahre 1901 findet sich sogar ein Rückgang in der Mitgliederzahl um 2917, der in der ungünstigen Wirtschaftslage des Jahres seine Erklärung findet und nicht geeignet ist, das Gesamtbild zu trüben.

Berücksichtigt man, daß mit der größeren Mitgliederzahl der Prozenzfuß der neu gewonnenen Mitglieder in der Regel geringer wird, so ergibt sich für 1905 eine unvergleichliche Mitgliederzunahme, denn auch der Prozenzfuß mit 27,3 ist in keinem Jahre vorher erreicht worden. Der nächst höchste prozentuale Zuwachs an Mitgliedern war im Jahre 1896 mit 27 pSt. zu verzeichnen.

Vergleicht man den Mitgliederbestand des vierten Quartals 1905 mit dem des vierten Quartals 1904, so ergibt sich eine noch größere Zunahme als im Jahresdurchschnitt. Im vierten Quartal 1904 zählten die Gewerkschaften 1 116 728, im ersten Quartal 1905 1 230 325, im zweiten Quartal 1 317 012, im dritten Quartal 1 390 178 und im vierten Quartal 1 429 303 Mitglieder, mithin gegenüber dem vierten Quartal 1904 eine Zunahme von 312 575 Mitgliedern.

Es ist vielfach der Wunsch ausgesprochen, die Mitgliederzunahme nach dem Vergleich des letzten Quartals

des Berichtsjahres mit dem letzten Quartal des Vorjahres in der Statistik anzugeben. Welche Berechnungsmethode die richtige ist, mag dahingestellt bleiben. Da aber bis zum Jahre 1903 ein Ausweis über den Mitgliederbestand in den einzelnen Quartalen in der Statistik nicht gegeben war, so wird für die Gesamtsiffern die bisherige Berechnung der Mitgliederzunahme im Jahresdurchschnitt beibehalten werden müssen, um den Vergleich mit den Vorjahren nicht zu beeinträchtigen. Dagegen kann für die einzelnen Gewerkschaften sehr wohl die Mitgliederzunahme vom vierten Quartal des Vorjahres zum vierten Quartal des Berichtsjahres erfolgen, ohne zu Irrtümern Veranlassung zu geben. In der nachfolgenden Aufstellung ist dies geschehen. Es hatten an Mitgliedern zugenommen im vierten Quartal 1905 gegenüber dem vierten Quartal 1904:

Metallarbeiter 60 728, Maurer 28 551, Textilarbeiter 26 550, Fabrikarbeiter 25 089, Holzarbeiter 24 755, Bergarbeiter 24 378, Bauhilfsarbeiter 16 420, Handels- und Transportarbeiter 10 249, Maler 7468, Gemeindegewerkschaften 7092, Schneider 7034, Zimmerer 6210, Tischler 5325, Schuhmacher 4991, Steinarbeiter 4918, Glasarbeiter 4776, Tabakarbeiter 4644, Bauernarbeiter 4083, Buchdrucker 3896, Buchbinder 3488, Schmiede 3385, Maschinenisten 2733, Porzellanarbeiter 2557, Lithographen 2132, Handlungsgehilfen 2103, Hafenarbeiter 1916, Wälder 1668, Stukkatoren 1631, Sattler 1370, Dachdecker 1265, Weißbinder 1253, Kupferer 1135, Portefeuliers 1072, Lederarbeiter 994, Gutmacher 935, Steinseher 939, Glaser 930, Gastwirtschaftsgehilfen 883, Wälder 750, Schiffszimmerer 505, Müller 497, Kupferer 480, Barbier 451, Zigarenfabrikanten 317, Fleischer 184, Bildhauer 182, Seelen 170, Asphaltarbeiter 161, Handwerksmeister 136, Bureauangestellte 135, Notenfleischer 121, Lagerhalter 106, Vergolder 103, Graveure 78, Blumenarbeiter 75, Formstecher 72, Buchdrucker Elfaß-Druckingen 65, Bildhauer 27.

Eine Mitgliederabnahme ist nur bei dem Verband der Kürschner, und zwar mit 39, zu verzeichnen. Im Jahresdurchschnitt berechnet, würde dieser Verband eine geringe Mitgliederabnahme aufweisen. Er hatte im Jahresdurchschnitt 1905 Mitglieder im Jahre 1904 und 1903 Mitglieder im Jahre 1905.

Für die Berechnungen über die Einnahme und die einzelnen Ausgaben der Verbände läßt sich nicht die Mitgliederziffer am Schluß des Berichtsjahres, sondern nur die Jahresdurchschnittsziffer verwenden. Diese ist deshalb in der nachfolgenden Aufstellung, wie auch in den weiteren Zahlenangaben verwandt. Es hatten im Durchschnitt des Jahres 1905 Mitglieder:

Metallarbeiter 233 323, Maurer 155 911, Bergarbeiter 124 976, Holzarbeiter 119 925, Textilarbeiter 66 959, Fabrikarbeiter 66 689, Handels- und Transportarbeiter 46 906, Bauhilfsarbeiter 46 308, Buchdrucker 43 251, Zimmerer 42 249, Maler 29 470, Schneider 28 626, Schuhmacher 26 368, Tabakarbeiter 24 619, Bauernarbeiter 21 697, Gemeindegewerkschaften 17 926, Buchbinder 16 787, Schmiede 15 320, Hafenarbeiter 14 229, Steinarbeiter 13 869, Lithographen 12 270, Wälder 10 941, Maschinenisten 10 477, Wälder 10 285, Porzellanarbeiter 10 094, Glasarbeiter 8940, Steinseher 7157, Stukkatoren 7091, Buchbinder Elfaß-Druckingen 6896, Wälder 6825, Kupferer 6633, Lederarbeiter 6403, Sattler 6008, Gutmacher 5158, Bildhauer 4843, Handlungsgehilfen 4796, Dachdecker 4750, Glaser 4412, Werftarbeiter 4192, Gärtner 3936, Müller 3880, Kupferer 3721, Gastwirtschaftsgehilfen 3656, Seelen 3348, Portefeuliers 3318, Konditoren 3071, Handwerksmeister 3050, Tischler 2884, Schiffszimmerer 2733, Fleischer 2338, Graveure 2313, Kürschner 1939, Vergolder 1807, Zigarenfabrikanten 1718, Lagerhalter 1429, Barbier 1321, Buchdrucker Elfaß-Druckingen 907, Bildhauer 722, Bureauangestellte 687, Asphaltarbeiter 593, Formstecher 517, Blumenarbeiter 475, Notenfleischer 433, Schuhmacher 327. Der Verband der Werftarbeiter, der sich am 1. Oktober

1905 auflöste und dessen Mitglieder sich den Verbänden der Holzarbeiter und der Metallarbeiter anschlossen, zählte im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 1905 4192 Mitglieder.

Nach den auf Grund der Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung angestellten Berechnungen ergab sich, daß im Jahre 1895 als organisationsfähig gelten konnten 5 146 700 Arbeiter und Arbeiterinnen. Davon gehörten den gewerkschaftlichen Zentralverbänden gegenwärtig an 1 344 803 = 26,1 pSt. Nun ist sicher eine wesentliche Erhöhung der Zahl der industriellen Arbeiter seit dem Jahre 1895 zu verzeichnen, so daß gesagt werden muß, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände heute noch nicht den vierten Teil der industriellen Arbeiterwelt umfassen. Wenn auch dadurch, daß die Gewerkschaften sich auf bestimmte Gebiete konzentrieren, die Aktionskraft erhöht wird und tatsächlich unsere Organisationen sich einen Einfluß im Wirtschaftsleben gesichert haben und dieser Einfluß auch von den Gegnern der Arbeiterbewegung anerkannt wird, so zeigt der vorstehende Vergleich doch deutlich, daß noch viel Mühe und Opfer erforderlich sind, um die Massen der indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen für die Gewerkschaften zu gewinnen. Wir lassen uns die Freude und die Genugtuung über die im letzten Jahrzehnt gemachten Fortschritte nicht schmälern, haben aber nicht die geringste Ursache, mit dem gegenwärtigen Stand der Bewegung zufrieden zu sein. Ueber unsere Kraft dürfen wir uns nicht selbst täuschen. Daß es aber, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, mit unseren Gewerkschaften in der gewaltigen Weise vorwärts gekommen ist, muß uns ein Ansporn sein, noch energischer als bisher für die Ausbreitung unserer Organisationen zu sorgen in der festen Überzeugung, daß es uns gelingen wird und gelingen muß, die heute noch fernstehenden für die Gewerkschaften zu gewinnen.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Zentralverbände betrug im Jahresdurchschnitt 1905 in 34 Verbänden 74 411 gegenüber 48 604 im Durchschnitt des Jahres 1904. Das macht unter Berücksichtigung des Umstandes, daß in 3 Organisationen ein Verlust von 13 Mitgliedern im letzten Jahre eingetreten ist, eine Zunahme von 25 807 oder 53,1 pSt. Im Jahre 1892 waren nur 4355 weibliche Mitglieder in den Verbänden. Im Jahre 1900 stieg die Zahl auf 22 844. Von 1900 bis 1905 ist eine Zunahme an weiblichen Mitgliedern von 51 567 oder 225,8 pSt. zu verzeichnen, während in dem gleichen Zeitraum die Zahl der männlichen Mitglieder von 657 583 auf 1 270 392, also um 612 809 oder um 93,3 pSt. stieg. Im Jahre 1905 erhöhte sich die Zahl der männlichen Mitglieder von 1 003 504 auf 1 270 392, also um 266 888 oder 26,6 pSt. Prozentual ist somit die Zunahme der weiblichen Mitglieder erheblich größer als die der männlichen. Im vierten Quartal 1905 betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder 89 431. Es war also im Laufe des Jahres eine weitere Zunahme zu verzeichnen, und es gewinnt den Anschein, als wenn auch in dem weiblichen Mitgliederbestand eine gewisse Stabilität eingetreten ist. Es ist Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder, durch energische Agitation die Frauenbewegung zu unterstützen, wobei das von der Generalkommission eingerichtete Arbeiterinnensekretariat stets Hilfe und Unterstützung leisten wird. Mehr noch als bei der Organisation der männlichen Arbeiter ist bei dem Heranziehen der Arbeiterinnen zur Organisation in der Zukunft zu tun. Wegen der erst erwähnten Ziffern der Gewerbezahlung von 1895 zu gründe, so ergibt sich, daß die 74 411 weiblichen Gewerkschaftsmitglieder nur 7,9 pSt. der organisationsfähigen weiblichen Arbeiterkraft ausmachen. Ein lächerlich geringer Prozenzfuß, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der weiblichen Arbeiter seit dem Jahre 1895 prozentual sicher erheblich mehr gesteigert hat, als die der männlichen. Ein gewaltiges Stück Agitationsarbeit ist hier von den Gewerkschaften noch zu leisten.

In der Finanzabrechnung der Gewerkschaften find im Jahre 1905, wie schon eingangs erwähnt, die gleichen Fortschritte zu

vergleichen wie im Mitgliederbestand. Während im Jahre 1904 die Einnahme in 63 Verbänden M. 20 190 630 betrug, stellte sie sich im Jahre 1905 in 64 Verbänden auf M. 27 812 257. Im Jahre 1891 hatten die 49 Verbände, welche Bericht erstatteten, nur eine Gesamteinnahme von M. 1 116 588. Bis zum Jahre 1900 war die Einnahme in 58 berichtserstattenden Verbänden auf M. 9 454 075 gestiegen. In den Jahren von 1891 bis einschließlich 1905 vereinnahmten die Verbände insgesamt M. 128 710 621.

Von der Einnahme des Jahres 1905 entfallen auf den Verband der Metallarbeiter M. 5 357 728, Holzarbeiter M. 3 245 075, Maurer M. 3 128 826, Buchdrucker M. 2 407 770, Bergarbeiter M. 1 285 557, Zimmerer M. 1 093 293, Bauhilfsarbeiter M. 1 017 124, Fabrikarbeiter M. 916 280, Textilarbeiter M. 785 670, Handels- und Transportarbeiter M. 778 580, Maler M. 633 195, Tabakarbeiter M. 600 129, Lithographen M. 548 866, Schuhmacher M. 521 540, Brauereiarbeiter M. 436 278, Schneider M. 389 672, Buchhändler M. 353 654, Hafenarbeiter M. 292 744. Es hatten ferner eine Jahresseinnahme von M. 200 bis M. 250 000 6 Verbände, von M. 150 bis 200 000 5 Verbände, von M. 100 bis 150 000 5 Verbände, von M. 50 bis 100 000 12 Verbände, von M. 20 bis 50 000 7 Verbände, von M. 20 bis 30 000 4 Verbände, von M. 10 bis 20 000 4 Verbände und unter M. 10 000 3 Verbände.

Pro Kopf der Mitglieder berechnet, hatten die Zentralverbände an Jahresseinnahme 1905: Notensteher M. 58,95, Buchdrucker 55,67, Buchhändler Elßaß-Rothringens 47,40, Lithographen 44,32, Bildhauer 42,55, Formstecher 36,87, Maßschneider 35,16, Gutmacher 29,49, Handschuhmacher 28,63, Zigarrensortierer 27,84, Holzarbeiter 27,06, Zimmerer 25,88, Kupferbeschläge 25,10, Tapezierer 24,89, Stuckateure 24,41, Tabakarbeiter 24,38, Porzellanarbeiter 23,05, Metallarbeiter 22,96, Köpfer 22,39, Bauarbeiter 21,96, Grubenarbeiter 21,84, Sattler 21,55, Maler 21,49, Müller 21,21, Buchbinder 21,07, Gastwirtschaftsgehilfen 20,96, Steinseher 20,46, Wapphalter 20,43, Brauereiarbeiter 20,11, Maurer 20,06, Hafenarbeiter 19,87, Schuhmacher 19,78, Wäder 19,73, Reberarbeiter 19,31, Bergarbeiter 18,23, Glasarbeiter 17,22, Seelenleute 16,99, Werftarbeiter 16,87, Portefeuerler 16,80, Schiffszimmerer 16,59, Handels- und Transportarbeiter 16,49, Barbier 16,45, Kürschner 15,35, Glaser 15,32, Schmiede 15,31, Zivilmüller 15,30, Gärtner 14,80, Steinarbeiter 14,13, Fabrikarbeiter 13,74, Lagerhalter 13,66, Schneider 12,91, Konditor 12,44, Wäpfer 12,15, Bureauangestellte 12,05, Textilarbeiter 11,73, Gemeindevorsteher 11,40, Fleischer 10,87, Maschinisten 10,79, Bergarbeiter 10,13, Handlungsgehilfen 9,88, Buchdruckerhilfsarbeiter 9,06, Schuhmacher 7,25, Dachbeder 7,23, Blumenarbeiter M. 8,59.

Nicht bei allen Verbänden ist die Jahresseinnahme vollständig angegeben, weil die in den Zweigvereinen geleisteten Extrabeträge für lokale Zwecke nicht immer vollständig festgestellt und der Gesamtberechnung des Verbandes eingefügt werden konnten.

Wie enorm die Steigerung der Einnahmen, sowohl absolut als auch pro Kopf der Mitglieder berechnet, in den Gewerkschaften ist, ergibt sich deutlich bei dem Vergleich der Einnahmen der einzelnen Verbände für mehrere Jahre. Durch einen solchen Vergleich wird auch unzweifelhaft nachgewiesen, daß die früher oft aufgestellte Behauptung, durch Erhöhung der Beiträge sind Mitgliederverluste zu erwarten und die Unorganisierten würden vom Beitritt zu den Verbänden ferngehalten, eine völlig irrige ist.

Die Holzarbeiter hatten im Jahre 1894 einen Wochenbeitrag von 16 $\frac{1}{2}$ für männliche Mitglieder. Die Mitgliederzahl betrug 26 141, die Jahresseinnahme M. 189 771 oder pro Kopf der Mitglieder M. 7,27. Im Jahre 1900 war der Beitrag 25 $\frac{1}{2}$, die Mitgliederzahl stand auf 78 792, die Jahresseinnahme auf 1 108 954 oder pro Kopf M. 15. Im Jahre 1905 war der Wochenbeitrag 35 $\frac{1}{2}$, die Mitgliederzahl hatte sich auf 119 925, die Jahresseinnahme auf M. 3 245 075 oder pro Kopf auf M. 27,06 erhöht.

Die Maurer hatten 1894 einen Wochenbeitrag von 10 $\frac{1}{2}$ (außerdem im Sommer Extrabeträge von 10—20 $\frac{1}{2}$ pro Woche). Die Mitgliederzahl stand auf 12 680, die Jahresseinnahme auf M. 86 170 oder pro Kopf der Mitglieder M. 6,85. Im Jahre 1900 stand der Beitrag auf 25—55 $\frac{1}{2}$ (je nach Höhe des Stundenlohnes des Mitgliedes), die Mitgliederzahl betrug 92 964, die Jahresseinnahme M. 1 264 068 oder pro Kopf M. 15,23. Im Jahre 1905 war der Beitrag auf 30—60 $\frac{1}{2}$ erhöht, die Mitgliederzahl stieg auf 155 911, die Jahresseinnahme auf M. 3 128 826 oder pro Kopf M. 20,06.

Die Metallarbeiter hatten 1894 einen Wochenbeitrag von 15 $\frac{1}{2}$ für männliche Mitglieder, einen Mitgliederbestand von 35 406, eine Jahresseinnahme von M. 254 576 oder pro Kopf M. 7,22. Im Jahre 1900 war der Wochenbeitrag auf 30 $\frac{1}{2}$ erhöht, Mitgliederbestand war 100 762, Jahresseinnahme M. 1 193 231 oder pro Kopf M. 11,84. Im Jahre 1905 hatte der Verband einen Beitrag von 50 $\frac{1}{2}$, einen Mitgliederbestand von 233 223, eine Jahresseinnahme von M. 5 357 728 oder pro Kopf M. 22,96.

Die Zimmerer hatten 1894 einen Beitrag von 10 $\frac{1}{2}$ pro Woche (außerdem im Sommer Extrabeträge von 10—30 $\frac{1}{2}$

pro Woche), eine Mitgliederzahl von 8127, eine Jahresseinnahme von M. 69 819 oder pro Kopf M. 8,59. Im Jahre 1900 stand der Beitrag auf 15—35 $\frac{1}{2}$, die Zahl der Mitglieder auf 25 272, die Jahresseinnahme auf M. 318 810 oder pro Kopf M. 12,40. Im Jahre 1905 war der Wochenbeitrag 30—75 $\frac{1}{2}$, der Mitgliederbestand 42 249, die Jahresseinnahme M. 1 093 293 oder pro Kopf M. 25,88.

Deutlicher kann einerseits nicht erweisen werden, in welchem Maße die deutschen Arbeiter im Laufe des letzten Jahrzehnts sich Mehrleistungen für ihre Gewerkschaften auferlegt haben, andererseits, welche günstige Wirkung die Erhöhung der Beiträge auf die Entwicklung der Organisation ausgeübt hat; denn ähnlich wie in den genannten vier Verbänden haben sich die Dinge in allen Gewerkschaften entwickelt.

Die Jahresausgabe stellte sich im Jahre 1905 in den 64 Verbänden, die der Generalkommission angegeschlossen sind, auf M. 25 024 284. Im Jahre 1891 hatten die 47 Verbände, die Bericht erstatteten, eine Ausgabe von M. 1 608 584 und im Jahre 1900 hatten die 58 Verbände, von denen Bericht vorlag, eine Ausgabe von M. 8 088 021. In der Zeit von 1891 bis einschließlich 1905 verausgabten die Verbände M. 111 197 616. Von dieser Summe entfielen auf Reichsbeitrag, Unterstützungen und das Verbandsorgan M. 43 113 494, und zwar wurden in dem genannten Zeitraum verausgabt für Reichsbeitrag M. 1 288 907, Gemeindegeldunterstützung M. 2 317 911, Reiseunterstützung M. 4 455 889, Arbeitslosenunterstützung M. 10 956 261, Krankenunterstützung M. 9 717 866, Invalidenunterstützung M. 1 895 015, Beihilfe in Not- und Sterbefällen M. 2 853 797, zusammen M. 34 225 146. Für das Verbandsorgan wurden M. 8888 348 verausgabt. Damit ist die überaus segensreiche Tätigkeit der Gewerkschaften erwiesen. Jedoch haben sie sich nicht etwa damit begnügt, die Mitglieder in Notfällen existenzfähig zu erhalten, sondern sie haben mit aller Energie dahin gewirkt, der Arbeiterklasse eine bessere Lebenshaltung zu erringen. Das beweisen die enormen Aufwendungen für die Streiks und Aussperrungen. Von 1891 bis einschließlich 1905 wurden hierfür M. 33 120 243 verausgabt. Daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände in den letzten Jahren, wie vielfach behauptet wird, den Kämpfen aus dem Wege gehen, wird widerlegt durch die Steigerung der Ausgaben für Streiks und Aussperrungen. Diese betragen von 1892 bis 1897 unter 1 Million Mark pro Jahr, stiegen 1898 auf etwas über 1 Million Mark, im Jahre 1900 auf fast 2½ Millionen Mark und sanken in den nächsten beiden Jahren auf etwas unter 2 Millionen Mark. Dann steigerten sie sich im Jahre 1903 auf 4, 1904 auf fast 6 und 1905 auf 9½ Millionen Mark. Diese Zahlen beweisen, wie wenig die Gewerkschaften, trotz Ausbau der Unterstützungs-einrichtungen, ihre wichtigste Aufgabe, den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, hintanzusetzen.

Die Ausgaben für die einzelnen Zweige gewerkschaftlicher Tätigkeit im letzten Jahre zeigt die folgende Aufstellung:

	Organisationen	Markt
Verbandsorgan	64	1415397
Agitation	64	1805132
Streiks im Beruf	55	9149708
Streiks in anderen Berufen	62	524856
Reichsbeitrag	57	811239
Gemeindegeldunterstützung	47	486765
Reiseunterstützung	44	712820
Arbeitslosenunterstützung	41	1991924
Krankenunterstützung	38	1920639
Invalidenunterstützung	7	278960
Beihilfe in Sterbefällen	41	328676
Beihilfe in Notfällen	42	296128
Unmögliche Kosten	39	175551
Stellenvermittlung	14	12996
Bibliothek	27	87256
Sonstige Zwecke	61	1037745
Konferenzen und Generalversammlungen	56	812798
Weittrag an die Generalkommission	62	182449
Weittrag an Kartelle und Sekretariate	38	224984
Projektskosten	19	8920
Gehälter	63	466856
Verwaltungsmaterial	63	542064

An Kassenbestand verblieben den Verbänden am Schlusse des Berichtsjahres M. 19 638 850, gegen M. 16 109 903 am Schlusse des Jahres 1904. Im Jahre 1891 hatten die gesamten Verbände nur M. 425 845 Kassenbestand, der sich im Jahre 1900 bereits auf M. 7745 902 erhöht hatte. Von dem Bestand am Schlusse des Jahres 1905 entfallen auf den Verband der Buchdrucker M. 4940 149, Maurer M. 2782 467, Metallarbeiter M. 2177 198, Holzarbeiter M. 1840 987, Bergarbeiter M. 1226 445, Zimmerer M. 919 169.

Auf den Kopf der Mitglieder berechnet, hatten am Schlusse des Jahres 1905 Kassenbestand: Notensteher M. 216,50, Buchdrucker Elßaß-Rothringens 147,57, Buchbinder 114,22, Gutmacher 45,33, Formstecher 34,15, Seelen 33,09, Buchbinder 26,07, Portefeuerler 23,37, Bildhauer 22,43, Zimmerer 21,76, Steinarbeiter 21,49, Bergarbeiter 21,45, Stuckateure 21,23, Zigarrensortierer 20,37, Schiffszimmerer 19,81, Sattler 18,39, Kupferbeschläge 17,68, Maurer 17,53, Köpfer 16,83, Lagerhalter 16,17, Tapezierer 15,90, Holzarbeiter 15,35, Steinseher 15,10, Buchdruckerhilfsarbeiter 13,81, Müller 13,24, Wäpfer 12,37, Handschuhmacher 12,05, Schuhmacher 11,97, Gastwirt-

gehilfen 11,70, Porzellanarbeiter 11,56, Maler 11,05, Dachbeder 10,19, Bureauangestellte 10,09, Bergarbeiter 9,81, Metallarbeiter 9,33, Bauhilfsarbeiter 8,87, Glaser 8,86, Kürschner 7,84, Wäder 7,51, Glasarbeiter 7,35, Reberarbeiter 6,83, Fabrikarbeiter 6,68, Zivilmüller 6,63, Lithographen 6,21, Barbier 5,74, Grubenarbeiter 5,68, Brauereiarbeiter 5,48, Gemeindevorsteher 5,35, Handels- und Transportarbeiter 5,13, Konditor 5,09, Schmiede 4,96, Hafenarbeiter 4,73, Gärtner 4,26, Maschinisten 4,11, Schneider 3,98, Fleischer 3,28, Schuhmacher 2,99, Maßschneider 2,83, Textilarbeiter 2,82, Blumenarbeiter 2,76, Wapphalter 2,73, Tabakarbeiter 2,57, Handlungsgehilfen 2,47.

Diese Aufstellung soll zeigen, in welchem Maße die einzelnen Organisationen am Schlusse des Berichtsjahres finanziell kampffähig waren. Die Summen wachsen, abgesehen von einzelnen Verbänden, ständig, je nachdem eine Organisation in dem Berichtsjahre Streiks durchzuführen und Aussperrungen abzuwehren hatte. Sinkt infolgedessen der Bestand enorm, so muß auch schließend dafür georgt werden, daß er auf eine solche Höhe gebracht wird, daß ein Kampf, auch wenn ein größerer Teil der Mitglieder des Verbandes daran beteiligt ist, zunächst aus eigenen Mitteln geführt werden kann. Im allgemeinen ist in den letzten Jahren diese Rüstung zum Kampfe bei den Verbänden vorhanden gewesen.

Die Geze gegen die freien gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen

Jeitens der Presse der bürgerlichen Parteien zeitigt immer neue Wüten. Dieser Geze muß bekanntlich auch die Frage vom Terrorismus dienen. Die „Ordnungsblätter“ und ihre Gewährsmänner erfinden immer neue Beiträge zu diesem Kapitel. In den letzten Tagen haben sie folgende von der „Nationalen Zeitung“, dem leitenden Organ der nationalliberalen Partei, veröffentlichte Zuschrift verbreitet:

„Es dürfte vielfach unbekannt sein, welche rücksichtslosen Zwangsmittel die Sozialdemokratie anzuwenden pflegt, um streikende Arbeiter, welche gern wieder arbeiten möchten, von der Arbeit gewaltsam abzuhalten. Die Arbeiter, welche streiken und deshalb Streikunterstützungen aus der Verbandskasse beziehen, müssen über die empfangenen Beträge Bescheid unterzeichnen. Diese Bescheid — bei Streik abgabbar — werden dem betreffenden Arbeiter nicht zur Zahlung vorgelegt, solange er während der Dauer eines Streiks in diesem beharrt. Wehe aber dem Unglücklichen, der in der Erkenntnis, daß die Streikbewegung für seinen oder seiner Familie Unterhalt nicht ausreichen oder der ohne Aussicht auf einen günstigen Ausgang des Streiks die Arbeit wieder aufnimmt. Er ist in den Augen seiner Genossen nicht nur gebrandmarkt, sondern soll immer dem Elend und der Not preisgegeben. Denn ohne Vergut werden ihm nunmehr die von ihm unterzeichneten Bescheid über die bisher erhaltenen Streikunterstützungsbeträge zur Zahlung vorgelegt. Wehe dem Arbeiter, welcher alsdann nicht über Erbsamkeit verfügt, um die Bescheid bezahlen, also die empfangenen Unterstützungen der Verbandskasse zurückzahlen zu können. Die Bescheid werden protestiert und der Gerichtsvollzieher erscheint in der Wohnung des Arbeiters, um zu pöbeln. Das sind die Folgen und die Wirkungen der Streikunterstützung. Mit dem Zeitpunkt, wo der Arbeiter meist aus Unkenntnis über die schlimmen Folgen, die schließlich zu bedrückender Unterdrückung antritt, erklärt für ihn ein eigener, freier Wille nicht mehr. Er kann weder vor, noch zurück — seine Hände sind ihm durch die sozialdemokratische Organisation gebunden, deren Terrorismus und Wüßheit er sich selbst auf Gnade und Ungnade ausgeliefert hat.“

Sollen wir gegenüber dieser gefährlichen und heftigen Darstellung die Linsen sprechen:

Es ist vorgekommen und mag noch weiter vorkommen, daß Arbeiterorganisationen, die im Kampfe mit dem Unternehmertum stehen, einen Streik zu führen haben, aus einer gewissen Zwangslage heraus genötigt sind, sich dagegen zu schützen, daß Teilnehmer am Streik unehrlich gegen sie verfahren, eine Teilzahl der Streikunterstützung nehmen und dann unter Wiederaufnahme der Arbeit den Streikenden in den Rücken fallen. Jemand für den Fall, daß er so handelt, in aller Form zu verpöbeln, die empfangenen Streikunterstützung zurückzahlen, ist weder unter rechtlichen noch unter sittlichen Gesichtspunkten anfechtbar. Denn die Unterdrückung ist kein verbindlicher gegebenes Almosen; sie wird gewährt unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß der Empfänger die Streikbewegung bis zu ihrem ordnungsgemäßen Abschluß mitmacht. Es ist ein Koalitionsvertrag, um den es sich da handelt. Wer, gleichviel aus welchen Gründen, diesen Vertrag bricht, sich gegen die Koalition kehrt, von dem wird wahrlich nicht zu Unrecht der ihm unter der Bedingung des Ausschusses im Kampfe gewährte Unterstützungsbeitrag zurückverlangt. Ist genug da, sich übrigens der Fall ereignet, daß gewissenlose Subjekte nur zu dem Zwecke den Streikenden beitreten, um für einige Zeit die Unterdrückung zu genießen und dann Streikbrecher zu werden. Ja, es ist nicht selten vorgekommen, daß das Unternehmertum solche Subjekte den Arbeiterorganisationen förmlich zugeführt hat, damit sie die Streikbewegung plündern.

Daß bürgerliche Blätter sich darüber „sittlich entrücken“, daß die Arbeiterorganisation gegen derartige Schädigungen sich schützt, ist um so dünner und freiboller, als das Unternehmertum in Deutschland nur schon bald vier Jahrzehnte hindurch, seit der gesetzlichen Sanction des Koalitionsrechtes, ein wahrhaft flaubolles terroristisches System auf seine Koalitionsgegner aufbaute. Die im Norddeutschen Bundesverband „organisierten“ Unternehmern hatten schon im Jahre 1873 Konventionsstrafen festgesetzt für diejenigen Mitglieder, die regelrecht in Verzug erklärte Gesellen beschäftigten würden. Zur Sicherung solcher Strafgebote hatte jedes Mitglied bei dem Vorstand der Vereine einen Solidaritäts-Bescheid im Betrage von 100 Talern zu hinterlegen. Ende der achtziger Jahre nahmen Bau-

gewerkschaftsverbände — a. B. der Dresdener — in ihre Satzungen „zum Schutze gegen Streiks und agitatorische Verfehrungen der Arbeitnehmer“ eine Bestimmung auf, wonach jedes Mitglied, das die ihm vom Vorstand als „widerlich“ bezeichneten Arbeiter nicht sofort entläßt, eine Konventionalstrafe von M. 100 an die Verbandskasse zu zahlen hat.“

Dieses System der Verurteilung unter Androhung von Geldstrafen hat in den Unternehmerorganisationen dem es verbietenden Gesetz zum Trost, eine geradezu niederträchtige Ausgestaltung erfahren. Dagegen hat noch niemals ein nationalliberaler, freisinniger oder konservativer Blatt etwas eingewendet gehabt.

Man vergleiche mit diesem System die Praxis, die in der Aufsicht an die „National-Zeitung“ der Arbeiterorganisationen so geschäftig zum Vorwurf gemacht wird. Die Unternehmerorganisation erhebt Geldstrafen für Ungehorsam; die Arbeiterorganisation fordert von solchen Arbeitern, die der freiwillig eingegangenen moralischen Verpflichtung, im Streit auszuhalten, zuwiderhandeln, das zurück, was sie an Unterstützung zum Zwecke des Aushaltens erhalten haben. Das ist ein Unterschied, der durchaus zu Gunsten der Arbeiterorganisation spricht.

Aber die „gutsinnige“ Presse kennt weder Scham noch Rücksicht auf Recht und Billigkeit, wenn es sich für sie darum handelt, gegen die Arbeiterorganisationen zu liegen. Bedauernd ist das Bürgertum, daß aus dieser Presse seine „Belehrung“ über die Arbeiterbewegung schöpft.

Politische Umschau.

„Anarcho-sozialistische“ Lügen. Das Protokoll der „Einigkeit“ aus dem vielbesprochenen Protokoll über die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, sollte sich Genosse Bömelburg verächtlich über die Protestbewegung der Arbeiterklasse gegen das Massenwahl-Unrecht wie auch über Beschlüsse der sozialdemokratischen Partei geäußert haben. Diese Behauptungen der „Einigkeit“ sind dann von ihren Angehörigen, besonders von den Meistern Gohl und Beglin, in Rheinland und Westfalen und in Breslau weiter verbreitet worden. Um einem weiteren Umschweifen dieser anarcho-sozialistischen Lügen entgegenzutreten und zur Verurteilung unserer Kollegen und Genossen hat Bömelburg auf der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Süd, dessen Vertreter im Reichstage er ist, Gelegenheit genommen, folgende Erklärungen auf einige an ihn gestellte Fragen abzugeben:

1. Ist es wahr, daß er die von der Partei veranfalteten Protestversammlungen gegen das preussische Wahlrecht für lächerlich gehalten und im Sinne dieser Auffassung über sie sich geäußert hat? „Diese Frage kann ich mit ruhigem Gewissen mit nein beantworten. Niemals habe ich die Protestbewegung gegen das Wahlrecht in Preußen als lächerlich erklärt und habe auch niemals eine Verurteilung getan, die nur auf eine Wüthung dieser so sehr wichtigen und interessanten Bewegung schließen ließe. Allerdings habe ich mich auf einer Konferenz der Zentralvorstände gegen eine Protestbewegung gewandt. Es handelte sich dabei aber nicht um die Wahlrechtsbewegung, sondern um die Proteste gegen den Kölner Gewerkschaftskongress.“ 2. Ist es wahr, daß er eine frühere, und zwar etwa 1899 auf einem Gewerkschaftskongress nach früheren Vorständen getane Verurteilung, daß die Partei und Gewerkschaften „eins“ seien und daß an die Stelle der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise die kollektivistische treten müsse, gelegentlich einer Konferenz der Zentralvorstände im Februar dieses Jahres bedauert und als unüberlegte Verurteilung hingestellt hat, welche er heute nicht in dem früheren Sinne und Wortlaut tun würde? „Es ist nicht wahr, daß ich auf der Vorstandskonferenz oder sonst irgendwo meinen bekannten Ausspruch: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins“, bedauert habe. Das Gegenteil ist richtig.“ Auf der Vorstandskonferenz habe ich wörtlich gesagt: „Ich freue mich darüber und habe nie bereut, den Ausspruch getan zu haben, aber wenn ich gewußt hätte, daß man davon in unseren eigenen Reihen so viel Aufhebens machen würde, wenn ich ferner gewußt hätte, daß man jahrelang damit haufieren gehen würde, dann hätte ich jedenfalls denselben Gedanken in andere Worte geleiht.“ 3. Steht er auf dem Standpunkt, daß er als Gewerkschaftsführer und überhaupt als Gewerkschaftler, während er zugleich Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist, Parteitagebeschlüsse zu respektieren und ihnen Folge zu geben hat, oder glaubt er, daß seine Eigenschaft als Gewerkschaftsführer ihm das Recht gibt, die jeweiligen Interessen der Gewerkschaften über die Parteitagebeschlüsse zu stellen und eventuell in solchen vermeintlichen anderen und höheren Interessen der Gewerkschaften gegen Parteitagebeschlüsse und Parteizisziplin handeln zu dürfen? „Ich betrachte es als etwas ganz Selbstverständliches, daß Beschlüsse der Parteitage, für deren Durchführung die Partei allein in Frage kommt, auch von jedem einzelnen Mitgliede der Partei gehalten werden müssen. Dagegen sehe ich auf dem Standpunkt, daß für gemeinsame Aktionen der Partei und Gewerkschaftsorganisationen nur solche Beschlüsse maßgebend sein können, die in gegenseitiger Übereinstimmung gefaßt sind.“

Partei und Gewerkschaften. Das Protokoll der Gewerkschaftsvorstände-Konferenz ist nunmehr, entgegen dem Willen der Generalkommission und der Mehrheit der Zentralvorstände, vom „Vorwärts“ und einigen anderen Parteizeitungen veröffentlicht worden.

Bräunlicher Terrorismus. Die Schutzherrn der katholischen Arbeitervereine lassen es nicht dabei bewenden, diese Vereine in den Dienst des Kampfes gegen die „gottlose“ Sozialdemokratie und die freien gewerkschaftlichen Organisationen zu stellen; selbst gegen die Christ- und Christen-Gewerksvereine, die mit ihnen die Ideen der

„Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, „Ordnungsinn und Patriotismus“ gemein haben, lassen sie ihre terroristischen Praktiken spielen. Es sind darüber in der Berliner Volks-„Beitung“ interessante Mitteilungen aus Westfalen veröffentlicht worden. Man hat die Gewerksvereine als „religionsfeindlich“ in Bezug gebracht, sie als „Atheisten“ hingestellt.

Es sind — heißt es da — im Westen Deutschlands in den Gewerksvereinen eine Reihe Mitglieder, deren katholische Religionsart gar nicht angeht, weil sie nicht werden kann, zumal da sie gleichzeitig Mitglieder des katholischen Arbeitervereins sind. Diese waren den Christlichen längst ein Dorn im Auge. Diese Mitglieder wurden vor die Alternative gestellt: Entweder ihr tretet aus dem Gewerksverein aus, oder ihr werdet aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschlossen. Der Ausschluß bedeutete für die Mitglieder nicht nur religiöse Nachteile, wie man sich ja leicht vorstellen kann, sondern auch wirtschaftliche Schäden, da die katholischen Arbeitervereine eine Reihe Unterstüthungsbeiträge haben, auf die jene Mitglieder durch jahrelange Beitragszahlungen Anspruch erworben hatten. Zuerst waren es die katholischen Arbeitervereine der Diözesen Paderborn und Aachen, die diesen solchen Beschluß faßten. In einem einzigen Dorfe der Diözese Paderborn wurden auf Grund dessen 88 Gewerksvereine aus dem katholischen Arbeiterverein ausgeschlossen. Es wird dann berichtet, daß die katholischen Arbeitervereine im Ruhrgebiet ebenso verfahren. Auch sie haben vor einigen Wochen den Beschluß gefaßt, daß kein katholischer Arbeiter gleichzeitig Mitglied der deutschen Gewerksvereine und des katholischen Arbeitervereins sein darf.

Gegenüber dem fanatischen und heuchlerischen Gerede, das gerade von ultramontaner Seite über „Terrorismus“ der Sozialdemokratischen Gewerkschaften“ erhoben wird, lohnt es sich, unsere Leser mit vorstehender Mitteilung bekannt zu machen. Die Christ- und Dunderischen Gewerksvereine freilich haben kaum ein Recht, sich über den wider sie geübten Terrorismus zu erheben; sie haben es vielmehr hindurch gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern genau so getrieben. Wir erinnern daran, daß ein Teil dieser Vereine auf Betreiben des Verbandsamts Dr. Marzisch im Jahre 1876 den sogenannten „Revers“ einführte, eine kapitalistische Bestimmung, wonach Anhänger der Sozialdemokratie nicht Mitglieder dieser Vereine sein konnten. Erst vor einigen Jahren hat man sich dazu verstanden, diese Einschüthung abzuheben.

Keine Sühne für die Opfer von Courrières? Dem Kaiser „Tempo“ zufolge hat der mit der Untersuchung der Katastrophe von Courrières betraute Richter in Besuche in einem amtlichen Bericht die Niederschlagung des Verfahrens gegen die fahrlässigen Aktionäre angeordnet. Staatsingenieure empfohlen. Der Untersuchungsrichter stellt in dem Bericht fest, daß die Ingenieure ihre Pflicht getan hätten. Der „Tempo“ stellt ferner mit, daß die Arbeiter zur Bewegung der Leichen der verunglückten Arbeiter ihrem Ende entgegengehen. 1064 Leichen seien bis zum 25. Juli geborgen worden. Die Leichen der noch fehlenden 21 Arbeiter würden wahrscheinlich auch bald hinausgeschafft werden können. Also die Staatsingenieure sind unschuldig an der Hinopferung der nahezu 1100 Vergleite. Aber wird die Justiz nun vorgehen gegen die Hattenverwaltung von Courrières? Von ihr steht doch fest, daß sie der ärgsten Pflichtwidrigkeiten sich schuldig gemacht, das Leben ihrer Arbeiter in der schrecklichen Weise aufs Spiel gesetzt hat. Sie hat acht kapitalistischen Arbeiter in der Katastrophe getötet. Es wäre empörend, wenn die Justiz auch sie als „unschuldig“ erachten sollte.

Eine Pariser Meldung bayerischer Blätter besagt: „Aufsehen erregt es, daß den Witwen noch nicht das Mindeste von den sechs Millionen gegeben worden ist, die seinerzeit zu Gunsten der Hinterbliebenen in der ganzen Welt gesammelt wurden. Diese sechs Millionen ruhen noch immer in den Staatskassen. Dagegen hat die Grundverwaltung den Witwen bekannt gegeben, daß sie spätestens bis zum ersten Oktober die Wohnungsbau, die der Gesellschaft gehören, zu verlassen haben. Webrigens führt die Gesellschaft wegen der Auszahlung der gesetzlichen Pension an die Hinterbliebenen noch einen Prozeß, weil sie die Verantwortlichkeit für die Katastrophe von Courrières befreit.“ Das ist kapitalistisches „Gewissen“!

Einer der schlimmsten und gemeingefährlichsten Schmaradher ist bekanntlich der Handelskammersekretär Dr. Tille in Saarbrücken. Diesen Mann hat nun ein geradezu drahtisches Schicksal ereilt, indem die national-liberale Partei ihn von sich abgestößt hat. Der Parteivorstand der national-liberalen Partei für die Rheinprovinz, der in Köln tagte, befaßte sich eingehend mit der politischen Lage in Preußen Saarbrücken. Nach einem Bericht des Geschäftsführers, in dem insbesondere auf die politische Tätigkeit des Handelskammersekretärs Dr. Tille in Saarbrücken hingewiesen wurde, und einer lebhaften Erörterung, in der nach der „Rhein. Zig.“ in unzweifelhafter Weise die Zustimmung des Vorstandes über die schmaradherische Sozialpolitik Dr. Tilles zum Ausdruck kam, wurde folgendes als einstimmige Ansicht des Vorstandes, ausgeprochen: „Der Handelskammersekretär Dr. Tille hat sich in Wort und Schrift, insbesondere in sozialpolitischer Hinsicht, so gänzlich außerhalb des Bodens der national-liberalen Partei gestellt, daß er nicht mehr als deren Mitglied angesehen werden kann.“

Es ist charakteristisch, daß es National-Liberale sind, denen das schmaradherische Treiben Tilles zu arg geworden ist.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter und der Breslauer Magistrat. In bürgerlichen Blättern finden wir folgende Mitteilung aus Breslau:

„Der Magistrat hat folgende verständige, das niederrichtliche Treiben der „Genossen“ fennziehende Bekanntmachung erlassen: Der von der sozialdemokratischen Partei erzwungene Gemeinbedarbeitsverband, Filiale Breslau, sucht neuerdings wieder Einfluß bei den

städtischen Arbeitern zu gewinnen, indem er öffentlich schwere und beleidigende Vorwürfe gegen uns erhebt, und indem er die in seine Versammlungen kommenden Arbeiter veranlaßt, sein Vorgehen durch Resolutionen zu billigen, und also jene Beleidigungen gegen uns sich anzueignen. Wir achten durchaus das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter, das heißt das Recht, sich zur gemeinsamen Geltendmachung von Wünschen und Forderungen zu vereinen. Durch Einsetzung freigelegelter Arbeiterausschüsse haben wir sogar selbst einen Weg eordnet, um solche Wünsche an uns zu bringen. Das Koalitionsrecht gibt den Arbeitern aber nicht auch ein Recht zu grundlosen Vorwürfen und Beleidigungen gegen den Arbeitgeber und seine Beamten. Ein ehrenwerter Arbeiter, der selbst achtungsvoll und wohlwollend behandelt werden will, wird von selbst auch seinerseits der Dienstbehörde und ihren Vertretern mit Achtung und Wohlwollen begegnen. Wer hohe oder beleidigende Vorwürfe gegen sie öffentlich erhebt oder mit Beifall begleitet, verletzt seine Dienstpflicht und beweist damit, daß er sich für den städtischen Dienst nicht eignet. Er wird daher im Interesse des Dienstes entlassen werden müssen, damit wir weiter ein anständiges Verhältnis zu unseren Arbeitern aufrechterhalten können. Indem wir unsere Arbeiter auf diese unermessliche Folge warnend hinweisen, bitten wir sie zugleich, in ihren Kreisen selbst dahin zu wirken, daß wir nicht in die Lage gebracht werden, vom Entlassungsrecht Gebrauch machen zu müssen. Wir sind seit Jahren ernstlich bemüht, den Arbeitern der Stadt eine gute, achtungsvolle Behandlung, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, eine bessere Alters- und Witwenversorgung, eine bessere Krankenunterstützung usw. zu sichern. Gewiß werden wir niemals alle Wünsche befriedigen können, und sicherlich wird auch immer einiger Grund zu Klagen bleiben; allein wir können das Vertrauen in Anspruch nehmen, daß wir bereit sind, verständige Forderungen wohlwollend zu prüfen und nach Möglichkeit zu erfüllen. Das wird uns am so leichter gemacht werden, je vertrauensvoller unsere Arbeiter selbst sich zu uns stellen und je weniger sie solchen Leuten folgen, die uns berufsmäßig und gekünstelt schädlich machen und sogar unseren guten Willen betreiben.“

Daß dieser Mas das Lob und die Zustimmung selbst freisinniger Blätter findet, kann nicht übersehen. Sind sie doch erfüllt von demselben „Freisinnigkeit“, den der Breslauer Magistrat schon so oft kundgegeben hat.

Der verhängnisvolle bayerische Streikerkas ist von der bayerischen Regierung rüchsig gemacht worden. Der Generalstreik, von dem der Erlaß ausgegangen war, ist vom Ministerium darauf aufmerksam gemacht worden, daß 1. die Staatsgasse derartiger Ereignisse außerhalb seiner Kompetenz liegt, daß 2. Generalstreik und Polizei sich unter keinen Umständen in Lohnkämpfen einzumischen haben, und daß 3. auch von einem Generalstreik kaum ein wenigstens die Kenntnis der Gesetze vorausgesetzt werden muß, auf die er bei Verletzung seiner Pflichten hinweist; im vorliegenden Falle seien aber die Hinweise sowohl auf das Vereinsgesetz wie auf das Polizeistrafgesetz gesezwidrig gewesen.

Nächstenliebe und Politik. Es gibt ein von allerseher überkommenes, dem humanitären Geiste einflussreiches Sittengesetz, das lautet: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Schon lange vor dem Christentum wurde von den heidnischen Philosophen Chinas dieses Sittengesetz gelehrt. Und von Jesus, dem Stifter des Christentums, selbst die Bibel, daß er es nicht nur gelehrt, sondern auch geübt hat, nach dem Grundsatz: „Liebet eure Feinde.“ Aber das offizielle Christentum, das Christentum der Macht, hat diesem Gebote nur zu oft Hohn gesprochen, und das, was es „Nächstenliebe“ nennt, spekulativ bereichert mit allen möglichen Sonderinteressen, politischen wie kirchlichen. Das geschieht auch noch heute. Ein sehr drastischer Fall dieser Art ist der folgende:

Der in Hannover bestehende Samariterverein, dessen Zweck ist, bei Unglücksfällen wertvolle Hilfe zu leisten, wüthete der Gesellschaft vom „Norden Kreuz“ beizutreten, die nach ihren Satzungen auch die Nächstenliebe praktisch betätigen soll. Diese Gesellschaft besteht zum großen, wo nicht größten Teil, aus Mitgliedern der herrschenden Stände und Klassen, von denen jedoch weitaus die meisten es dabei bewenden lassen, Geldbeiträge zu opfern, um die praktische Hilfeleistung anderen zu überlassen. Die Samaritervereine hingegen nehmen diese Tätigkeit von jedem ihrer Mitglieder in Anspruch.

Jeder normale vernünftige Mensch wird nach der Meinung sein, daß es bei der Ausübung solcher Nächstenliebe nicht auf die politische Gesinnung ankommt. Ob ein Sozialdemokrat, ein Konservativer, Ultramontaner oder Liberaler die Hilfe leistet, das ist vernünftigerweise ganz und gar nicht in Betracht zu nehmen. Aber in den Kreisen unserer „christlichen“ Ordnungspolitik denkt man anders. „Höheren Ortes“ ist festgestellt worden, daß auch für die Ausübung des Samariterdienstes eine „lokale politische Gesinnung“ das erste Erfordernis ist. Bei dem „Norden Kreuz“ lief eine Denunziation ein, daß der Samariterverein Hannover aus lauter Sozialdemokraten bestünde. Das ist natürlich eine Unwahrheit, richtig ist nur, daß der Samariterverein sich zum großen Teil (nicht „lauter“) aus Arbeitern zusammensetzt, von denen natürlich auch eine Anzahl politisch oder gewerkschaftlich organisiert sind. Der Vorstand des Vereins bekam nun den Auftrag, dem nachzuforschen, und die Polizeibehörde teilte aus den Mitgliederlisten des sozialdemokratischen Wahlvereins die Namen derjenigen Samariter mit, die Sozialdemokraten sind; unseres Erachtens ein unzulässiger Gebrauch amtlicher Akten. Diese Mitglieder wurden nun vom Vorstande aufgefordert, entweder aus dem sozialdemokratischen Wahlverein auszuscheiden oder aus dem Samariterverein.

So geschah im Jahre 1906 im „christlichen“ Kulturstaate Preußen! Es ist das ein für Deutschland höchst beschämender Vorgang, dem auch bürgerliche Blätter, die nicht im Chaudhismus verkommen sind, scharf verurteilende Artikel widmen. So schreibt die „Frankf. Zig.“: „Durch diesen Vorgang kann das ganze gegenwärtige Bild der Samaritervereine in Frage gestellt werden. Denn ohne Teilnahme der Arbeiterschaft, im

weitesten Sinne gefaßt, ist an eine hinreichende Ausgestaltung nicht zu denken. Fängt man nun an, erst gar den politischen Maßstab an die Samartierbewegung anzulegen, denen selbst jede politische Tendenz naturgemäß fremd sein muß, so erschüttert man nicht nur ihre Personalgrundlage, sondern löst auch andere Kreise aus, die dem Samartierwesen direkt oder indirekt fördernd gegenüberstehen."

Wohin ein Sturm "sittlicher Entrüstung" würde sich erheben in den Streifen der "Staatsverhältnisse", wenn sozialdemokratische Arbeiter solchen Sittlichkeitsbedürfnissen, die nicht ihrer Bestimmung sind, die Hilfe verweigerten? Da würde ganz gewiß von "sittlicher Verkommenheit", von einem "die Gebote der Humanität und des Christentums schändend verstoßenden parteipolitischen Fanatismus" die Rede sein. Doch nie haben Sozialdemokraten sich auf einen solchen Standpunkt niedergelassen und verächtliche Fribolität gestellt. Aber der Vorwand eines Samartiervereins, Anregungen von anderer Seite folgend, zu sozialdemokratischen Arbeiten: "Entweder, ihr treibt aus der sozialdemokratischen Parteiorganisation oder aus dem Samartierverein aus!" Die Ausübung ihres Rechtes und ihrer Pflichten, Gütes zu tun, Nächstenliebe zu betreiben, sollen sie erlauben durch Verzichtleistung auf ihre Parteizugehörigkeit! So weit hat es der terroristische Geist unserer Ordnungspolitiker gebracht. Und diese Sorte jetzt behändig über "sozialdemokratischen Terrorismus".

Sträflinge als Streikbrecher. — Eine skandalöse Tatsache wird der Wiener "Arbeiter-Zeitung" aus Prag mitgeteilt. In der dortigen Wäschefabrik Löwenstein & Napasport sind die Arbeiter, etwa hundert an der Zahl, in den Streik eingetreten. Sie fordern eine beschleunigte Erhöhung der wahrhaft entsetzlichen Löhne. Die findigen Unternehmer wenden sich nun an das dortige Kreisgericht mit der unersinnlichen Forderung, ihnen Sträflinge als Streikbrecher zu stellen. Wie uns aus Prag mitgeteilt wird, hat der Kreisgerichtspräsident, der Abgeordnete Hugo Ritter v. Kroschitzki, dem Ansuchen willfährig und Sträflinge, die in dem Kreisgericht ihrer Strafe verbleiben, den Unternehmern als Streikbrecher zur Verfügung gestellt. Einer Deputation der Streikenden, die Herrn v. Kroschitzki wegen der schamlosen Begünstigung der Unternehmerinteressen und wegen des erbitternden Mißbrauches seiner Amtsgewalt Vorstellungen machte, hat der sanftere Richter und Abgeordnete erklärt, daß es bei seiner "Verfugung" bleibe. Die "Arbeiter-Zeitung" fordert vom Justizminister die sofortige Abstellung dieses wahrhaft gemeinen Unsinns.

Generalstreik in Rußland? Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ruft das Proletariat des Reiches zum entsprechenden Kampfe auf. Der Aufruf lautet:

"Arbeiter und Arbeiterinnen! Der entscheidende Kampf hat angefangen. Die Reichsduma ist gesprengt und das Manifest des Zaren hat dem Volk erklärt: Ihr bekommt keine Freiheit, ihr bekommt kein Land, ihr werdet nicht erlöst von euren Blutjüngern — Beamten. Die Sprengung der Reichsduma hat dem Volk endlich die Augen geöffnet. Haß und Mut haben die Herzen aller berührt, die in ihrer Kurzsichtigkeit irgendwelche Hoffnungen auf die Regierung des Zaren gesetzt hatten. Die letzte Stütze der Regierung wankt. Kanonendonner ertönt jetzt in Sweborg, Kronstadt und Reval. Es haben sich die Matrosen erhoben, es meutern die Soldaten in Mladinawka und West-Bukowina. Der entscheidende Kampf hat angefangen — der Kampf um die Macht. Jetzt ist es dem ganzen Lande offenbart, und keiner schönen Versprechungen wird man nun noch trauen. Das Volk hat von der Regierung des Zaren nichts mehr zu erwarten außer Betrug und Gewalttaten. Um den Weg zur Freiheit zu bahnen, ist es erst vor allem notwendig, die Regierungsgewalt aus diesen blutbesudelten Händen zu reißen.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr seid die ersten gewesen, die den Kampf für die Freiheit des Vaterlandes eröffnet haben. Ihr habt Millionen Herzen entzündet, ihr habt das weite Volksmeer bis ins Innere aufgewühlt und in Bewegung gesetzt. Jetzt, im entscheidenden Moment, müßt ihr in den ersten Reihen der Kämpfer stehen. Als die verbrecherische Regierung die Duma auseinanderjagte, lauflachte das Volk voll Ungeheuer, was das Proletariat nun sagen würde. Beantwortet daher die Herausforderung der Regierung mit dem allrussischen Ausstande, der zum Signal werden wird für den anbrechenden Kampf des gesamten Volkes."

Nach verschiedentlichen Meldungen der Tageszeitungen ist der Generalstreik in Petersburg, Moskau und einigen anderen größeren Städten proklamiert worden, er soll aber mißglückt sein, weil einige Arbeiterkategorien den Zeitpunkt für verfrüht hielten.

Der "Vorwärts" schreibt: "Die Reaktion ist augenblicklich wieder oben auf. Der Generalstreik in Petersburg und Moskau ist mißglückt, die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat sich der Tatsache beugen müssen und den Streik auch offiziell abgelehnt. Die Militärmeutereien sind unterdrückt, die Kriegsgerichte wachen ihres blutigen Amtes. — Hunderte von Kämpfern sollen als Opfer, ohne den Tag der Freiheit gekannt zu haben, Neue Meutereien sind zur Zeit nicht zu erwarten. Es ist alles ruhig. Bis auf die Polizei, die in feierlichstem Eifer auf Revolutionäre, auf Verbreiter aufrührerischer Literatur schaut, bis auf die Spionagen, die Morbpläne schmieden und suchen, wo sich wieder eine Subversion inszenieren oder ein oppositioneller Duma-Abgeordneter abschlagen läßt. Die Revolution aber wartet auf den Moment, der ihr günstig ist. Sie wartet in dem Bewußtsein, daß ihre Stunde kommen muß, daß sie ihr Ende noch nicht erreicht hat. Die revolutionären Parteien sind nicht einmütig, sondern voller Unversicht."

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansestädte: Hamburg (Bauarbeiterstreik), Cuxhaven (Streik);

Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holldorf), Laage (Sperre über Korf), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Scharf);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Gölzin (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greisdorf (Aussperrungen), Gützkow (Sperre über Peters), Triebsees (Sperre über Lange), Löcknitz (Streik);

Ost- und Westpreussen:

Konitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

Schlesien:

Breslau (Streik der Plattensetzer), Görlitz (Streik), Neisse (Differenzen);

Posen:

Rawitsch (Sperre über Postal);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), Belgitz, Dahme i. d. M., Wriezen (Streiks), Trebitz (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Strassburg i. U. (Sperre über R. Henschel), Alt-Carbe (mehrere Sperren);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Ammerndorf (Sperre über Friedrich und Reichhardt), Gardelegen (Streik), Bernburg, Zeitz (Aussperrungen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt), Barby (Zimmererstreik);

Königreich Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Otto Dietze in Wahren, Hallesche Strasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigerstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steyskal in Möckern, Soltrasse, für Rahlitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg, Reichenau, Hainichen (Aussperrungen), Grossröhrsdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Grimmschen, Freiberg, Mylan, Netzschkau (Streiks), Weisseneis, Limbach (mehrere Sperren), Schneeberg (Sperre über Bretschneider), Plauen (Sperre über Mammel), Penitz (Sperre über Hellriegel und Zöllner);

Hannover, Oldenburg und Lippé:

Visselhövede (Sperre über Cohrs), Emden, Münden (Zimmererstreik), Jork-Esterbrügge (Sperre über den Neubau Headler in Craun a. d. Elbe), Nienburg a. d. Weser, Aurich, Oldenburg (Streiks), Uelzen (Aussperrung), Brake, Harburg, Lüneburg (Bauarbeiterstreiks);

Braunschweig:

Schöningen (Aussperrung), Braunschweig (Streik);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Gotha, Wintersdorf (Streiks), Greiz (Aussperrung), Sonneberg (Sperre über P. Schmidt), Ingersleben (Sperre über Pöhlmann aus Dietendorf), Rudolstadt (Sperre über Hennemann und Fischer), Meuselwitz (Sperre über Grabenbauten Mumsdorf);

Rheinprovinz:

Barmen-Eilberfeld-Vohwinkel-Langerfeld, Remscheid, Velbert, Neunkirchen-Wiebelkirchen-Friedrichstal (Streiks), Glin (mit Aussperrung bedroht), Düsseldorf-Ratingen (Streik der Beton- und Zementarbeiter);

Westfalen:

Minden, Siegen [ganzes Siegerland] (Aussperrungen), Recklinghausen-Süd (Sperre über Waup), Langendreß (Sperre über Hellmig in Werne);

Bayern:

Nürnberg-Flüß (Aussperrung), Bayreuth, Burglarnbach, Landshut, Augsburg, Aschaffenburg (Streiks);

Hessen:

Borsdorf, Dillenburg, Weilburg (Streiks), Heppenheim (Sperren über Herschel und Held), Harburg (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Colmar, Hasloch (Streiks), Metz (Sperre), Schwetzingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Freiburg (Streik in der Zementbranche), Mandenheim (Sperre über Fabrik Glin), Rheingönheim (Sperre über Scherf), Singen (Sperren über Schmal und Schwitzer), Landau (Sperre über Lauer), Philippsburg (Sperre über Gehr. Gillier);

Württemberg:

Tübingen (Streik), Stuttgart (Gipserstreik);

Fliessenleger:

Nürnberg (Sperre über Ayerle), Breslau (Differenzen), Wanne (Sperre über Zwischenmeister G. Siebert).

Oesterreich:

Pilsen, Warnsdorf i. Böhmen, Leitnitz i. Steiermark (Streiks).

Schweiz:

Zürich, Lausanne, Neuchâtel, Kreuzlingen (Streiks).

Bei der Kaminbau-Gesellschaft (Dampfheerde) Hof in Frankfurt a. M. haben 29 Maurer die Arbeit eingestellt. Als Arbeitsplätze kommen in Betracht: Frankfurt a. M., Griesheim a. M., Bughach, Kaiserlautern und Offen. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Gau Hamburg. In Jekhoe ist die Sperre über das Geschäft des Unternehmers Breiholz aufgehoben, da er den Tarif unterschrieben hat, womit die Bewegung ihren Abschluß gefunden hat. Die Kollegen in Jekhoe können mit dem Erfolg zufrieden sein; die uns im vorhergehenden Jahre durch die Unternehmer gestiegene Scharte ist nicht allein weit gemacht, sondern wir sind hier auch noch um ein bedeutendes Stück vorwärts gekommen. In Jekhoe ist der Streik beendet. Sämtliche Unternehmer haben die Forderung anerkannt.

In Jekhoe ist es, als ob sich die Unternehmer schon auf den Wintersturm vorbereitet; sie halten es nicht mehr der Mühe wert, auf die ausgeschrieben Arbeiten seitens der Betriebsinspektion der Eisenbahn ihren Kostenanschlag einzureichen. So fallen natürlich alle diese Arbeiten in die Hände des Unternehmers, der unsere Forderung bewilligt hat. Die Stadtwahl ist in anderer Meinung; sie hat ihre Arbeiten dem Anschein nach für das nächste Jahr, da sie absolut keine organisierten Leute beschäftigen will. Andere giebt's hierher! aber nicht einen einzigen. Kollegen, die ihr aus unserem Streik abgetrennt seid, haltet aus, damit wir den Sieg erringen.

Sieben wir uns noch mittelteil, daß auf Antrag der Zimmerer Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden haben. Die Unternehmer verlangen, daß die Arbeit zu den alten Lohnsätzen wieder aufgenommen wird. Im nächsten Jahre wollen die Herren dann pro Stunde 3 1/2 mehr bezahlen, wie solches auch schon im Monat Mai mit unseren Kollegen vereinbart war. Die Unternehmer erklären, schon aus dem Grunde in diesem Jahre nicht mehr Lohn zahlen zu können, weil sie durch den langen Lohnkampf ungeheuren Schaden gehabt haben. Da sich die Vertreter der Arbeiter weigerten, ihren Kollegen zu empfehlen, ohne Lohnzulage die Arbeit wieder aufzunehmen, ist keine Einigung zu Stande gekommen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe der Stadt Kelsen und Umgebung sucht, nichtorganisierte oder aus den Zentralverbänden austretende Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter bei dauernder Beschäftigung. ... Exempel mit faulstüben Buchstaben in diesem Geschäft vorzugehen wird, daß die Löhne ab 1. April 1907 erhöht werden sollen, will es nicht gelingen, Zugang nach Kelsen zu bekommen.

In Grabow hatten unsere Kollegen den Unternehmern eine Lohnforderung unterbreitet; wonach der Lohn von 35 1/2 auf 40 1/2 pro Stunde steigen sollte. Am 8. August hatte der Vorstand die Vertreter unseres Zweigvereins zu einer Sitzung eingeladen. Hier berieten die Unternehmer es klar zu legen, daß für dieses Jahr eine Lohnsteigerung nicht eintreten könne. Aber vom 1. Januar 1907 an sollte eine Lohnsteigerung bis 40 1/2 pro Stunde eintreten. Nach längerer und eingehender Verhandlung einigte man sich dahin, daß bis zum 1. Januar 1907 der Stundenlohn 38 1/2 und von da an 40 1/2 betragen soll. Ferner soll über die Arbeitszeit und Arbeitsordnung ein Tarifvertrag gemeinsam ausgearbeitet werden. Eine am 9. August abgehaltene Mitgliederversammlung stimmte diesen Abmachungen zu.

Gau Hannover. In Braunschweig ist ein Transport Galizier, rund 80 Mann, eingetroffen. Von diesen sind 35 Maurer und 10 Zimmerer. Alle anderen sollen nicht „zum Bau“ gehören. Das schlimmste ist, daß organisierte Kollegen darunter sind. Zwar sind die richtigen Organisationen der baugewerblichen Arbeiter erst in den Anfangsstadien, aber daß sich organisierte Maurer und Zimmerer importieren lassen, um in Braunschweig für 60 1/2 Stundenlohn zu arbeiten, hätten wir nicht geglaubt, wenn wir uns nicht selbst davon überzeugt hätten. Da muß energig Hand gefaßt werden. Vielleicht wird das Streikbrecherbureau in Brunn einmal ausgeräuchert. Die Arbeit wird ja durch die „Maukräuter“ wenig gefördert, weil sie sich erst ganz von vorne in die hiesigen Verhältnisse hineinfinden müssen. Die Unternehmer drängen sich auch gar nicht mehr danach, Leute solchen Schlages zu erhalten; aber man hat sie einmal hergeschafft und jetzt mag der einzelne sehen, wie er damit fertig wird. Der trübselige Blick der einzelnen Unternehmer blickt uns dafür, daß es ihnen herzlich schwer wird. Aber was nehmen solche Leute nicht alles an sich, um die gerechten Forderungen der Arbeiter zu unterdrücken. Die Streikenden sehen mit Ruhe den kommenden Dingen entgegen. Von den 450 eingetragenen Kollegen unseres Verbandes sind noch 180, von den 62 Christlichen noch 20, von den 170 Bauarbeitern noch 60, von den 104 Zimmerern noch 46 und von den 78 Dachbedeckern noch 18 Streikende am Orte. Das Arbeitsfeld wird noch besser werden.

In Peine ist das Kriegsbild begabten. In der siebten Woche des Kampfes erklärten sich die Unternehmer zum Frieden geneigt. Die Verhandlungen, an welchen ein Vertreter des Bauhandwerkes teilnahm, fanden Donnerstags, den 9. August, im „Schützenhof“ statt. Außer einigen anderen Verbesserungen wurden die Löhne für dieses und nächstes Jahr wie folgt festgelegt: Jetzt 42 1/2, und vom 1. April nächsten Jahres ab 44 1/2. Im Herbst kommenden Jahres soll der Lohn für 1908 festgelegt werden. Die Streikenden stimmten diesen Abmachungen nach längerer Debatte zu. Die Arbeit wird in allen Baugeschäften wieder aufgenommen.

In Göttingen tobt der Kampf unabänderlich fort. In Göttingen fand am 12. August eine gut besuchte Versammlung der Maurer Mindens und Umgebungs statt, an der auch hauptsächlich Kollegen teilnahmen, die außerhalb arbeiten. Nach dem Bericht über den Stand des Streiks resp. Überwindung haben sich während des acht Wochen dauernden Kampfes bis jetzt zwei Streikbrecher gefunden. Ein Maurer Xrentmann aus Weizen und Herr Schornsteinbauer Wetger aus

Meilen. Nach Berichten hiesiger Blätter hätten die Unternehmer eine Lohnerhöhung von 2 1/2 pro Stunde für jetzt sofort und weitere 2 1/2 für den 1. Januar oder 1. April 1907 in Aussicht gestellt. Bei uns ist hiervon bis heute nichts bekannt geworden, vielmehr verlangen die Unternehmer in ihrem letzten Schreiben, daß wir die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen sollten, dann wollten man uns sofort 2 1/2 Lohnerhöhung gewähren. Also man will uns nichts bewilligen. Die Herren glauben, daß, wenn sie eine solche Bekanntmachung losließen, nun sämtliche Maurer herbeigelaufen kämen und mit der Mähe unter dem Arm um Arbeit bettelten; sie wollen absolut nichts mit einer Kommission zu tun haben, sondern nur immer mit ihren Reusen verhandeln. Für diese Absicht der Unternehmer erhob sich denn auch nicht eine einzige Stimme. Alle Diskussionsredner verurteilten dieses Verhalten der Unternehmer. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß an der jetzigen Kampfesweise festgehalten werden müsse. Mitgeteilt war, daß der Unternehmer Sterig unsere Forderung bewilligt hat, ohne daß bei ihm die Arbeit eingestellt wurde. Er hat aber am Donnerstag voriger Woche seine Bewilligung zurückgezogen, worauf bei ihm die Arbeit eingestellt wurde. Er hat sich aber noch am selben Tage eines Besseren besonnen und unsere Forderung einstimmig anerkannt, worauf am anderen Tage die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Der Unternehmer laute aus Mitleid bei Wiedburg hat auf dem Bahnhof Müden ein Stellwerksgebäude zu bauen. Der Herr glaubt, unsere Forderung gehe ihn nichts an. Es wurde beschlossen, den Bau zu sperren, denn auch die kleineren ausübenden Unternehmer sollten endlich mal wissen, daß sie während eines Streiks den Müdenen Unternehmern nicht aus dem Grunde helfen sollen.

Gau Cöln. Am 24. Juni schloßen die Maurer vom Zweigverein Selbst und Ungebeten den Unternehmern folgende Forderungen: Stundenlohn für Maurer 55 1/2, für Bauhilfsarbeiter 45 1/2, Verzichtung der Arbeitszeit auf zehn Stunden, Aushebung der Kündigung und sonstige Nebenforderungen. Antwort wurde bis zum 10. Juli erteilt. Die Unternehmer stellten sich aber auf ihren prozesshaften Herrschaftspunkt und hielten sich in unbürdigen Schweigen. Die Maurer in Weiburg fühlten sich aber stark genug, den Kampf mit dem Unternehmer aufzunehmen. Die Lohnkommission wurde noch einmal bei den Beträgen kommenden Unternehmern vorbestellt. Diese lehnten aber jede Verhandlung kurzer Hand ab, indem sie sagten, die Maurer verdienen genug. Infolge dessen wurde am 22. Juli bei dem Unternehmer Verzichtung der Streik erklärt, und eine Woche später wurde auch bei Gelsenman die Arbeit eingestellt.

Memicheld. Im Januar wurde den hiesigen Unternehmern von Seiten der Organisation eine Lohnerhöhung zugestimmt; sie wurden gebeten, auf gültigem Wege die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu regeln. Aber die Unternehmer hielten es nicht für nötig, mit den Arbeitern zu verhandeln, sie ließen uns noch nicht einmal eine Antwort zukommen. Die Bauzeitigkeit war im Frühjahr nicht sehr reger, und wir mußten abwarten bis eine bessere Konjunktur eintrat. Das ist nunmehr geschehen. Am 23. Juli reichten wir die Kündigung ein und am 8. August traten wir in den Streik ein. Nun haben auch schon Verhandlungen stattgefunden; es wird allem Anschein nach zum baldigen Abschluß kommen. Zugang ist bis auf weiteres fernzuhalten.

Gau Frankfurt a. M. Die Streiks in Mühlheim, Dietesheim a. M. und Algenau (Unterfranken), sind beide nach recht langer Dauer und vorläufig ohne unmittelbaren Erfolg aufgehoben. Öffentlich lernen in beiden Fällen die Kollegen aus diesen Mißgeschick; denn nicht ohne unser Zutun ist es so gekommen. Ob der Ausgang an anderer gewesen wäre, wenn anders verfahren worden wäre, möchten wir zwar nicht ohne weiteres behaupten, aber eine Kritik scheint nicht unangebracht. Zum Beispiel begannen die Mühlheimer-Dietesheimer Kollegen den Kampf, als von einer Entwidlung der Baukonjunktur noch nicht gesprochen werden konnte. Den Unternehmern war es ein Leichtes, die nicht begonnenen Arbeiten im Einverständnis mit dem bauenden Publikum zurückzudrängen, so daß, wenn der Streik noch länger dauerte, sie von der verhältnismäßig geringen Zahl Streikbrecher hätten noch einige entlassen müssen. Ganz anders hätte die Sache ausgefallen, wurde die Bewegung in der Baukonjunktur begonnen. Die Streiklage wäre von vornherein eine andere und die Kollegen ohne Zweifel im Vorteil gewesen.

Weshalb so lag die Sache in Algenau. Der Streik begann bereits im Spätherbst 1905, wurde dann kurze Zeit infolge der winterlichen Einflüsse verlagert und im Frühjahr 1906 sofort von neuem begonnen. Die Algenauer Unternehmer, an sich ganz „gutmütige“ Bayern, aber doch in ihrer Art Proken und Schatzmacher des „Kochgrundes“, bereiteten sich auf den Kampf vor; sie wußten genau, was ihnen bevorstand. In allen Fällen versuchten die Unternehmer die Arbeit zurückzustellen, was vielfach gelang. Die Bauunternehmer und das bauende Publikum ziehen in solchen Fällen an einer Stippe, besonders, wenn es sich, wie hier, um ländliche Bevölkerung und Verhältnisse handelt. Der Streik begann sofort, als die Frühjahrssaison einsetzte, von neuem. Leider entwickelte sich, wie vorauszuweisen, die Bauzeitigkeit nicht; nur die notwendigen Arbeiten wurden mit Streikbrechern fertiggestellt. Die Kollegen glaubten, daß sich die Dinge anders entwickeln würden. Die Mehrzahl, außerhalb beschäftigt, hat diesen tatsächlichen Erwägungen geringe Bedeutung beigemessen; sagten sie doch einfach: wir schaffen nicht dort, daß die Unternehmer nur kappeln. Durch diesen Irrtum erlangte der Streik aber nie die gewünschte Wirkung, die eigentlich Störfestigkeit fehlte, die den Unternehmern überempfindlich und niederwirft. — Bewilligt wurden die Unternehmer ferner durch eine Partei Diebarger, die leider hier wie in einigen anderen Fällen in diesem Jahre wieder den „Mauerkreis“ bei Streiks im Bezirk spielen. Wir wollen an dieser Stelle nicht auf das Verhalten mehrerer Diebarger Affordollonen eingehen, darüber später. Es liegt aber im Interesse der Organisation, und besonders Interessierten haben die Kollegen im Frankfurter Gau daran, daß ein solches Verhalten genauer charakterisiert wird.

Der Streik in Weiburg-Röhnbarg hat eine Veränderung nicht erfahren. Wie vorauszuweisen, und auch bereits vorausgesetzt, haben die Polizeistellen dazu geführt, die Kollegen im Bahnhof fester zusammenzuschließen. Jetzt sorgen die Kollegen dafür, daß kein „Arbeits-

williger“ mehr von den Unternehmern gelapert wird. Die Polizei scheint von ihrer Mission befriedigt. — oder sollte sie enttäuscht sein? Einweilen find die Affaden auf streikende Maurer eingestellt. In einem Flugblatt, wie auch am vorigen Sonntag, in einer Versammlung in Niederhausen, wurde das Verhalten der Polizei scharf unter die Lupe genommen. Der Mejerer, Kollege Güttmann, gefühllos erbarmungslos die geschädigten Handlungen der Polizei während des Streiks. Die streikenden Kollegen haben bis auf vier andere Arbeit in Weiburg und Gießen. Die dortigen Unternehmer drohten wiederholt mit Kündigung und Entlassung, sahen aber von der Durchführung bisher ab, da sie notwendig Maurer gebrauchen. Offenlich lernen hieraus auch die Unternehmer in Weiburg-Röhnbarg einsehen, daß es wirtschaftlich vorteilhafter ist, mit den Arbeitern sich zu einigen und in Frieden zu leben, als um minimale Lohnforderungen einen langen Krieg zu führen.

Unterhandlungen sind in Wessendorf angebahnt, die voraussichtlich zu einem Ergebnis führen dürften. Die Streikenden sind bis auf 10 abgerückt. Auch in Wessendorf ist eine Diebarger Streikbrecherkolonne.

Die Lohnbewegung der Fliesenleger in Wiesbaden ist im letzten Augenblick durch Vergleich und Abschluß eines Vertrages beendet worden. Da bisher ein Vertrag nicht bestand, ist doch, obwohl die Kollegen in manchen Punkten nachgeben mußten, ein bemerkenswerter Fortschritt erzielt worden.

Im Rheingau (Eltville und Umgebung) haben die Kiederer Kollegen wieder einen kräftigen Vorstoß gemacht. Ein Streiklag genügt, um den Unternehmern das Maßregeln auszureichen und über ihre abnehmende Haltung zur Lohnfrage eine bessere Meinung fruchtbar zu machen. Abgegeben vom Müdesheimer Lohnbest, dürfte es nunmehr leicht sein, im Rheingau den in Eltville und Umgebung vereinbarten Stundenlohn von 45 1/2 auch in den übrigen Orten durchzuführen.

Gau Mannheim. In Meß ist es, wie vorauszuweisen war, zum Streik gekommen. Wir teilten den Unternehmern mit, wer von uns zu den Verhandlungen bestimmt sei und erklärten weiter, daß der Bauverordnende Hörter an den Unterhandlungen teilzunehmen wünsche. Darauf erhielten wir die Mitteilung, wir sollten uns mit den Fachvereinen in Verbindung setzen zwecks Bildung einer gemeinsamen Kommission. Der Fachverein besteht aus etwa 40 Personen, die wir nicht als organisiert betrachten können. Am 5. August fand zum ersten Mal in einem größeren Lokale eine Versammlung statt, die von über 700 Kollegen besucht war. Das Ansehen der Innung wurde einstimmig abgelehnt. Da aus dem ganzen Verhalten der Innung zu schließen war, daß es ihr mit den Verhandlungen nicht ernst sei, so wurde einstimmig der Streik beschlossen. Das Abstimmungsresultat wurde mit ungeheurer Jubel aufgenommen. Der Innung wurde mitgeteilt, daß ihr Antrag abgelehnt sei, der Streik sei beschlossen, doch die Kommission sei trotzdem bereit, zu verhandeln.

Die Arbeitsniederlegung erfolgte einmütig. Es wurden im ganzen 15 Streikbrecher gezählt. Darunter eine Anzahl Fachvereiner. Dies Resultat mochten die Unternehmer doch nicht erwartet haben. Dienstag, den 7. August, fanden Unterhandlungen statt, die in der Kommission aus zu einer Einigung führten. Danach sollte die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden; der Lohn sollte in diesem Jahre 48 1/2 pro Stunde und 1907 52 1/2 betragen. Beide Teile verpflichteten sich, in den Versammlungen dafür einzutreten. In der Maurerverammlung wurden diese Abmachungen nach heftiger Diskussion gegen drei Stimmen angenommen. Die Innung und der Arbeitgeberverband lehnten in ihrer Versammlung diese Vereinbarungen jedoch ab. Darauf beschloßen die Streikenden, in Massen abzureisen und den Kampf mit aller Energie weiterzuführen. Die einschüchternden Unternehmer machen die Schatzmacher nicht mit. Am folgenden Tage kam mit den bedeutendsten Firmen eine Einigung zu stande. Wenn die Abgereisten auskarrten, so müssen wir siegen.

Nach Schluß der Redaktion wird uns telegraphiert, daß der Streik schon erfolgreich beendet ist. Einige Unternehmer bleiben geperit.

Auch in Colmar steht der Streik nach wie vor sehr günstig. Es wird auch dort dem halben Tausend Schatzmachern nichts übrig bleiben, als bald Frieden zu schließen. Wie die betäubten Lohrerer müssen sie aufgeben, wie ihnen eine Arbeit nach der anderen verloren geht.

In Heppenheim ist es bei den Unternehmern Gerangel und Gekser zum Streik gekommen. Die Kollegen sind bis auf die notwendigen Streikposten anderweitig in Arbeit gebracht worden. Da die Arbeit drängt, und die Sache nach Streikbrechern vergeblich war, so wird den Unternehmern nichts übrig bleiben, als einen ebrlichen Frieden zu schließen.

In Friedraths ist leider ein Teil Kollegen stehen geblieben. Dadurch dürfte sich der Streik unnötig in die Länge ziehen.

In Leuningeren wird die Entscheidung Montag, den 13. August, fallen. Auch dort dürfen wir uns auf einen hartnäckigen Kampf gefaßt zu machen haben.

In Freiburg hat das Zementgeschäft Brezinger endlich die versprochene Aufbesserung der Löhne vorgenommen. Die Kollegen dürften sich damit für dieses Jahr zufrieden geben.

In Rast ist es ebenfalls zur Einigung gekommen. Mittwoch, den 8. August, fanden Verhandlungen statt. Die Unternehmer glaubten nicht recht an die Einigkeit der Maurer, sie verhielten sich ziemlich ablehnend. Auf Vorschlag des Kollegen Wolff-Freiburg wurde sofort die Probe auf die Standhaftigkeit der Maurer gemacht. Die Verhandlungen wurden gegen 1 Uhr abgebrochen, und auf 3 Uhr wurde eine Versammlung einberufen. Doch gegen 2 Uhr waren schon alle Maurer und Tagelöhner versammelt. Nach diesem Resultat waren die Unternehmer zum Frieden bereit. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der die zehnstündige Arbeitszeit, für 1906 45 1/2 und für 1907 50 1/2 Lohn pro Stunde bestimmt. Die Rasther Kollegen können auf diese Errungenschaft stolz sein.

In Philippsburg ist ebenfalls ein Tarif zu stande gekommen. Es wurde die zehnstündige Arbeitszeit und ein Lohn von 42 1/2 pro Stunde vereinbart. Nur der Unternehmer Giller schloß sich nicht an; über diesen wurde die Sperre verhängt.

Die Sperren über die Unternehmer Rauer in Landau, Scherf in Rheingönheim, die Chemische Fabrik Giulini in Mundenheim bestehen weiter. Ebenso über Gasslach.

Gau Stuttgart. Die Unternehmer in Wm haben einen Vertragsentwurf ausgearbeitet, den sie den Streikenden mit der Bemerkung zustellten, daß sie geneigt seien, auf Grund dieses Entwurfs Dienstag, den 14. August, in Unterhandlungen einzutreten. Dieser Vertragsentwurf sieht einer Zuschlagsordnung so ähnlich wie ein Ei dem anderen, so daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauarbeiterkraft Wms wesentlich verschlechtert würden, wenn dieser Entwurf Vertrag würde. Die streikende Bauarbeiterkraft hat dies auch erkannt und es deshalb abgelehnt, sich auf Unterhandlungen einzulassen. Es wurde vielmehr in einer am 8. August abgehaltenen Versammlung beschlossen, den Kampf vorläufig zu vertagen und ihn zu gelegener Zeit wieder aufzunehmen. — Eine allgemeine Lohnerhöhung macht sich schon jetzt als Folge der wachsenden Ausperrung bemerkbar.

In Vradenheim (Zweigverein Gelsbrunn) wurde eine Lohnerhöhung von 5 1/2 pro Stunde erreicht und Kost und Logis beim Meister abgekauft.

Seit dem 21. Juni stehen die Stuttgarter Giber im Streik. Die lange Dauer ist nicht der Sinnlosigkeit der Gibermeister, sondern den Mitgliedern des Bauwerkvereins Stuttgart zuzuschreiben. Das sieht man daran, daß trotz aller möglichen Hilferufe in der bürgerlichen Presse, insbesondere in der „Württembergischen Zeitung“, die meisten Gibermeister geneigt sind, die Forderungen zu bewilligen und ihre Betriebe weiter zu führen. Es wird auch gelingen, die Lohnbewegung günstig zu beenden. — 28 Gibermeister haben schon einen Tarifvertrag mit unserem Zweigverein abgeschlossen, wonach der Stundenlohn bei gewöhnlicher Eisparbeit 60 1/2 und bei Stundarbeiten 70 1/2 beträgt. Auch alle Nebenfragen sind geregelt.

Gau München. In Landsbut ist unsere Bewegung wieder einen Schritt vorwärts gekommen, indem ein Meister, der z. B. 13 Kollegen beschäftigt, den Tarif unterzeichnete. Ein langwieriger Kampf ist es, den unsere Kollegen zu führen haben, und der Sieg wird nicht ausbleiben, wenn die Kollegen an sich fernerhin standhalten. Auch das Vorgehen der königlich bayerischen Bauverwaltung, die die „königlich bayerischen“ Regiemaurer als Streikbrecher kommandierte, hat den Kampfesmut der Streikenden nicht erschüttert, sondern ihnen nur neuerdings den Beweis erbracht, auf welcher Seite das arbeitervreundliche Herz der Staatsbehörden schlägt.

In Augsburg hat sich an der Sache nichts geändert. Wir wußten im voraus, daß dort ein schwerer Kampf gekämpft werden müsse, und haben uns darauf eingerichtet. Der Zugang von auswärtig ist ganz minimal, dafür sorgt die Solidarität der bayerischen Kollegen. Mit den Streikbrechern aus Augsburg selbst und den nächstliegenden Dörfern erleben die Hauptproben keine Freude. Einer derselben gebrauchte kürzlich die unbedachtliche Ausrufung: „Wenn nur der Maurerkreisfort vorüber ist, jage ich die ganze Gesellschaft zum Teufel.“ Dieses ließen sich diese „Arbeitswilligen“ ruhig gefallen. Desto freudiger gehen sie gegen unsere Streikposten vor. Ein Streikposten wurde neulich ohne jede Veranlassung von drei Streikbrechern überfallen und schwer verletzt. Anzeige ist bereits erstattet. Wir wollen nun einmal sehen, ob diese Gesetzesverächter ihren verdienten Lohn erhalten. Der Unternehmer Peter Müller erklärte in der Schatzmacherverammlung in Murnberg, daß in Augsburg 344 „Arbeitswillige“ Maurer seien und auf die Streikenden verzichtet werden könne. Demgegenüber stellen wir fest, daß diese Zahl nur stimmen kann, wenn die 134 Lehrlinge und die 60 Poliere, die ebenfalls wieder zum Hammer und Kelle gegriffen haben, mit eingerechnet sind. Die Präzerei des Unternehmers kann daher nur als Galgenhumor bezeichnet werden, um so mehr, als gerade Müller mehrere größere Bauten, aber auch nicht einen Streikbrecher hat. Durch derartiges Gewäsch lassen sich die Streikenden nicht einschüchtern; sie werden auch für die Zukunft im Kampfe aushalten. Die Weispücker arbeiten nach wie vor als Streikbrecher. Auch von den 15 Muster-Christen sind uns bereits zwölf als Streikbrecher bekannt. Der Vorliegende Beschler erklärte, so gut sei es ihm noch gegangen, wie jetzt als Streikbrecher. Kommentar überflüssig! Trotzdem wir also nach allen Richtungen zu kämpfen haben, ist die Situation günstig. Die größeren Bauten stehen vollständig leer. Neuerdings wurden für mehrere Bauten die Betonfundamente fertig, aber es kommen keine Maurer. Wenn die Kollegen ihre Pflicht tun, werden auch die Augsburger Bauherren an unsere Organisation glauben müssen.

In Pfarzitz haben die Kollegen ihre Forderungen an die Unternehmer eingereicht. Gegenwärtig ist uns nicht bekannt, welche Stellung die Unternehmer einnehmen werden. Unsere Kollegen sind vollständig organisiert und sehen der Sache ruhig entgegen.

Gau Nürnberg. In Wahrenth ist eine Veränderung in dem Stand des Streiks in der letzten Woche nicht eingetreten. Die Kollegen kämpfen im Bemutheit, ihrer Sache gerecht zu sein, in der bisherigen Weise weiter; aber auch die Unternehmer lassen nicht im geringsten vernachlässigen, daß sie endlich bereit wären, den Kampf durch eine Unterhandlung beizulegen.

Im Nürnberg-Rühler Ausperrungsgebiet ist in der letzten Woche ebenfalls eine Veränderung nicht eingetreten. Die Kollegen sind sich auch hier bewußt, für eine gerechte Sache zu kämpfen; es ist weder in dem Stand der Streikenden noch in der Zahl der Streikbrecher eine Veränderung zu verzeichnen. In einigen Plätzen, wo Streikbrecher beschäftigt sind, haben sich einige Male eine Anzahl Streikender eingeunden, um die „Arbeitswilligen“ zur Arbeitsleistung zu veranlassen, was auch in einigen Fällen erreicht wurde; aber auch die Polizei war immer zur Stelle, fand aber in der Regel keine Veranlassung einzuschreiten, wenn auch einige junge Schulkinder, die er vom Rastenerhof hergekommen waren, glaubten, Rastbrexer

zu ernten, wenn sie den einen oder den anderen von den Umstehenden beschafften, die aber immer gleich wieder entlassen werden mußten, da es eben nur Neugierige waren, die nicht auf jeden Wink der Politischen reagierten. Die Versammlung, die von den Unternehmern aus ganz Bayern in Nürnberg abgehalten wurde, konnte, wie es scheint, das Verlangen der Herren vom „Mittelfränkischen“ eine Aussperrung in ganz Bayern oder auch nur in einem Teil des Landes herbeizuführen, nicht erfüllen; denn man hört sehr wenig über den Verlauf dieser Zusammenkunft, was wohl darauf schließen läßt, daß man mit dem Ausgang nicht ganz zufrieden ist. Einen kurzen Bericht über die Versammlung lassen wir an anderer Stelle folgen.

In Regensburg können sich, wie es scheint, die Unternehmer nicht an den neuen Vertrag gewöhnen; denn es mußte bei einem Unternehmer schon mehrmals die Arbeit eingestellt werden. Wenn die Herren sich daran absolut nicht gewöhnen wollen, so werden sich auch unsere Kollegen schließlich an den Vertrag nicht mehr gebunden fühlen und entsprechend handeln.

Gau Erfurt. Aus Würzburg wird uns geschrieben:

In Nr. 31 des „Grundstein“ wird der Vorstand des Zweigvereins Würzburg vom Gauvortand in Erfurt öffentlich aufgefordert, die erbärmliche Handlungsweise des Ausschusses Friedrich in Nimpur ins richtige Licht zu stellen, oder aber zu erklären, ob der Zweigvereinsvortrag mit diesem Treiben einverstanden sei. — Ich muß gleich einwenden, daß für mich der einzige Lichtblick in der ganzen Affäre die Anerkennung der Redaktion ist, die in wenigen Worten das Verhältnis dafür befindet hat, wie schwer ein solcher Ort, wie Nimpur, mit über 300 Mauern, der früher als der Schrecken für ganz Deutschland gegolten hat, für unsere Organisation zu gewinnen ist.

Nun zur Sache selbst: Der Gauvortand schreibt: Es scheint aber auch der Zweigvereinsvortrag in Würzburg das Treiben dieser Kolonne zu billigen. Hierzu ist zu sagen, daß dieses Treiben der Kolonne Friedrich in Weimar uns noch viel mehr ärgert als die Kollegen am Orte selbst. Jahrelange, ununterbrochene Arbeit hat es dem Gauvortand in Nürnberg und den in der Agitation stehenden Kollegen gekostet, bis Nimpur für unseren Verband gewonnen wurde. Der Gauvortand Erfurt darf nicht alles in einen Topf werfen; auch der schönste Wald hat trumme Bäume, und wenn er noch so gut gepflügt ist.

Es kommt weiter der Satz vor: Ausschließen tun wir, wen wir wollen! Dem Gauvortand Erfurt wird erwidert, daß es im hiesigen Zweigverein genau so wie in Erfurt nur eines gilt und zu gelten hat, und daß ist unser Statut.

Der Berichterstatter hätte wissen können, daß Leute, die sich ohne Rücksicht auf Solidarität über alles hinwegsetzen und so strupellos weiter schreiten, gar nicht als Mitglieder zu rechnen sind. Die lesen keinen „Grundstein“ und kein Statut, kommen auch in keine Versammlung oder hören nicht, was in der Versammlung beraten und beschlossen wird. Das soll der! Ausdrücke nicht als Prinzip eines Zweigvereins gelten und den richtigen Mitgliedern gar nicht gebraucht werden können, sollte der Gauvortand in Erfurt ohne weiteres gemerkt haben. Was Mitglieder der Kolonne Friedrich über den Ausschluß denken und sagen, ist für den Würzburger Zweigverein nicht maßgebend.

Das die Bekanntgabe der Namen und Nummern der Betroffenen andelant, bemerke ich, daß Friedrich fast jede Woche andere Leute zu engagieren suchte. Dieses wurde uns jede Woche von streikenden Nimpurer Kollegen mitgeteilt. Bekanntlich standen auch wir neun Wochen im Lohnkampf. Zudem sind wir nicht gleich über die eigentliche Situation in Weimar richtig unterrichtet worden. Daran waren nicht wir, sondern die dortige Verleumdungsschand. Wir nehmen nicht Anstand, bei solchen groben Verleumdungen die Namen der Betroffenen bekannt zu geben, zudem dürfte dies bald erfolgt sein, nachdem die eigentliche Sachlage geklärt war. Die Namen sind an Kollegen weiter geschickt worden.

Wenn weiter von diesen Ausschüssen behauptet wird, in Würzburg würde auch 12 und 13 Stunden gearbeitet, so ist das eine grobe Lüge. Gerade die Kollegen von auswärts haben es fertig gebracht, daß bei zehnstündiger Arbeitszeit um 1/2 Uhr Abends Feierabend ist. Hier lassen sie sich auch gar nicht mehr halten, und wenn es brennte. Sie sagen: wir haben noch zwei Stunden zu laufen, und die Unternehmer wissen dies auch; es werden deshalb gar keine Lieberstunden verlangt, ausgenommen in ganz dringenden Fällen. Wenn der Gauvortand in Erfurt die Lügen für bare Münze genommen hat, so ist das nicht unsere Schuld.

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß das Verhalten der Nimpurer Kollegen während unseres neunwöchigen Kampfes ganz ausgezeichnet war; von dem am Streik beteiligten 200 Kollegen — die meisten hiervon waren abgereist — haben sich die Nimpurer vorzüglich bewährt, im Posten stehen und in allem, was zu einem Kampfe gehört, im vollen Maße und in allem, was zu einem Kampfe gehört. Abgesehen von drei alten Burgen, die für die Organisation nicht mehr in Betracht kommen, ist kein einziger aus ihren Reihen zum Streikbrecher geworden, was hiermit öffentlich anerkannt werden muß. Die Zweigvereinsverwaltung in Würzburg wird auch fernerhin ihre Pflicht gemeinsam mit den Nimpurer Kollegen tun, und es wird und muß auch gelingen, die wenigen, die auswärts — in diesem Falle in Weimar — eine so traurige Rolle gespielt haben, zu aufgeklärten Mitgliedern zu erziehen. Eher werden wir nicht ruhen und rasten.

Der Gauvortand Erfurt aber möchte ich ersuchen, in Zukunft nicht alles in einen Topf zu werfen, sondern sich lieber bei solchen Vorwürfen selbst in unserem Zweigvereinsgebiet zu übergeben.

N. A. M. Schamberger,

Schriftführer des Zweigvereins Würzburg.

Die Zählstelle Nimpur schließt sich dem Protest des Zweigvereinsvorsitzenden an, mit dem besonderen Hinweis, daß die Zeiten vorüber sind, wo man die Nimpurer Kollegen insgesamt der Verachtung überantworten durfte. Nur noch Friedrich mit einigen wenigen Helfershelfern dürften eine wirkliche Ausnahme machen. Für deren Verhalten kann aber doch nicht die Nimpurer Kollegenschaft verantwortlich gemacht werden; denn einige Kollegen, die außer der Reihe tanzten, gibt es wohl an jedem Orte. Daß die Nimpurer nun, nachdem sie bewiesen

haben, daß sie mitkämpfen wollen, immer noch ganz besonders zur Scham aufgerufen werden, ist wirklich nicht mehr nötig.

Gau Leipzig. In Grimnitzau haben auf Veranlassung des Bürgermeisters Verhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis war, daß der Lohn für dieses Jahr auf 39 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit und für das nächste Jahr auf 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit festgesetzt wurde. Diese Abmachungen sind auch von den Streikenden angenommen worden. Damit ist aber der Streik keineswegs zu Ende. Die Unternehmer weigern sich, den Bauarbeitern Lohnzufriedenheiten zu machen und überhaupt Vereinbarungen mit ihnen zu treffen. Die Maurer haben aber die Wiederaufnahme der Arbeit davon abhängig gemacht, daß auch den Bauarbeitern Lohnsteigerungen zugesichert werden.

Gau Oelsch. Die Verhandlungen mit den Unternehmern in Bittau sind wieder einmal ins Stocken geraten. Auf unser Schreiben vom 2. August, worin den Unternehmern mitgeteilt wird, daß wir noch keine Urkunde haben, unsere ursprüngliche Forderung herabzusetzen, erhielten wir seitens der Unternehmer ebenfalls ein solches. Es wurde uns jetzt schon etwas mehr geboten. Für dieses Jahr sollen wir 36 $\frac{1}{2}$, für 1907 37 $\frac{1}{2}$, für 1908 38 $\frac{1}{2}$ erhalten. Am Schluß dieses Schreibens heißt es wörtlich:

„Erwähnt muß noch werden, daß bei einem Vertragsabschluß Ihrerseits eine Kautions von 15 000 Mark einbezogen ist.“

Der Oberstarbmeister Hennig redet seinen Kollegen ein, durch diese Kautions sei die Gewähr geschaffen, daß ein Vertrag unterseits auch gehalten würde. Dieses Schreiben haben wir gebührend beantwortet; wir fanden folgenden Vermittlungsvorschlag ab: Wir fordern darin einen Lohn vom Tage des Vertragsabschlusses bis 31. März 1907 von 37 $\frac{1}{2}$, ab 1. April 1907 bis 31. Juli 1907 39 $\frac{1}{2}$, ab 1. August 1907 bis 31. März 1908 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Die Hinterlegung einer Kautions lehnten wir als überflüssig ab. Für Mittwoch, den 8. August, war seitens der Unternehmer eine Kommissionsberatung angesetzt. Sie sollte um 4 Uhr stattfinden. Aber siehe da, es nahen weiter in Gestalt einer Kolonne Italiener, 13 Mann an der Zahl. Sie gaben an, aus Erfurt zu kommen. Jetzt natürlich glaubten die Unternehmer, keine Urkunde zu haben, unseren Forderungen nachzukommen. Wir gaben uns die mögliche Mühe, diese Leute von der Sachlage aufzuklären, doch ohne Erfolg. Sie erklärten, erst dann abzureisen, wenn sie pro Mann 40 erhalten. Nachdem sie in „Stadt Rumburg“ einlogiert worden waren, ging es anderen Tags in geschlossenem Zuge nach dem Holneubau. Abends um Feierabend hatte sich eine ungeheure Menschenmenge angesammelt. Die Schutzmannschaft befand sich wie toll und beschaffte neben unserem Kollegen Hänsch (Ernst) auch einige Unbeteiligte. Hänsch erklärte uns die Herren Schmidt und Hennig: „Mären Sie nur nicht so unbedacht, gewesen!“ Im „Amisblatt“ erschien an demselben Abend eine Notiz, die Streikfeindliche hätte die ursprünglichen Forderungen erhöht. Uns soll das wenig kümmern, denn die öffentliche Meinung haben wir für uns, und auch ist die Situation auf die Länge für die Unternehmer ungünstig.

Auch Riesa hat seine Italiener. Borige Woche kamen 13 Mann an, doch verließen sechs von diesen noch an demselben Tage den Ort. Auch hier kam es zu noch größerem Wahnsinn als in Rumburg. Auf dieses hin erließ der dortige Gemeindevorstand eine famose Verfügung. Laut Urteil des preussischen Kammergerichts zu Berlin verbot er das Streikpostenfischen. Zu widerstande sollte mit zwei Tagen Gefängnis bestraft werden. Es wurde auch wirklich ein Kollege verhaftet. Doch wurde dem Vorstand begreiflich gemacht, daß dies Willkür sei. Auch hier wird dieser Zugzug die Situation nicht beeinflussen.

In Großschönau arbeiten ebenfalls sieben Italiener, doch haben sie verprochen, auf keinen anderen Bau zu arbeiten. Zu erwähnen ist noch, daß in Wernsdorf in Böhmen die Maurer den Streik beschlossen haben. Die Östlichen Kollegen haben dasbisher getan. Dadurch haben wir allerdings den Nachteil, daß aus diesen Orten eine Anzahl Kollegen von uns in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Auch aus Regnitz sind eine Anzahl Kollegen wieder eingetroffen, doch ist die Hälfte davon bereits wieder abgereist. Das Spieghel, das bisher interesselos dem Kampfe zusah, ist jetzt durch das ungeschickte Verhalten der Polizei aufgeregelt worden und fängt über die hochheimischen Unternehmer zu schimpfen an. Deshalb werden wir zum Siege gelangen.

Gau Berlin. Mit einem schönen Erfolg ist in Berlin die Lohnbewegung der im Vadofenbau beschäftigten Maurer und Hilfsarbeiter beendet worden. Am 1. Juli ging der vor zwei Jahren mit den Unternehmern geschlossene Tarif zu Ende, nach welchem ein Stundenlohn von 80 $\frac{1}{2}$ bei neunstündiger Arbeit gezahlt wurde. In diesem Jahre wurden die achtstündige Arbeitszeit und 90 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn gefordert. Eingangs der Bewegung lehnten die Unternehmer die Verhandlung mit der Organisation ab; als aber am 2. Juli die Arbeit auf allen Bauten ruhte, da besannen sie sich eines Besseren; sie waren zum Verhandeln bereit und boten 84 $\frac{1}{2}$ Stunden Arbeitszeit und 85 $\frac{1}{2}$ Lohn. Dies Angebot wurde abgelehnt. Mittwoch, den 18. Juli, fand wieder eine Verhandlung statt, in der den Streikenden folgendes Angebot gemacht wurde: Die Arbeitszeit beträgt bis zum 31. März 1907 84 $\frac{1}{2}$ Stunden, der Lohn beträgt in dieser Zeit 85 $\frac{1}{2}$. Vom 1. April 1907 bis 1. April 1908 beträgt die Arbeitszeit 8 Stunden, der Lohn steigt dann auf 90 $\frac{1}{2}$. Für die Hilfsarbeiter besteht dieselbe Arbeitszeit; der Lohn erhöht sich bei ihnen von 60 auf 70 $\frac{1}{2}$. Neueintretende Maurer und Hilfsarbeiter erhalten während der ersten sechs Wochen 5 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn weniger, dann erhalten sie ebenfalls den vollen Lohn. Bezüglich der weiteren Abmachungen soll eine Kommission gebildet werden, die die einzelnen Tarifbestimmungen ausarbeiten soll. Eine Versammlung der Streikenden hat dies Angebot angenommen. Damit hat der Streik sein Ende erreicht. Die Arbeiter können stolz auf diesen Erfolg sein. Durch ihr einmütiges Zusammenhalten haben sie erneut den Beweis erbracht, daß Solidarität im Kampfe mit den Unternehmern die beste Waffe des Arbeiters ist.

Der Streik in Sommerfeld ist beendet. Nach langwieriger Verhandlung kam ein Vertrag zu stande, bei dem in diesem Jahre eine Lohnsteigerung von 3 $\frac{1}{2}$ und vom nächsten Frühjahr auf weitere zwei Jahre je eine weitere Lohnsteigerung von 1 $\frac{1}{2}$ festgelegt. Der Lohn beträgt dann 40 $\frac{1}{2}$ pro Stunde.

Die Kollegen in Wriegen a. d. O. haben von neuem die Unternehmer aufgefordert, mit ihnen über die am Schluß des vorigen Jahres eingereichte Forderung in Unterhandlung einzutreten. Geantwortet wird eine Lohnsteigerung von 40 auf 45 $\frac{1}{2}$ und einige Kleinigkeiten. Die Unternehmer legten im Frühjahr 24 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu und glaubten, die Gesellen damit abgefunden zu haben. Unsere Kollegen lehnten aber eine Vertragsabschließung auf dieser Grundlage ab. Jetzt antworteten die Meister, daß für sie die Lohnfrage erledigt sei. Unsere Kollegen hatten aber nicht diese Auffassung, sondern beschlossen, in den Streik einzutreten. Da die Situation günstig ist, so werden die Unternehmer ihre Meinung wohl ändern müssen.

Im Laufe der vorigen Woche sind 20 Italiener von Bittenberge abgereist; wie wir nachträglich erfahren haben, ihre Schritte nach Königsberg i. Pr. gewandt. Jedenfalls ist dort für ihre „staatsfeindliche“ Tätigkeit Verwendung. Aus welchem Grunde die Bittenberger verlassen, läßt sich nicht genau erlernen; auf jeden Fall sind sie aber im Einverständnis mit Maurermeister Köster abgereist, denn in der „Baugewerkszeitung“ annoncierte der Herr: „Eine Kolonne Italiener mit Polier abzugeben nach einem Streikgebiet.“ Infolge einer Volksversammlung, die sich mit der Aussperrung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter beschäftigte, hat die Stadtverordnetenversammlung eine gemischte Kommission eingesetzt, die zwischen den Parteien eine Einigung herbeiführen sollte. Darüber sind nun bereits zwei Wochen vergangen, ohne daß sie ihre Tätigkeit beginnen konnte. Wie verlautet, erkennen die Unternehmer diese Kommission nicht an, weil einige ihrer Mitglieder nicht nach ihrem Geizen sind.

In den Streiks in Belgis und Dahn ist eine Veränderung nicht eingetreten.

Gau Stettin. In Demmin sind auf Anregung einiger Kollegen Verhandlungen angeknüpft. Nach einigen Vorbesprechungen kam es am 1. August zur mündlichen Verhandlung. Die Unternehmer boten als Grundlage für diese Verhandlung: Bis März 1908 10 $\frac{1}{2}$ Stunden und 35 $\frac{1}{2}$. Von da an

„1910 10 $\frac{1}{2}$ „ 38 „ „ „

„1912 10 $\frac{1}{2}$ „ 40 „ „ „

Hierauf ging die Kommission nicht ein, wenigstens anerkannt wurde, daß eine stoffweise Lohnsteigerung und Einführung einer kürzeren Arbeitszeit die beste Grundlage für Annäherung eines Vergleichs sei. Schließlich boten die Unternehmer bis 1. März 1908 10 $\frac{1}{2}$ Stunden und 35 $\frac{1}{2}$. Von da an 10 Stunden und 40 $\frac{1}{2}$ bis 1. März 1910 und Anerkennung des am 3. April 1908 verhandelten Tarifs in seinem vollen Umfang. Eine am 3. August tagende Versammlung beauftragte die Kommission, auf folgender Grundlage den Tarif abzuschließen:

Bis 1. März 1907 10 $\frac{1}{2}$ Stunden 35 $\frac{1}{2}$. Von da an

„1908 10 $\frac{1}{2}$ „ 38 „ „ „

„1910 10 $\frac{1}{2}$ „ 40 „ „ „

Die Unternehmer lehnen diesen Vorschlag ab und beharren auf ihren Forderungen vom 1. August. Hieran sind die Verhandlungen gescheitert.

In Oelsch sind die Dinge noch unverändert. Zu erlaubten Bedingungen arbeiten 30 Kollegen. Zu unterstützen sind 11. Abgereist bezw. anderweitig untergebracht sind 96 Kollegen. Den Bürgern wird die Sache allmählich ungemütlich. Dies haben einige kleine Unternehmer in geschickter Weise aus. Die Materialbesitzer hat sich als unwirksam erwiesen. Die Böhmen arbeiten sich allmählich ein. An Lohn erhalten sie 45 bis 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. In Wäghen werden ihnen für Versicherung 0,99, an „Kautions“ 1,30 bis an Meißendorf 0,50 gemacht. Für Verpflegung 1,80 bis 1,40. Die „Kautions“ wird bis zur Höhe von 12 abgezogen und denen, die bis Oktober bleiben, mit 10 „Prämie“ zurückgezahlt. Der Meißendorfer wird für die Befragungskosten von Bräun bis Greifswald abgezogen. Die Verpflegung scheint nicht nach Wunsch der Böhmen zu sein. Sie fangen an, sich selbst zu beschäftigen. An Unlagen gegen unsere Kollegen hat es beim jüngsten und ältesten nicht gefehlt.

Im Bezirk S d n i sind am 6. August 119 Kollegen in den Streik eingetreten für 40 bzw. 42 $\frac{1}{2}$ Lohn und Bezahlung der Reisezeit am Montag und Sonnabend. Von 15 Unternehmern haben bisher 7 bewilligt, die 38 Kollegen beschäftigen.

Gau Lübeck. Der Streik in Neubukow ist beendet. Am 7. August fanden mit den Unternehmern Unterhandlungen statt, die zu einem Vergleich führten, der auch von den Streikenden in einer später abgehaltenen Versammlung mit 81 gegen 14 Stimmen gutgeheißen wurde. Die Arbeit ist am Montag bereits wieder aufgenommen worden.

Das Resultat der französischen Achtstundebewegung.

Die von dem Gewerkschaftskongress in Bourges am 17. September 1904 beschlossene Bewegung zur Erringung des Achtstundentages vom 1. Mai 1906 ab, kann als beendet gelten. Nur in Paris stehen zur Zeit noch etwa 600 Buchdrucker in einem hoffnungslosen Streik. Daß die Bewegung scheitern mußte, war bei der Schwäche der Organisationen, bei dem Mangel einer einheitlichen Leitung innerhalb der Organisationen, bei der völligen Unzulänglichkeit der Gewerkschafts- und der Parteipresse leicht vorauszusehen. Immerhin konnte angenommen werden, daß bei dem Charakter der Bewegung die Beteiligung eine stärkere sein würde, als sie es war, und daß die erzielten Erfolge, wenn sie auch in keinem Verhältnis zu den gemachten Anstrengungen stehen würden, doch größere sein würden.

An der Hand der statistischen Veröffentlichungen des französischen Arbeitsamtes und unter Zuhilfenahme der Partei- und Gewerkschaftspresse habe ich das zahlenmäßige Ergebnis der Bewegung festgelegt. Zwar können die gelieferten Zahlen keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit machen, da die amtliche Statistik ziemlich mangelhaft ist (eine getreue statistische Statistik gibt es nicht), jedoch kommt ein annähernd genaues Bild von den Erfolgen, oder genauer ausgedrückt Mißerfolgen der Bewegung heraus. Die Zahlen sind entnommen auf Grund der allmonatlich veröffentlichten Statistik über die Streiks in Frankreich und umfassen alle innerhalb der Zeit von der zweiten Woche im April bis einschließlich der dritten Woche im Mai ausgebrochenen Streiks. Eine Statistik über die Lohnbewegungen, die ohne Streit verliefen, gibt es nicht. Sie wäre auch ziemlich wertlos, da einem Streik vorhergehende Unterhandlungen nur sehr selten sind. Die Unternehmer lassen sich gewöhnlich auf Unterhandlungen vorher nicht

Wienke 50 A a 25 A, Balbendurg 100 B a 60, 200 B a 30, 200 A a 25, Bismfeld 400 B a 30, 80 E a 50, 200 L a 5, Balbheim 1000 B a 85, 5 E a 150, Weisenburg 25 B a 50, 200 L a 5, Wegeleben 200 B a 30, 50 B a 45, Weiserle 200 B a 40, 50 Bismfeld 800 B a 40, Bismfeld a. d. M. 100 L a 10, 50 A a 25, 5 E a 50, Bismfeld 200 B a 35, 200 B a 40, 25 E a 50, Bismfeld 400 B a 40, 100 K a 10, Bismfeld 6000 B a 60.
Zeil 2000 B a 40 A, 50 E a 50, 300 K a 10, Bismfeld 200 B a 35.

Dem Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in der vorigen Woche das Wahlprotokoll eingeleitet haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Mar Beschthal-Stettin (Verb.-Nr. 281 184), Friede. Witzke-Bielefeld (878 848), Paul Ranzow-Berlin (875 005), Gust. Kommit-Königsberg i. Pr. (340 590), Sol. Goretz-Treuen (326 104), Sol. Lenz-Göln (308 533), Sol. Wierwöl-Göln (280 289), Sol. Maurer-Garmisch (218 149), S. Hameister-Baage (99 942), Witz. Kische-Freihof (69 946), Friedr. Schuor-Fleisburg (68 450), Gustaf Wiese-Deinold (68 804), Oskar Schütte-Hannover (33 116), Witz. Metzdorf-Schadenleben (154 224), Witz. Düster-Beipzig (921 019), Emil Kottger-Bräunberg (248 641), Paul Fied-Berlin (1477), Karl Matusch-Dresden (189 658), Fr. Stadlaga-Bismfeld (110 403), Gust. Neubert-Duisburg (238 656), Gustaf Giese-Göln (545 921), Emil Schade-Göln (126 043), Ernst Schneider-Dortmund (287 234), Zaver Gabel-Nordenheim (262 612), Michl. Staudacher-Nordenheim (24 399), Karl Eichert-Frankfurt a. M. (278 164), Witz. Fied-Frankfurt a. M. (278 163), Sol. Krause-Bremen (158 16), E. Schultze-Bremen (18 898), S. Hilgen-Bremen (200 607), Witz. Nagel-Oberhausen (212 556), Witz. Keller-Oberhausen (212 389), Sol. Arnold-Oberhausen (177 470), Sol. Duda-Oberhausen (121 581), Witz. Ditt-Berlin (128 103).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Schmaria: Maurer Hermann Peterson (Verbands-Nr. 104 578), Zimmerer Wilhelm Müller (147 802), Zimmerer Hermann Maas (147 803), Zimmerer S. Bult (104 593), Zimmerer C. Bult (147 826), sämtlich in Nordenheim; Herne: Medlinghausen: Witz. Wegener (339 759); Guxhaven: Frits Maas (195 387), Otto Ditt (231 910), Jakob Wöhrers (195 389), Heinrich Semmen (231 962), Friedrich Giden (231 963), August Bult (231 966), Frankfurt a. M.: Adam Joh. Bult aus St.-Bismfeld (272 212), Philipp Müller aus Gängen (22 270), Martin Brodman aus Spremlingen (231 051), Ludwig Stroh aus Spremlingen (21 329); Berlin (Meyer): Andr. Sosnowsky (197 108); Lehnitz: Emil Gaud aus Nibel (198 614), Friedrich Schumann II aus Nibel (92 984); S. o. p. o. f. o. G. Gustaf Nibel (116 997), Friedr. Kippel (194 719), Heinrich Kränzig (194 750); Detsdorf: Friedr. Brodman (163 042), Heinrich Langweide (415 342), Hermann Bögel (415 333), Heinrich Langweide (415 342); Bergen a. M.: Ferdinand Zed (63 108), Franz Brandt (63 115), Wilhelm Nachbar (63 123), Karl Schöller (110 932), Gustaf Deminatus (63 241), Karl Lange (110 934), Karl Kramer (110 943); B. o. u. m.: Franz Krapp (269 692).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Duisburg: Anton Brodman (Verbands-Nr. 134 886), geb. am 7. März 1879 zu Ransfeld; Gelsenkirchen: Otto Brandt (188 146), geb. am 21. Mai 1886 zu Siebelen; Zweigverein Telle Otto Weiden (117 611), Adolf Rau (296 280), Louis Goldschmidt (181 677); Bismfeld a. d. M.: Wernede (378 669).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Im Anbete seiner Adresse ersucht die Geschäftsleitung des Zweigvereins Frankfurt a. M. den Kollegen Heinrich Kopp (Verbands-Nr. 24 435).

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktionen des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstags Morgen für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Von der Broschüre: „Ein Mahnwort zur Verkürzung der Arbeitszeit“

sind in den einzelnen Gauen bestellt worden:

Gau	Zahl der Zweigvereine, die bestellt haben	Zahl der Broschüren	Gau	Zahl der Zweigvereine, die bestellt haben	Zahl der Broschüren
Berlin	12	21199	Hannover	5	850
Bremen	8	270	Leipzig	12	2245
Breslau	5	1455	Nied.	8	651
Essen	1	200	Magdeburg	9	1806
Göln	3	600	Mannheim	7	5001
Dortmund	9	3855	München	1	1000
Dresden	6	6210	Nürnberg	1	150
Essen	7	1280	Oberhessen	—	—
Frankfurt a. M.	16	11524	Osten	8	758
Göln	8	1542	Stettin	6	170
Hamburg	13	1703	Stuttgart	1	50

Von den größeren Zweigvereinen haben noch nicht bestellt: Bremen, Göln, Hannover, Leipzig, Ransfeld, Nürnberg, Stettin und Stuttgart.

Angekreuzer Kassierer.

Der als Kassierer des Zweigvereins Stuttgart tätig gewesene Maurer Karl Lapp hatte sich vor dem vorigen Landgericht wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern im Betrage von M. 37 zu verantworten. Das Urteil lautete auf fünf Wochen Gefängnis.

Dortmund. Am 25. Juli hielt der Zweigverein Dortmund seine zweite diesjährige Generalversammlung ab. Der große Saal des Tierparks, der über 700 Personen faßt, erwies sich als zu klein; es konnten daher viele Kollegen wegen Platzmangels der Versammlung nicht beizuhören. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Vorstandes und Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Unser Arbeitsvertrag und wie wird er von den Unternehmern gehalten. 3. Kartellbericht und Gewerkschaftsbericht. Es haben danach stattgefunden: 4. öffentliche und 48 Mitgliederversammlungen (einschließlich der Zahlstellen), 9 Besprechungen, 11 Vorstandssitzungen, 5 Bundeslegiertenkongress, 6 Bundesbesprechungen und 1 Zweigvereinskonferenz. Daraus geht hervor, welche Arbeit der Zweigvereinsvorstand zu erledigen hatte. Der Vorsitzende ernannte alle Kollegen, so weiter zu arbeiten und den Vorstand jederzeit fähig zu unterstützen, dann seien wir in der Lage, die Organisation immer mehr auszubauen. In einigen Vordörfern steht uns kein Lokal zur Verfügung. Dort müßten die Kollegen auf Umwegen ihre Verbandsgeldern einbringen, so in Mönchengladbach und Bräunberg, dort ist kein Platz zu bekommen, um sein Lokal zu verlassen, natürlich aus Angst vor dem großen Unbekannten. Dasselbe ist auch in Ratten der Fall. Trotz alledem geht es mit unserer Organisation vorwärts, was aus den Kassierenberichten zu sehen ist. Die Quartalsabrechnung gab der Bezirksvereinskassierer, Kollege Nicolaus, bekannt. Es gehören zum Zweigvereine neun Zahlstellen und zwei Hilfszahlstellen, über deren Verhältnisse die folgende Tabelle Aufschluß gibt.

Mitgliederbewegung und Markenumsatz im zweiten Quartal 1906.

Orte	Mitgliederbewegung im 2. Quartal	Markenumsatz im 2. Quartal	Mitgliederbewegung im 3. Quartal	Markenumsatz im 3. Quartal	Mitgliederbewegung im 4. Quartal	Markenumsatz im 4. Quartal	Mitgliederbewegung im 1. Quartal	Markenumsatz im 1. Quartal
Stütgenortmund	57	31	98	773	474,78	22,70	—	—
Marzen	42	19	62	474	360,45	38,40	—	—
Barop	61	40	117	976	834,14	55,56	—	—
Mönchengladbach	40	20	71	470	308,45	54,32	—	—
Bräunberg	137	83	153	1150	767,08	81,47	—	—
Essen	51	8	67	629	340,80	56,25	—	—
Derne	52	12	91	677	411,14	26,45	—	—
Bratell-Bielefeld	44	18	81	614	325,94	12,52	—	—
Ramen	50	15	58	498	298,82	22,61	—	—
Dortmund zusammen	534	196	798	6060	3918,03	370,28	—	—
Stadt Dortmund	945	116	1038	12474	10933,43	4054,42	—	—
Gesamt	1479	312	1836	18534	14149,46	4424,70	—	—

Die Gesamteinnahme beträgt M. 14149,46, davon sind an die Hauptkasse eingegangen M. 5884,97. Für die Hauptkasse wurden am Orte herausgegeben: für Agitation M. 341, Reiseunterstützung an Streikende M. 489, Nachschuß und Sanftmütigen-Unterstützung M. 321,70, Gesamteinnahme-Unterstützung M. 30, Kranfengel M. 383,90, Sterbegeld M. 85, Unternehmern M. 1650,60. Die Ausgabe der Hauptkasse beträgt M. 2189,19. Der Kassierenbestand beträgt M. 4494,70, davon sind in der Hauptkasse M. 370,28, auf der Sparkasse M. 4000 und in Händen des Kassierers M. 54,42. Sodann rief Kollege Nicolaus, daß die Bilanzkontrolle auf den Kassieren nicht richtig durchgeführt wurde; bei den Bundeslegiertenkongressen mußte ausgebaut, so konnte es nicht vorankommen, daß ein Teil Kollegen mit den Beiträgen im Rückstand sei. Nachdem noch einige Fragen bezüglich der Abrechnung erläutert wurden, wurde dem Kassierer auf Antrag der Redatoren, die Buch- und Kassierung für richtig erklärt, Entlastung erteilt. Hervorgehoben wurde noch, daß die Propaganda der Christlichen, sie hätten mehr Mitglieder im Dortmunder Bezirk als wir, eitel Lug und Trug seien. Die gesamte Organisation des Zentrumsverbandes, also Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter usw., hat nicht einmal so viel Mitglieder, wie unser Zweigverein allein, das beweisen die Zahlen der verkauften Marken respektive die Gesamteinnahme. Darum auf, Kollegen, nicht ruhen noch rasten, damit das dritte Quartal mit 2000 Mitgliedern abschließt. Die Unternehmern und Poliere begünstigen die christliche Organisation und streben danach, Dortmund zu einer Hochburg der Christenorganisation zu machen, das beweisen uns am besten die vielen Entlassungen unserer Kollegen, aber das wird nie und nimmer gelingen. Zu dem Punkt: „Unser Vertrag und wie wird er von den Unternehmern gehalten“, sprach der Kollege Nicolaus. Er führte aus, daß der Vertrag für die Arbeiter manches Gute habe, aber was die hiesigen Unternehmer machen, sei doch zu toll. Kollegen, die über Mißstände auf Bauten ihren Unwillen bekundeten, würden nicht gefürchtet und als „mischief“ bezeichnet, wenn sie das, was die Unfallversicherungsbedingungen vorschreiben, forderten. Abrechnungen der Kassenlagen, Bauten und Aborte seien oftmals in sehr traurigem Zustande; aber die Baupolizei sehe es nicht, und wenn unsere Kollegen forderten, daß die Liebschande abgeschafft würde, würden sie bei der ersten Gelegenheit auf Straßenplätzen. In Ratten sei es sogar vorgekommen, daß ein Maurer sofort die Baustelle verlassen mußte, nur weil er den Unternehmern Willkür aus Vergeltung aufbottete, einen Abort zu bauen, damit seine Leute die Notdurft verrichten konnten. Mit der Abrechnung der Kassenlage sah es nicht besser aus; der Bau-geld eher einem Kollaps. Als der Kassieren andere Arbeit gefunden hatte, sorgte Herr Witzke dafür, daß er auch dort wieder sofort entlassen wurde. Der Arbeitgeber unserer Kollegen, die Firma Schöppner & Co. aus Marklinde, mußte nachher, als sich eine Schlichtungskommission gebildet hatte, die Sache befassen, anerkennen, daß die Entlassung zu Unrecht geschah und zahlte dem Kollegen eine Lohnentschädigung von M. 15. Derartige Sachen seien zu Drogen anzufragen. Aber alle übertrifft doch der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des Unternehmerverbandes, Herr Schulte. Der verbot das bis jetzt

allgemein übliche Einholen von Schwören und Geländern zu den Frühlings- und Herbstpausen. Man höre und laune: dem Herrn geht es viel Zeit verloren, wenn ein Schreier oder Arbeiter eine halbe Stunde vor den Bauten zum Einholen der Marken gebraucht. Die Einberufung einer Schlichtungskommission, die von uns zur Regelung der Angelegenheiten verlangt wurde, lehnte Herr Schulte ab mit der Begründung, die Kommission sei nicht dazu da, Erweiterungen in den Vertrag aufzunehmen. Es ist diesfalls eine Beschwerde beim Einigungsamt gegen Herrn Schulte eingereicht, und auf alle Fälle wird er wohl die Anweisung erhalten, wie er in Folge zu handeln hat, wenn von unserer Seite eine Sitzung beantragt wird. Von der Versammlung wurde das Verhalten des Herrn Schulte gemißbilligt. So etwas, wie das Einholen von Schwören und Geländern, zu verbieten, ging unseren geduldeten Kollegen gegen den Strich. Herr Schulte hat sich ja nun begeben und läßt nun wieder Frühlings- und Herbst durch einen von ihm bestimmten Arbeiter holen. Kollege Nicolaus forderte alle Kollegen auf, ihm sofort alle Verträge der Unternehmern zu weisen, damit überall und schnell Besserung geschaffen würde. Sodann erbat Kollege Nicolaus den Kartellbericht. Der Hauptpunkt der letzten Sitzungen war Ausschluß der freien Vereinigung der Fliesenleger aus dem Kartell. Bei der ersten Sitzung des Kartells wurde der Ausschluß mit Einstimmigkeit abgelehnt. In der zweiten Sitzung, nachdem vollständige Klarheit über das Verhalten und die Ziele der freien Vereinigung gegeben war, erfolgte der Ausschluß fast einstimmig. Mit dem Aufste: „Soch die freie Vereinigung!“ verließen die Fliesenleger den Saal, und bemerkten dabei: „Wir kommen wieder und jetzt fangen wir an, mehrere freie Vereinigungen zu gründen“. Einige Tage später erschien auch der bekannte Agitator der freien Vereinigung, der „Marcho“. Gestalt aus Berlin. Er erhielt aber in der öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung die ihm gebührende Aufnahme, so daß er wohl das Wiederkommen verfehlen wird. Die Maurer Dortmund sind für die Ideen der freien Vereinigung nicht zu haben. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erörtert waren, wurde die imposante Versammlung um 11½ Uhr geschlossen.

Gitterverbot. Am 7. August fand im Gasthof „Zum Kronprinz“ die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die sehr gut besucht war. Zu Punkt 1. Wahl von zwei Mitgliedern zum örtlichen Gewerkschaftsrat, legte Kollege Schöne den Kollegen in ausführlicher Weise klar, welcher Nutzen und Zweck durch das Kartell erzielt werden soll. Hierauf beschloß die Versammlung einstimmig, die daraus entstehenden Kosten der Lokalfälle zu entnehmen und den Lokalfällen beizubehalten. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Da der Kassierer die Abrechnung und den Kassierenbericht vorgelesen und das alles gestimmt habe, wurde der Kassierer entlastet. Hiernach machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß zum September der vertragmäßige Lohn von 88 A gezahlt werden müsse. Ferner wies er darauf hin, daß am 11. September die nächste Versammlung stattfinden, um etwaige Differenzen zu regeln.

Freihaus. Am 28. Juli hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Die Abrechnung vom zweiten Quartal ergab einen Zuwachs von 66 neuen Mitgliedern. Der Vorsitzende ernannte die neu eingetretenen Kollegen, trenn zur Höhe zu halten und stets ihre Beiträge pünktlich zu entrichten, damit am Schlusse des Jahres keine Schulden vorhanden wären. Ferner schilderte der Vorsitzende die Fortschritte, die wir durch den Streik erlangt haben, und wies dann darauf hin, daß wir nunmehr auch infolge der Lohnsteigerung einen höheren Wochenbeitrag zu zahlen hätten. Es wurde beschlossen, vom 16. August an einen Wochenbeitrag von 85 A und einen monatlichen Zuschlagbeitrag von 10 A zu zahlen. Der Vorsitzende ernannte die Mitglieder hierzu auf eifriger Agitation, damit wir noch größere Fortschritte machen könnten. Von vielen Mitgliedern wurde der Wunsch laut, daß hier auch einmal ein Mitglied des Hauptverbandes in einer Versammlung sprechen möge, da dies ja in anderen Zweigvereinen ebenfalls geschähe. Hierauf wurde beschlossen, am 26. August das Stiftungsfest zu feiern und dafür M. 1 Eintrittsgeld zu erheben. Nach Erledigung einiger örtlichen Angelegenheiten erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung.

Gottesberg. Am 31. Juli tagte im Gasthof „Zur Brauerei“ in Alt-Bäffig eine öffentliche Maurerversammlung. Das Referat hatte Bauvorsitzender Möller aus Breslau übernommen. In seinen Ausführungen nahm er Bezug auf den zum Teil verloren gegangenen Streik. Er forderte die Kollegen auf, die Scharte wieder auszuweihen; mit doppeltem Eifer müsse agitiert werden, bis die entlassenen Bauten wieder voll sind, damit wir, wenn wir wieder eine bessere Bauwirtschaft zu verzeichnen haben, die Unternehmern zwingen können, unsere Organisation anzuerkennen. Zum Schluß ernannte Möller die Mitglieder zu regelmäßiger Versammlungsbefuch. Nach nicht allzu großer Verteilung an der Diskussion wurde die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Guben. Der hiesige Zweigverein hielt am 8. August seine Mitgliederversammlung ab, die sehr gut besucht war. Zunächst erbat der Kassierer den Kassierenbericht vom zweiten Quartal. Auf Antrag der Redatoren, die Kasse geprüft und für richtig befunden hatten, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Im zweiten Punkt wurde über die am 6. Juli vorgenommene Bilanzkontrolle berichtet. Insgesamt wurden 60 Baustellen kontrolliert. Das Resultat war, daß sich auf 45 Bauten die Bauten und Aborte in ziemlich gutem, dagegen auf 15 Bauten in sehr schlechtem Zustande befanden. Es wäre zu wünschen, daß die Arbeiter auf den betreffenden Bauten den Antrag an die Meister stellen, eine Besserung eintreten zu lassen. Da auch verschiedene Kollegen nach Feierabend bei Privatleuten arbeiten, Gerüste bauen und noch Hunderte von Steinen bearbeiten, so ernannte der Vorsitzende die Kollegen, dieses zu unterlassen. Täten sie dieses nicht, so müßte der Zweigverein andere Mittel ergreifen. Da die hiesigen Maurermeister auf Antrag ihrer Arbeiter einen Vertrag mit diesen abgeschlossen haben, worin ihnen die Sonntagsruhe gewährt wird, aber diese Meisterverträge den Vertrag noch nicht anerkennen haben, so wurde in der Versammlung beschlossen, kein Bier zu trinken, wobei bei Vergleichen noch auf Bauten, das von diesen Verlegern bezogen wird. Der folgende Punkt war Gewerkschaftswahl. Es wurde hierauf vom Vorsitzenden einem jeden Kollegen die bringende

Bitte ans Herz gelegt, sich doch an der im September stattfindenden Gewerbeerleichterungswahl zu beteiligen. Zu einer lebhaften Debatte kam es über den vom 18. Mai bis 30. Juni b. J. geführten Bauarbeitersstreik. Unter den Kollegen herrschte eine sehr große Aufregung über den Artikel in Nr. 20 und 29 des „Grundriss“, worin eine Notiz des „Bauchhaffs“ arbeitern“ entfallen ist, durch die den hiesigen organisierten Maurern die Schuld daran ausgehoben wird, daß der Bauarbeitersstreik verloren ging, indem die Maurer sogar bei Annäherung von Streikbrechern beßiglich gewesen wären, und diese als Maurer verkleidet und von auswärtig auf die Arbeitsstelle gebracht hätten. Da dieses auf holle Unwahrheit beruht, so war die Aufregung unter den Kollegen sehr groß. Daß sich einige Kollegen gegen den Kartellvertrag vergangen haben, haben wir noch nie bestritten und geben wir selbst zu, diesen Kollegen wird auch das Urteil gesprochen werden. Doch soll auch noch erwähnt sein, daß die Bauarbeiter von ihrem Streik unseren Zweigverein vorher mit keinem Wort in Kenntnis gesetzt haben, bis sich die Maurer fragten: „Was ist denn bei den Arbeitern los?“ In der Versammlung wurde ferner die Meinung laut, daß es doch wohl Pflicht des Vorstehenden der Bauarbeiter gewesen wäre, doch den Versessenen einiger Maurer dem Vorstehenden dieser Organisation Kenntnis zu geben, was aber sich heute noch nicht gesehen ist. Auch müsse in Betracht kommen, daß zu Anfang des Bauarbeitersstreiks 208 Bauarbeiter in den Streik traten, in einigen Wochen aber rund 140 Streikbrecher zu bezeichnen waren. Es ist daher wohl die Frage berechtigt: Wer sollte hier den Streik zum Siege bringen? die organisierten Maurer oder die Bauarbeiter? Das Äußerste zweier verhassten Kollegen wurde in der Versammlung durch Ergehen von den Plätzen geest. Die Versammlung schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Sagen i. B. In der am 29. Juli abgehaltenen Generalversammlung wurde zunächst der Quartalsbericht vorgelesen. Die Einnahme der Hauptkassa betrug M. 4174.40, die Einnahme der Sozialkassa M. 1649, die Ausgabe der Sozialkassa M. 1677.63, Kassenbestand M. 71.47. Es wurden verkauft 371 Eintrittsmarken à 50 \mathcal{A} , 7 Eintrittsmarken à M. 1.50 und 45 Leber-
terle von den Christlichen, macht 423 Neuzufnahmen im zweiten Quartal. Beitragsmarken wurden verkauft: 8001 à 50 \mathcal{A} und 178 à 45 \mathcal{A} , 426 Arbeitslofen, 491 Sozialmarken à 25 \mathcal{A} und 1498 Sozialmarken à 10 \mathcal{A} . Am Schlusse des ersten Quartals 1906 hatten wir 641 und am Schlusse des zweiten Quartals 910 Mitglieder, darunter 260 Italiener. Obwohl unsere Erwartungen, die wir im Quartal begien, bereits übertraffen sind (am 1. März 1905 hatten wir im ganzen Zweigvereinsbezirk 150 Mitglieder), können wir doch mit diesem Resultat nicht zufrieden sein. Würden unsere Kollegen eine schärfere Kontrolle auf den Baustellen ausüben, so könnte es nicht vor-
kommen, daß eine ganze Reihe Kollegen einige Wochen hier arbeiten, ohne ihre Beiträge zu bezahlen. Wir müssen uns hier mit so manchem Knecht herumschlagen, viel Geld für Kalkulation ausgeben und in anderen Vereinen werden die Sozialkassen auf unser Konto gestellt, d. h. die dort beschäftigten Kollegen passen besser auf die Drückberger auf. Der Beschluß, daß während der Monate März bis November jeder Monat eine Sozialmarke à 10 \mathcal{A} gefest werden muß, wird von einer ganzen Anzahl Kollegen nicht eingehalten. Es sind dies meistens gerade die Kollegen, die schon mehrere Jahre hier beschäftigt sind, die das Bezahlen der Sozialmarken anderen Leuten über-
lassen. Gerade jene Kollegen wissen es am besten, in welcher trauriger Verfassung wir den Zweigverein vor etwa anderthalb Jahren übernommen haben. Wir erwarten, daß die „Grund-
stein“-Korporature die Selber für die rückständigen Sozialmarken unzerzöglicht eintreiben. Sollten sich dennoch Kollegen finden, die sich weigern, diese Beiträge zu bezahlen, so müssen deren Namen in der nächsten Zeit im „Grundstein“ bekannt gegeben werden. Es müssen bis 1. August bezahlt sein: Für Januar 4 für Februar 4, d. h. jede Woche eine Sozialmarke, und für die Monate März bis 1. August 6 Sozialmarken à 10 \mathcal{A} . Auch die Kollegen, die Sagen mal auf zwei oder drei Wochen einen Besuch abstatten, müssen eine à 10-Markte fleben. Ferner muß nun jetzt ab schärfer darauf geachtet werden, daß jeder im Zweig-
verein beschäftigte Kollege sich in den einzelnen Zählstellen an-
meldet und dort seine wöchentliche Beitragsmarke bezahlt.
Mittheilung, den 22. August, findet im Volksbause eine Bau-
besatzertung statt. Jeder Bau muß vertreten sein.

Halle a. d. S. Am 8. August tagte im **T a u s c h e n t h a** eine öffentliche Maurerverammlung, in der Kollege Deeghe über die Unterhandlungen mit dem Unternehmer Höhne berichtete. Nachdem die Forderungen dem Unternehmer Höhne zugelangt waren, teilte derselbe mit, daß am Freitag, den 8. August, eine Unterhandlung betreffs der Lohnfrage stattfinden sollte. Erschienen war Herr Höhne und seine beiden Söhne, sowie die Mitglieder der Lohnkommission und ein Vertreter des Vorstandes des Zweigvereins. Nachdem Kollege Deeghe die Forderungen begründet hatte, erklärte der Unternehmer Höhne, daß er bereit sei, sofort Lohnerhöhung vor sich gehen zu lassen, aber die gewünschten Forderungen, wie sie gestellt seien, könnte er jetzt in der Höhe nicht bewilligen; er erbot sich aber, vom 4. August ab 88 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu zahlen. Im nächsten Jahre ließe sich darüber reden, den Forderungen nochmals näher zu treten. Dagegen sei der Maurer wurde erklärt, daß davon keine Rede sein könnte, wenn Herr Höhne seine weiteren Zugeständnisse machen wollte, sei es auch noch, noch darüber zu reden. Nach 25köndigem Unterhandeln machte Deeghe folgenden Vorschlag: Der Stundenlohn soll vom 4. bis 31. August 88 $\frac{1}{2}$, vom 1. September 1906 bis 31. März 1907 40 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1907 bis 31. März 1908 42 $\frac{1}{2}$ betragen; für Junggelesen sind im zweiten Gesellenjahre 85 $\frac{1}{2}$ und für Junggelesen im ersten Gesellenjahre 80 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu zahlen. Sollte dies nicht Annahme finden, dann müsse eben der Kampf geführt werden. Der Unternehmer erklärte, daß er diesen Vorschlag wohl anerkenne, aber eine feste Zusage heute noch nicht machen könnte, da er die Lohnabhängigen bei seinen Auftraggebern beantragen müsse; er würde bis Dienstag, den 7. August, Bescheid erteilen. Die Antwort kam nun, eingetroffen und lautet folgendermaßen: Der Lohn eines Gesellen soll vom 4. August bis 30. September noch 88 $\frac{1}{2}$, vom 1. Oktober d. J. (nicht 1. September) bis zum 31. März 1907 40 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1907 bis 1. April 1908 42 $\frac{1}{2}$ betragen. Junggelesen sollen im zweiten Gesellenjahre 85 $\frac{1}{2}$ und im ersten Gesellenjahre 80 $\frac{1}{2}$ erhalten. Ferner soll in seinen Söhnen Betriebe in Wankleben, sowie in Ambsdorf, Unter- und Obergöbblingen und Erbsdorf, wo derselbe schon 40 $\frac{1}{2}$ zahlt, dieselbe Lohn weiter bezahlt werden und gleichfalls vom 1. April, dieses

der Lohn von 42 M in Kraft treten. Die Versammlung stimmte den Abmachungen sowohl an, nur daß die 40 M nicht am 1. Oktober, sondern schon am 1. September, wie Kollege Deegge in Vorlage gebracht hatte, gezahlt werden sollen. Die Versammlung beauftragte die Verbandsleitung, mit dem Unternehmer Hödne nochmals Rücksprache zu nehmen. Sie ist der Meinung, daß sie dem Unternehmer schon sehr entgegengekommen sei, daß noch dieser Punkt seine friedliche Lösung finden wird. In „Verständes“ wurde mitgeteilt, daß dann am 1. September an nicht mehr Waren zu 35 M , sondern zu 40 M geliefert werden müssen. Weiter wurde den Stachfurter Kollegen mitgeteilt, daß, wenn dieselben die Lieferungen nicht unterlassen, sie aus der Organisation ausgeschlossen werden. Kollege Hödne ersucht, immer mehr für die Organisation zu agieren, indem die Arbeiterpresse zu lesen und den Wirt des Lokals zu unterstützen, da es nur das einzige ist, welches den Arbeitern zur Verfügung steht. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß Kollege Deegge die stark beschulte Versammlung.

Tort-Einstellung. Sonntag, den 6. August, hielt den hiesigen Arbeitgeber seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Abrechnung vom letzten Quartal vorgelesen und genehmigt worden war, wurde über den Unternehmer Haberle die Sperre verhängt. Dieser (sein Wohnsitz ist in Milsch bei Drostheim) hat hier im Lohnbezirk einen Neubau in Größe a. b. Elbe aufzuführen. Da nun festgehalten worden ist, daß dieser den tariflich festgelegten Lohn nicht bezahlt, wurden seine Kollegen gewarnt, diesem Unternehmer den Tarif überdehnen zu lassen. Da nun diese drei Tage verstrichen sind, aber keine Antwort eingegangen war, wurde die Sperre verhängt.

Leipzig. Dienstag, den 7. August, tagte im „Volkshaus“ eine „Kriegsmaßregeln gegen deutsche Arbeiterverarmung“. Generell Stabführer hiesiger Partei hielt einen Vortrag über die wirtschaftlichen Kämpfe der früheren Jahrhunderte. Mit reichem Beifall folgten die Anwesenden seine interessanten Ausführungen. Dann gab der Vertrauensmann das Resultat einer im Juni aufgenommenen Statistik bekannt. Befragt wurden 3657 Maurer, davon gehörten der polnischen Organisation 1151 und den „Fingelichen Arbeiterbildungsverein 80“ Köpfe an. Von den Befragten waren aus Zeitzungen abnominiert:

a) Parteizeitungen:

2506 Kollegen allein.....	Leipziger Volks-Zeitung
29 " gemf. m. anber.....	
146 "	Hall'sches Volksblatt
23 "	Volkszeitung für das Müritzen- thum
1 Kollege	Altendburger Volkszeitung
7 Kollegen	Sächsischer Arbeiter-Zeitung.

b) Bürgerliche Zeitungen:

20 Kollegen	Leipziger Abendzeitung
78 "	Stadt- und Dorfanzeiger
65 "	Leipziger Neue Nachrichten
4 "	Leipziger Tageblatt
15 "	Nach Feierabend.

Die Bishöflicher, wie „Simplizissimus“, „Wahre Jakob“
Postillon“ haben ebenfalls bei unsern Kollegen Eingang ge-
funden

Die Kollege Berling bemerkte hierzu, daß die Listenführer nicht ihre Schuldigkeit getan hätten. Die Kontrolle über die politische Organisation müsse gleich der der Verbandsmitglieder vorgenommen werden. Auch sollten Anmeldungen dazu möglichst auf dem Bau angenommen werden. Kollege Rießling bemängelte, daß ein großer Teil der Kollegen noch bürgerliche Zeitungen unterließen. — Hierauf wurde über einen Antrag, das Gehalt des Vertrauensmanns pro Monat um M. 16 zu erhöhen, verhandelt. Der Antrag wurde nach lebhafter Debatte abgelehnt, indem die Mehrzahl der Kollegen die Ansicht vertrat, daß diese Angelegenheit bei der Neuwahl zu regeln sei. In einer späteren Versammlung werden sich die Kollegen zu verantworten haben, die noch Flaschenbier auf dem Bau duften. Da tariflich festgelegt ist, daß weder der Boller noch sonst ein Arbeiter Flaschenbier verkaufen darf. Dem Antrage der letzten Versammlung, der Lohn der Feiertage gezahlt werden solle, hat der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes zugestimmt. Herr Entz hat bei der Unterhandlung erklärt, dahin wirken zu wollen, daß sich jeder Maurer zum Feiertage um das Beste seines Lohnes besünzelt. Einer Anregung des Agitationskomitees, die betreffenden Bauten nicht zu sperren, wo die Kollegen an einem Bau weiter arbeiten, wenn sie am Lohntag nicht abgehakt erhalten haben, wurde zugestimmt. Ein Antrag der Kollegen vom Bau Schneider, dem Kollegen Schumann jetzt Inbald, eine Unterstellung autommen zu lassen, wurde dem Agitationskomitee zur Erledigung überwiesen. Den hiesigen angefertigten Rithographen und Steinbruden wurden weitere M. 1000 bewilligt. Kollege Bauersfeld bemängelt die Schreibweise des „Grundstein“ über die am 22. Juli hier tagende Parteiversammlung. (Symptome.) Kollege Bauersfeld konnte sein kritisches Messer nichtiger anwenden bei gewissen Selbstag-Genossen, die sich über die Gewerkschaften mit höchstnützigen Gedanken abgaben. Die Debatte des „Grundstein“. Ferner wurde ein Antrag angenommen, den Verbandsvorstand zu ersuchen, bei der Generalkommission dahin zu wirken, daß das Protokoll über die Konferenz der Gewerkschaftsverbände veröffentlicht werde. (Das war schon längst geschehen. Die Debatte des „Grundstein“). Um 11½ Uhr erreichte die Versammlung ihr Ende.

Bübel. Unsere alte Sanftstadt, die Stadt der Pfefferkuchen hat eine neue Umwandlung erfahren. In dieser Stadt, so industriell bis zu kurzen sonstigen berüchtigt war, regt es sich mächtig. Der Staat hat ausgedehnte Veränderungen angeordnet, wo nur Fabriken angelegt werden sollen. So wird u. a. e. Hochofenwerk gegenüber der Schlucht angelegt. In diesem Neubau sind aber nur oberflächliche Maurer beschäftigt (Unternehmer Brüder, Kattowitz), außerdem sind sonstige Hilfsarbeiter, Arbeiter, Salziger u. dergl. an der Herstellung der Bauten beschäftigt. Zugleich haben die Bübeler Kollegen aber auch etwas besonnenes was ihnen bisher fremd war, nämlich die christliche Organisation der Bauhandwerker. Es werden aber außer dem Hochofenwerk auch noch andere industrielle Anlagen angelegt, so zum Beispiel eine Delmühle, die jedoch anderthalb Stunden von Bübel entfernt liegt. Die Arbeit wird ausgeführt von der Firma Wulff & Sohn in Bübel. Die an dem Bau beschäftigten Arbeiter (Maurer und Bauarbeiter) hatten nun längerer Zeit die aussehende Firma die Forderung gestellt, sie möge ihnen pro Tag 50 & Eigenschaft und freie Fahrt gewähren. A

Firma hatte gleich von vornherein einen um 8 A. höheren Stundenlohn gezahlt. Davon sollten die Beschäftigten jedoch selber freie Fahrt und Vergleichen befreiten. Der Betrag belief sich pro Woche, bei sechs Tagen Arbeit, insgesamt auf M. 1,71, davon ab M. 1,10 resp. M. 1,20 für Fahrpreis. Es blieben also 61 A. pro Woche nach, oder pro Tag 8 1/2 A. Daß bei einer solchen Entlohnung die Zuriidenheit nicht hergestellt werden würde, liegt wohl auf der Hand, zumal die Kollegen pro Tag circa 14 Stunden von Hause fort sind. Infolge einer momentanen guten Konjunktur, die aber nur ganz kurze Zeit anhalten wird, wurde die Firma genötigt, die Forderung zu bewilligen. Die Firma Mund & Sohn sann jedoch sofort wieder auf Mittel, um die Schädigung am Profit wieder zu beseitigen. Sie beschaffigt zunehmbe, die Arbeiten anderweitig zu vergeben. Es wird versucht, durch Heranziehung von billigen Arbeitskräften die Arbeiten fertigzustellen. Wir raten aber allen Kollegen, wenn sie nicht wie im Buchshaus? arbeiten wollen, Abstand zu meiden. Im Buchshaus? so wird mancher Kollege fragen. Nun, gemacht habe Kollegen. Ein kleines Beispiel: Es erzählt hier ein Maurer mit Namen Borko, ein Mann, der sich nicht scheut, bei der geringsten Kleinigkeit, die diebstahl feiner „Ehre“ weh tun könnte, zum Raub zu laufen, wie schon geschrieben. Dieser Mann war also von dem Unternehmer J. Obenbunrg eingestellt worden. Die dort beschäftigten Kollegen weigern sich mit einem solchen Menschen zusammen zu arbeiten, der Unternehmer weigert sich jedoch, diesen getreuen „Arbeitswilligen“ zu entlassen, weshalb unsere Kollegen die Arbeitsstelle verlassen. Sofort wird diese „verderbliche“ Tat dem Arbeitgeberverband gemeldet und der Arbeitsnachweis wird für die Kollegen gesperrt, die sich unterhanden haben, ihren Arbeitsplatz zu verlassen. Die Kollegen sollen also gezwungen werden, wieder ins alte Joch hineinzutreten. Also Kollegen, da ist doch wohl der Ausdruck von dem Arbeiten im Buchshaus angebracht. Die Kollegen, die trotzdem nach Abstand ziehen sollten, werden deshalb gut tun, ehe sie hier in Arbeit treten, Erkundigungen einzugeben, bei wem sie in Arbeit treten. Auskunft wird erstell im Bureau des Zweigvereins Joganaisstr. 60/62.

Wien. Am 24. Juli tagte hier eine öffentliche Arbeiterversammlung mit der Tagesordnung: 1. Vortrag über Bauarbeiterbesch. 2. Quarantänsabredung. 3. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erteilte Kollege Fiebig dem Reichstagsabgeordneten Genossen Prätorf das Wort. In einem einstündigen Vortrage führte Redner den Kollegen ein noch sehr zu bearbeitendes Feld im Bauarbeitergeschäft in kurzer und klar verständlicher Weise vor Augen. Besonders scharf kritisierte er den Genuß von Branntwein, der nur immer wieder zu Unglücksfällen führe, und ermahnte die Kollegen, statt dessen sich lieber um die Uebelstände auf dem Bau zu bekümmern. An den Ausführungen des Referenten sich anschließend, bemerkte Kollege Schulte, daß verschiedene Kollegen, die Spigarbeiten verrichten, nicht den Vorschriften der Bundesratsverordnung nachkommen. Die betreffenden Kollegen sollen daran ermahnt werden. Hierauf verlas Kollege Fiebig die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Einnahme für die Kasse betrug A 16 797,65, die Ausgabe: A 15 797,65. Die Einnahme der Kassa betrug A 3290,56, die Ausgabe A 2072,84; Kasseeinstand A 1292,72. Alsdann verlangte Kollege Herr noch die Abrechnung vom letzten Viertel; diesem wurde auch entsprochen. Unter Punkt 3 ist folgende Resolution eingegangen: „Die heute, Dienstag, den 24. Juli, 1906 im „Weißen Hof“ tagende Arbeiterversammlung spricht hierdurch ihre größte Mißbilligung darüber aus, daß der Vertrag noch nicht in die Hände der Mitglieder gelegt ist. Die Versammlung verlangt, daß der Vertrag endgültig bis 1. August von der Kommission der Arbeiter und der Kommission der Unternehmer untersucht geschrieben in die Hände des Vertrauensmannes gelangt, mit der Bedingung, daß die Ortsklassen in den Bezirken bleiben, wo sie sich der ersten Aufstellung festgelegt sind, damit keine Lohnherabsetzungen vorkommen. Ferner ist der Paragraph betreffs Zusammenarbeiten mit Inorganisierten völlig aus dem Vertrag aufzuheben. Weiter sind beide Kommissionen, die den Vertrag formulieren, sofort in dem Sinne zu benachrichtigen. Wird bis 1. August der Vertrag nicht formuliert, so betrachten für die Arbeiter als Vertragsfrei und werden demgemäß handeln.“ Verschiedene Kollegen sprachen im Sinne der Resolution. Die Abstimmung ergab ihre einstimmige Annahme. Ferner verlas Kollege Fiebig zwei Protokolle vom Arbeitgeberverband betreffs Regelung des Vertrags, die von den anwesenden Kollegen mit Gohn zurückgewiesen wurden. Den Kollegen Karl Lehmann traf eine ganz besonders scharfe Miße dadurch, daß er während der ganzen Aussprache und bis dato mit einem indifferenten Kollegen zusammen gearbeitet hat. Lehmann meinte, dadurch noch keine strafbare Handlung begangen zu haben; auch das vom Kollegen Schulte angeführte Arbeiten vor früh 7 Uhr Abends 7 Uhr, nämlich die Stunde von 6 Uhr bis 7 Uhr Abends, sei bei ihm als keine Uebertunde zu betrachten. Gaupfsache wäre, daß die gegenständliche Arbeitszeit einhalte. Es wurde ihm darauf scharf bedeutet, daß er, wenn er auch für sich arbeite, doch die Arbeitszeit inne zu halten habe, die auf dem Bau maßgebend sei. Kollege Fiebig beantragte, Kollegen Lehmann in A 5 Buße zu nehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Weiter stellte Schulwald den Antrag, daß Lehmann den indifferenten Kollegen zu ersuchen hat, sich zu organisieren und die Beiträge von Anfang der Aussprache an nachzubahlen; im Weigerungsfalle soll Lehmann nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten. Dieser Antrag wird mit allen gegen eine Stimme angenommen. Durch die Wahl unseres Vertrauensmannes Paul Fiebig zum Konjunkturleghalter nach Lothman, machte sich die Wahl zweier Vertrauensmänner, da wir für dieses Jahr noch keinen zweiten hatten, notwendig. Als erster wurde mit 53 gegen 30 Stimmen Kollege Hermann Herr und als zweiter Kollege Robert Fiebig mit 52 gegen 23 Stimmen gewählt. Nach beider Wahl legte Schulte Protest gegen die Wahl des Kollegen Herr ein. Er führte an, Herr sei nicht in der Verfassung und habe auch früher einmal gekauert, er wolle kein Amt in der Gewerkschaft mehr annehmen. Der Protest wurde nach kurzer Debatte von der Versammlung verworfen. Dieses betrafte den Kollegen Schulte, zu erklären, er wolle sich beim Hauptvorstand beschweren. Hierauf wurde der kritische Punkt über das Niederlegen gestreift und den Kollegen empfohlen, die mit

Sern Baumeister Horn getroffenen Vereinbarungen einzuhalten. Zum Schluß wurde noch vom Metallarbeiter Genossen Metall bekanntgegeben, daß Sonntag, den 9. September, ein großes Gewerkschaftsfest mit Umzug stattfinden. Die Kollegen werden ersucht, sich an diesem Umzug und Fest zu beteiligen. Auch wurden zu diesem Fest zehn Ordner für unsere Gewerkschaft gewählt. Vor Schluß der Versammlung forderte Kollege Seidler die Versammlung auf, dem Kollegen Paul Fiebig für alle seine Bemühungen auf danken und ihm Decharge zu erteilen; diesem Ersuchen entsprachen die Kollegen durch Erheben von den Plätzen.

Plauen i. V. Mittwoch, den 8. August, fand hier eine öffentliche Maurerverversammlung statt, die trotz der wichtigsten Tagesordnung: „Der Zehnhunderttag, eine kulturelle und gesundheitsfördernde Forderung“, nur sehr mäßig besucht war. Der Kollege Koch aus Leipzig hatte das Referat übernommen. Er schilderte die Entwicklung der Arbeiterbewegung und die Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit und ferner die bisher viel zu wenig gewürdigten kulturellen und gesundheitsfördernden Erfolge und Wirkungen einer kurzen Arbeitszeit. An Hand einer Statistik wies der Referent nach, daß auch die Betriebsunfälle häufig auf die allzulange Arbeitszeit zurückzuführen seien. Für die baugetrieblichen Arbeiter Plauens seien ganz gewiß die schwerwiegendsten Gründe vorhanden, zunächst einmal die zehnhundertstündige Arbeitszeit herbeizuführen. Daß sich die Folgen der übermäßig langen Arbeitszeit nicht nur bei denjenigen Arbeitern, die in diesem Maße gestanden haben, sondern auch bei ihren Nachkommen bemerkbar macht, geht daraus hervor, daß der Staat nicht mehr die genügende Anzahl von Rekruten bekommen kann und gezwungen ist, von Zeit zu Zeit von dem seither üblichen Größen- und Stärkemaß abzuweichen. Die Unternehmer sind ja nicht einseitig genug, die Arbeitszeit freiwillig zu verkürzen; sie glauben, ein Interesse daran zu haben, dieselbe möglichst noch zu verlängern. Da darf der Arbeiter nicht länger zusehen. Er muß für die Arbeitszeitverkürzung kämpfen. Es ist es sich selbst und seiner Familie schuldig. Aus alledem ist ersichtlich, daß wir alle rastlos tätig sein müssen, um immer mehr Mitglieder zu gewinnen und aufklärend zu wirken, damit wir den Kampf für die Verkürzung der Arbeitszeit mit Erfolg führen können. In der hierauf folgenden Diskussion wurden mehrere scharfe Bemerkungen über die Offiziersverhältnisse und die vielfach vorgekommenen Ueberstunden laut. Mehrere Kollegen warfen die Frage auf, ob es denn nicht möglich wäre, endlich die elfstündige Arbeitszeit zu erringen. Nach sehr lebhafter Debatte gelangte schließlich ein Antrag des Kollegen Schneider zur Annahme, der dahin geht, am kommenden Mittwoch, den 15. August, eine Versammlung einzuberufen, wo die Kollegen befragt werden sollen, ob sie die zehnhundertstündige Arbeitszeit überhaupt haben wollen. — Kollege Schnitzg ermahnte die Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß zu dieser Versammlung alle Maurer erscheinen, um zu entscheiden, welche Stellung die Gesamtheit einnimmt.

Schwendt. In der Mitgliederversammlung am 29. Juli verlas der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal, und die Revisoren bestätigten deren Richtigkeit. Der Vorsitzende rügte hierauf die mangelhafte Ausführung der Fragebogen. Zum Lohnbezugs Schwindt gehören folgende Ortsgruppen: Schwindt, Wehlitz, Ermlich, Oberbau, Mögling, Kugel, Gröbers, Dörmünde, Cursdorf, Freitoda, Madefeld, Alt-Scherbitz, Popitz, Modelwitz, Gänichen, Quaschnitz, Klein-Liebenau. In allen diesen Orten gilt ein Stundenlohn von 50 P. Ein Kollege wurde mit 25 unterstützt. Ueber die Angelegenheit Thiene aus Wehlitz soll in der nächsten Vorstandssitzung verhandelt werden. Kollege Herr. Goldschmidt erklärte, seine Ueberstunden wieder machen zu wollen. Kollege R. Emmerich aus Papitz fragt an, wie er sich zu verhalten hat, da er und noch mehrere Kollegen Sonnabends bis 6 Uhr arbeiten. Diese Angelegenheit soll der Leipziger Verwaltung mitgeteilt werden. Ein Aufnahmegeheuch von R. Fischer aus Osmünde wurde der nächsten Vorstandssitzung überwiesen.

Schönberg. In der „Medienburgischen Volkszeitung“ lesen wir: „Sonntag, den 5. August, war der Großherzog hier in Schönberg. Da traten denn auch vorher die Arbeiter zu den Arbeitern mit der Frage heran, ob sie sich auch an dem Spalierbilden beteiligen würden. Die Maurer und Zimmerer hielten es für zweckmäßig, eine Versammlung einzuberufen, um dazu Stellung zu nehmen. In der Versammlung wurde hin und her diskutiert; schließlich kamen die Maurer zu dem Beschluß, wenn die Arbeitgeber mit ihnen „Arm in Arm“ gingen, daselbe mitzumachen. Die Zimmerer dagegen beschloßen, diese Skomodie nicht mitzumachen. Aber noch nicht richtig darüber geschlafen, wurde schon am anderen Morgen der Versammlungsbefehl von dem Vorstand der Zimmerer umgehoben. Nun wurden die Kollegen der Maurer und Zimmerer öffentlich in „Schönberger Anzeiger“ dazu aufgefordert, wer gewillt wäre, sich an der Spalierbildung zu beteiligen, solle um 1 Uhr im Vereinslokal antreten. Die Herren scheuten sich aber, ihren Namen öffentlich bekanntzugeben und sahen an dessen Stelle unter das im „Schönberger Anzeiger“ erscheinende Inserat: „Der Vorstand der Maurer- und Zimmerervereinigung“. Zu diesem patriotischen „Feste“ waren die Maurer und Zimmerer aus Schönberg und Umgebung, viele leicht aus Angst, wirklich auch stark betreten. Wenn nun statt der Spalierbildung eine Aufforderung zur Versammlung, Kalenderverbreitung oder dergleichen für die Arbeiter wichtige Angelegenheit zu erledigen gewesen wäre, so hätte sich wahrscheinlich von den Maurern und Zimmerern aus Schönberg und der Umgebung eine ebenso starke Anzahl — sehen lassen! Oder hätten sie — auch dann Spalier gehalten? Daß beim Spalierbilden ja auch dann Spalier Arbeiter die traurige Lage verbessert worden ist, können doch nur die Maurer und Zimmerer aus Schönberg und Umgebung glauben. Auch sie hätten besser daran getan, diese Zeit auszunutzen, um zu beraten, wie sie ihre wirtschaftliche Lage verbessern könnten.“

Schwendt i. V. Am 18. Juli tagte hier im „Raisfeller“ eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung. Kollege Schindt aus Plauen referierte über die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und über das Verhältnis der Arbeiter-

und Unternehmerorganisationen zu einander. Dann ging der Referent auf die Verhältnisse im Bogenlande ein und gab der Meinung Ausdruck, daß es an der Zeit sei, auch in Schönberg eine Organisation der baugetrieblichen Arbeiter zu gründen; das könne sehr leicht bewerkstelligt werden, wenn sich die Kollegen dem Zentralverband der Maurer Deutschlands anschließen. — Hierauf gaben mehrere Kollegen der Hoffnung Ausdruck, daß alle Versammelten ihren Beitritt erklären würden. Nachdem eine große Anzahl der Kollegen dieser Aufforderung Folge geleistet und ferner noch verschiedene Mißstände im Arbeitsverhältnis zur Sprache gebracht worden, wurde die Versammlung geschlossen.

St. Johann. Donnerstag, den 2. August, tagte hier im „Kriol“ eine gut besuchte öffentliche Maurerverversammlung. Als Referent war der Gausvorsitzende, Kollege Sörter, aus Mannheim erschienen, der über: „Unsere Aufgabe nach dem Streik und die christlichen Quertreibereien“ referierte. Aus dem trefflichen und leichtverständlichen Vortrage ist folgendes hervorzuheben. Einige Wochen sind erst seit Beendigung des Streiks verfloßen und schon sind einige Liebesgriffe von einzelnen Unternehmern gemacht worden. Diese müßten verschwinden. Schon bei Abschluß des Streiks mußte man, daß seine Durchführung mit Schwierigkeiten verbunden sei. So sei es in allen Orten, wo zum ersten Male ein Tarif abgeschlossen wurde. Die Liebesgriffe einzelner Unternehmer, die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind, zeigen uns, daß sein Einfluß auf seine Mitglieder doch nicht so groß ist, wie die Herren immer behaupten. Wir verlangen von unseren Mitgliedern, daß sie den Tarif auf das genaueste einhalten, und wer sich nicht fügen will, der hat eben seinen Platz mehr in unseren Reihen. Dasselbe müßte auch auf den Arbeitgeberverband zutreffen, denn das beschloßen ist, auch gehalten werden und zwar nicht nur von den Arbeitern, sondern auch von den Unternehmern. Diese müssen sich daran gewöhnen, in dem Arbeiter ebenfalls einen Menschen zu sehen, der wohl Pflichten, aber auch Rechte hat. Die Vertragsdauer müßten wir herabsetzen, um erzieherisch aufklärend auf die Kollegen und auch auf das Unternehmertum einzuwirken. Deshalb sei es unsere Aufgabe, unsere Organisation nach innen auf das Beste auszubauen. Eine weitere Aufgabe sei es, die Vorzüge mit in das Vertragsgebiet hineinzubringen. Um dieses zu bewerkstelligen, müsse man aber auch dort eine Organisation haben, und deshalb in den umliegenden Orten eine kräftige Agitation zu entfalten. In einigen sei dies schon geschehen, wie in Meunirgen, Friedrichsdorf, Heiligenwald, Randsweiler und Schiffweiler; aber es bliebe doch noch viel zu tun übrig, denn von den circa 3000 im Saargebiet beschäftigten Maurern seien erst 1600 für unsere Organisation gewonnen. Daß es nicht so ganz schwer sei, die Kollegen zu gewinnen, beweise uns am deutlichsten Meunirgen und Umgebung, wo wir noch vor einigen Wochen nur acht Mitglieder hatten, jetzt aber deren 190 zählen und außerdem in einer Lohnbewegung stehen. Das Bedürfnis zur Organisation ist auch hier vorhanden, die Kollegen müssen bloß aus ihrer Apathie aufgeweckt werden. Im zweiten Punkt des Referats kam Redner auf die christliche Gewerkschaft zu sprechen. Zu ihrer Gründung haben in den meisten Fällen die Geistlichen Raten gehalten; man könne sie deshalb mit Recht als eine Gefolgschaft des Zentrums betrachten. Sie waren und sind nur Mittel zum Zweck. Mit ihrer Gründung suchte man die mächtig anwachsende freie Gewerkschaftsbewegung zu untergraben und niederzuhalten und die Arbeiterkraft in einzelne unbedeutende Organisationen zu zerpfücken. Dieses Ziel, das ihnen bei ihrer Gründung vorgezeichnet hat, haben sie nicht erreicht, wenn sie auch in einigen Orten Fuß gefaßt haben. Die moderne Arbeiterbewegung spreitet trotz christlichen Gewerkschaften vorwärts. Viele Arbeiter haben dies noch nicht einsehen gelernt, denn sonst hätten sie einer Gewerkschaft, die sich christlich nennt, und doch zu solchen niederrückigen Kampfmitteln greift, wie dies in letzter Zeit geschehen ist, schon längst den Rücken gekehrt. Die Geistlichen, an ihrer Spitze ein „Ehren-Brandel“, haben im Saargebiet ein Flugblatt herausgegeben, das sich in seinen ganzen Ausführungen gegen die Führer, wie gegen unsere ganze Organisation wendet, und zwar in kraßstolischen Worten: gemeine Lüge, plumper Schwindel, schamlose Verleumdung, Genossenschaftswind und anderen mehr. Diese Ausdrücke kann man mit keinem anderen Wort als Niedertrachtigkeit bezeichnen, um so mehr, wenn man die Ursachen, die dieses Flugblatt rechtfertigen sollen, kennt. Redner legte diese christliche Schandzettel in das richtige Licht. Der christliche Führer Wendel, der auch anwesend war, ergriff nun auf wiederholtes Drängen das Wort zur Verteidigung seiner schönen Handlungsweise. Seine halbherzigen Ausführungen waren jedoch eher alles andere als eine Verteidigungsrede; denn als er zu Ende war, hatte er wohl allerlei ungerichtetes Zeug zusammengegeschwätzt, aber von den infamen Ausdrücken und Behauptungen in seinem Flugblatt, noch nicht eine einzige bestritten und als Tatsache hinstellen vermocht. Es war die Rede eines Gebrandmarkten, der nicht mehr weiß, wohin er retzieren soll. Auf alle Pfaffen des christlichen Mauthelms einzugehen, dünkt uns das Papier zu schade. Wir wollen nur erwähnen, daß dem Manne das Lügen und Verleumdungen angeboren zu sein scheint; denn während seiner Ausführungen konnte er es nicht unterlassen, neue Verleumdungen, für die er wieder die Beweise schuldig blieb, aufzuführen. In seinem Schlusswort nahm denn auch Kollege Sörter diesen fonderbaren Pfaffen kräftig ins Geht. Dessen Verleumdungsfucht leitete Kollege Sörter ganz treffend vom Besuch der Münchener-Gladbacher Jesuiten-Schule, die ja jeder christliche Arbeiterführer und jedenfalls auch Wendel durchgemacht hat, ab. Nach dem gemeinsamen Vorgehen beim Streik wäre ein ganz anderes Verhalten der Geistlichen am Platz gewesen. Wollten sie jedoch ihre bisherige Politik nicht ändern und den Kampf wünschen, so könnten sie ihn haben; man werde dann sehen, wer unterliege. Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution mit den Ausführungen des Kollegen Sörter einverstanden und verurteilte die Kampfweise der christlichen Führer auf das schärfste. Hierauf wurde die Ver-

sammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

Stuttgart. In der letzten Mitgliederversammlung stand der Quartals- und Kassenericht vom zweiten Quartal auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende teilte in seinem Bericht mit, daß das Zweigvereinsgebiet in 77 Bezirke eingeteilt ist und die Verbreitung des „Grundstein“ und das Eintreffen der Beiträge durch 85 Hilfskassierer besorgt wird. Durch Bekanntgabe der Mitgliederzahl in den einzelnen Bezirken und insoweit die Mitglieder mit ihren Beiträgen auf dem laufenden oder rückständig sind, wurde deutlich bewiesen, daß in den Bezirken, wo der Vertrauensmann recht pünktlich ist, die Beiträge in Ordnung sind, während andererseits die Sammelarbeit recht ersichtlich ist. Die Mitgliederzahl beträgt 2387, das ist eine Zunahme von 1024 seit dem 1. Januar d. J.; circa 600 Mitglieder sind von Beruf Gelehrte. Mit den Beiträgen auf dem laufenden sind 1246, rückständig ein bis vier Wochen sind 494, fünf bis neun Wochen 103 und über neun Wochen 94. Ueber 430 Mitglieder fehlt detaillierter Bericht. — Der Kassenericht ergab eine Einnahme von insgesamt 12 978.40, hieron für die Kassa 2522.35. In die Hauptkasse abgehandelt wurden 5708.15, für Streikunterstützung ausbezahlt 2198.77, für andere Unternehmungen laut Statut 949.13. Die Einnahme der Kassa beträgt 8812.15, die Ausgaben 8163.48; Kassenbestand infolgedessen 6948.67 vom ersten Quartal 1891.48. — Durch besseres Zusammenwirken der Mitglieder müssen die Mängel und Lücken noch ausgefüllt werden, um gestärkt den Kampf mit dem Unternehmertum führen zu können.

Waren. Am 20. Juli tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Ebers erstattete zunächst den Quartalsbericht, wobei er hervorhob, daß alle Gewerkschaften, außer den Maurern und Zimmerern, dem Arbeitersekretariat angeschlossen seien. Ferner habe das Sekretariat beschlossen, einen Konsumverein ins Leben zu rufen. In der Diskussion über den Quartalsbericht wurde beantragt, ebenfalls dem Arbeitersekretariat beizutreten. Dieser Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Dem Wunsch des Sekretariats, die Kollegen möchten auch dem Konsumverein als Mitglieder beitreten, wurde insofern entsprochen, als sich auf Aufforderung des Vorsitzenden einige dreißig zum Beitritt meldeten. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung für das zweite Quartal; sie wurde genehmigt und die Entlastung des Kassierers ausgesprochen. Als ein erfreuliches Zeichen der Regsamkeit unter den hiesigen Kollegen kann die Tatsache konstatiert werden, daß sich der Versammlungsbefehl in der letzten Zeit wesentlich gehoben hat. Es wäre zu wünschen, daß diese lobliche Regsamkeit der Kollegen auch für die Zukunft anhält, da es dann möglich sein wird, den Zweigverein auf eine respektable Höhe zu bringen und ihn so auszugestalten, daß er von den Feinden gefürchtet, von den Freunden aber geachtet wird. Kollegen, duldet also keine Versammlungsschwänzer mehr!

Christliches Allerlei

Aus Köln ist uns geschrieben: In letzter Zeit ist von der „Baugewerkschaft“ wieder soviel zusammengehört worden, daß wir uns gezwungen sehen, in den Schlußbälchen einmal hinzuzusehen. Gerne tut man so etwas nicht, es kostet jedesmal ziemlich Ueberwindung, solchen Unrat anzusehen.

In Nummer 29 berichtet die „Baugewerkschaft“ unter der Spitzmarke: „Organisierte Gaunerei“, daß in Gladbach, wo die freien und christlichen Eintakturen und Meister im Streik stehen, ein freigeorganisierter Buzer aus Köln, Jakob Waben, mit noch einigen anderen die Arbeit angenommen habe und knüpft daran allgemeine Bemerkungen über die bösen Motten, die überall zum Streikbrechen bereit sind. Man stellt es so hin, als ob die Organisation als solche die Streikbrecher lieere. Das Zentrumsblatt „Gladbacher Welter“ von dem der Artikel übernommen ist, hatte noch einen Schlußsatz hinzugefügt, den die „Baugewerkschaft“ fehlen läßt: „Armer Böhmisch, daß dir das geschehen muß!“

Tatsache ist, das Waben, ein alter Taugenichts, in Gladbach 14 Tage gearbeitet, dann auf Veranlassung unserer Buzer in Köln dort die Arbeit eingestellt hat. Zwei andere Buzer, die Waben mitgenommen hatte, sind sofort, als sie von den Streikenden über den Sachverhalt aufgefaßt wurden, wieder abgereist.

Waben war schon wiederholt Mitglied unseres Verbandes, auch schon einmal wegen Schwindelerei angeschlossen worden. Im Winter d. J. hatte er wieder als Schwindler angefangen, war dann von unseren Kollegen stillgelegt worden und hatte hoch und heilig geschworen, sich nie mehr gegen die Organisation zu vergehen. Nach Zahlung einer erheblichen Buße und dem erhöhten Eintrittsgeld ist er dann wieder aufgenommen worden. Auch bei uns herrscht mehr Freude über einen Sünder, der Buße tut, als über 99 Gerechte usw.

Allerdings scheint Waben unbedenklich zu sein und ist auch bereits wieder von uns ausgeschlossen worden. Mit solchem Menschen will unser Verband nichts zu tun haben. Die Christen haben jedoch keine Veranlassung, solche Verfehlungen einzelner der Gesamtorganisation anzukreiden. Wer selbst im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Und die Schwärzen liegen bei jedem Rohlkampfe, und meist nicht als einzelne, sondern als Organisation, im Glashaufe. Gerade in Gladbach-Meybiterien haben die Schwärzen ein so gerilltes Maß voll Schuld, daß die baugewerkschaftliche Arbeiterkraft an der Verbesserung der Lebenshaltung gehindert wurde, daß man erkennt ist, woher die Buzer die Freiheit nehmen, aus obigem Anlasse den freien Verbänden Rohrkreuzer zu machen.

In Gladbach hintertrieb man eine wirksame Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Maurer und Hilfsarbeiter, indem man einen ganz jämmerlichen Vertrag einging, der weit hinter den Wünschen der Kollegen und hinter den Verhältnissen in den übrigen Bezirken Westdeutschlands zurückbleibt. Dasselbe trifft auf Buzer zu. In Meybiter war man erst Scheinbar mit dabei, den Kampf zu führen; in den ersten acht Tagen ließen die Schwärzen jedoch wieder an die Arbeit und hielten sich zu bedeutend schlechteren Bedingungen an.

Und dann erst Wachen! Dort hat man ja acht Verträge abgeschlossen, aber frage nur nicht, was für welche. Bei den

meisten ist nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung für die betreffenden Arbeiter herausgekommen. Zum Beispiel die Steinbauer haben heute bis zu 70 % pro Tag weniger als vor der Lohnbewegung.

Wir würden den Mann unserer „Grundschein“ zu viel in Anspruch nehmen, wollten wir alle die großen und kleinen Vertreter dieser Sorte Christenheiten genügend schildern. Wir begnügen uns, in der zur Verfügung stehenden Tagespresse bann und wann einiges an den Pranger zu stellen.

In ihrer Nummer 81 bringt die „Baugewerkschaft“ eine Notiz über Gewerkegerichtswahlen und konstatiert hier einen guten Fortschritt der schwarz-blau-gelben Arbeiter. Sie schreibt: „So brachten die Gewerkegerichtswahlen in Meibisch für die freien Gewerkschaften eine Niederlage. Von 2055 abgegebenen Stimmen erhielten sie 513. Die Christlich-Demokratischen 416, die Christlich-nationalen Arbeiter aber 1097. Demgemäß erhalten die letzteren vier, die freien Gewerkschaften zwei Sitze.“

Wie verhält sich die Sache. In Meibisch, einer juristisch-patriotischen Domäne, hatten sich die freien Gewerkschaften bisher überhaupt noch nicht an der Wahl beteiligt. Es lag hier das sonderbare Verhältnis vor, daß die „Christlich-Nationalen“ mit den „Christen“ nach 1904 eine gemeinsame Liste aufgestellt hatten, die damals rund 1700 Stimmen erhielt. Jetzt haben die „Christlich-Nationalen“ 1097, die „Christen“ 416, macht zusammen 1513 Stimmen, also 187 Stimmen weniger als 1904, während die freien Gewerkschaften zum ersten Male 513 Stimmen und damit zwei von den sieben zu wählenden Beisitzern erhielten. Das nennt die „Baugewerkschaft“ eine Niederlage. Jeder halbwegs vernünftige Mensch wird das Ergebnis der Wahl als einen erfreulichen, vielversprechenden Anfang für die freien Gewerkschaften bezeichnen.

Die „Baugewerkschaft“ vergißt übrigens, die am gleichen Tage im benachbarten Duisburg vollzogene Wahl zu erwähnen. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet darüber folgendes: „Bis zum Jahre 1904 hatten in Duisburg die freien Gewerkschaften und die Christlich-Demokratischen Gewerksvereine eine gemeinsame Kandidatenliste den sogenannten „Christen“ gegenübergestellt. Der Erfolg war ziemlich minimal. Die Liste der Christlichen wies für die fünf Kandidaten 323 bis 1390 Stimmen auf, insgesamt 4529, die gemeinsame Liste der freien Gewerkschaften und Christlich-Demokratischen nur 301 bis 671, insgesamt 2750 Stimmen. Da die gewerkschaftliche wie auch die Parteibewegung in Duisburg seit 1904 einen erheblichen Aufschwung genommen hat, so beschloß das Gewerkschaftsrat im Vorjahre, in Zukunft bei allen vor kommenden Wahlen selbstständig vorzugehen. Die Zusammensetzung der „Christen“ forderte außer deren Abweisung geradezu heraus. Bei den letzten Gewerkegerichtswahlen mußte man mehr die Probe aufs Exempel gemacht werden. Der Ausfall der Wahl zeigt, daß der Beschluß, eine reine Gewerkschaftenliste aufzustellen, ein glücklicher war. Eine äußerst lebhaft Beteiligung, eine dem Wachstum der Gewerkschafts- und Parteibewegung entsprechende sprunghafte Zunahme des Stimmenertrages und eine reichliche Steigerung der gegnerischen Organisationen gegenüber, das ist die Signatur der Wahl. Das Ergebnis ist folgendes: Auf die Kandidaten der freien Gewerkschaften entfielen 1852—1860 insgesamt 9287 Stimmen, auf die sogenannte „Christlich-nationale“ Liste 1899—1907 insgesamt 9513 Stimmen und auf die Liste der „Christlich-Demokratischen“ 357—360, insgesamt 3262 Stimmen. Da die Wahl auf Grund des Proportionalwahlgesetzes geteilt wurde, so erhielt der „Christlich-nationale“ Mehrschuß zwei Sitze, die freien Gewerkschaften ebenfalls zwei Sitze und die „Christen“ erhalten einen Sitz, obwohl sie den fünften Teil der abgegebenen Stimmen nicht erreicht haben. Rein zahlenmäßig betrachtet, halten die freien Gewerkschaften dem Christlich-nationalen Widerstand so ziemlich die Waage, in Wirklichkeit jedoch bedeutet der Wahlausfall eine schwere Niederlage des Zentrums und seiner Gefolgshäupter. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1904 die gemeinsame Liste der freien Gewerkschaften mit den Christlich-Demokratischen zusammen nur 2750 Stimmen gegen 4529 Christliche aufwies, während jetzt die reine Liste der freien Gewerkschaften allein 9287 Stimmen gegen 9513 Stimmen des gesamten Ordnungsbereichs aufweist, so ist der Fortschritt auf unserer Seite ein ganz erheblicher, während relativ der Rückgang der „Schwarz-Blauen“ unmerklich ist. Und dabei hatten doch die „Christlichen“ alles, was sie bekommen konnten, christliche Gewerkschaften, katolische Gewerksvereine, evangelische Arbeitervereine, die neueste Richtung der Sozialisten, sogenannte nationale Arbeitervereine etc., auf die Binde gebracht.

Warum die „Baugewerkschaft“ davon wohl nichts berichtet?

Zum Schluß noch ein Wort in eigener Sache. In Nr. 81 der „Baugewerkschaft“ weist die Redaktion in einem Artikel: „Veränderung der Affäre Muth-Comount“ darauf hin, daß bei dem Prozeß die Schwarzgen hineingefallen sind. Nach dem Beschluß des Gerichts muß innerhalb drei Wochen nach Urteilsausfertigung der Tenor des Urteils in der „Rheinischen Zeitung“, dem „Christlichen Volksarbeiter“ und der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht werden. Sämtliche Kosten tragen die Beklagten. Da nun die „Baugewerkschaft“ jedenfalls in ihrer nächsten Nummer das Urteil bringen muß, so sucht sie es durch den unter obigen Titel erscheinenden Artikel abzuwickeln.

In welcher raffinierten Weise dies geschieht, ersieht man daraus, daß sie die Tatsachen vollständig verdrängt. Der betreffende Comount soll nach dem Urteil „angesichts purlos beschwunden“ sein. Freigelegt wurde in der Verhandlung, daß C. kurz nachdem er die „Beschuldigung“ gegen Muth aufstellte, die den frommen Zentrumskristen Gelegenheit gab, am Weihnachtabend die größten Beschlagnahmen gegen Muth zu begehen, in Haft geriet und 4 Monate Gefängnis bekam, weil er einer Dirne bei einem Besuche M. 20 gekostet hatte. Die betreffende Dirne hat dann auf der Baustelle des C. die größten Gemeinheiten erzählt, die C. mit ihr getrieben habe.

Und das ist der Kronzeuge der Christen. Dieser Kronzeuge war monatelang nicht aufzufinden, bis dann ein Kollege die Dienstreise machte, worauf man erfuhr, daß C. im Siegburger Gefängnis lag. Von dort entlassen, fand ihn niemand wieder, wodurch das Verfahren gegen C. durch das Gericht zur Einstellung kam. Dasjenige, was lediglich die Beklagten „bezeugt“ hätten, soll durch die Zeugnisaussagen als der Wahrheit gemäß festgestellt worden sein. Eine widerkräftige Lüge. Es wurde festgestellt, daß Comount den Schwarzgen eine große Gefügigkeit

erzählt hat, daß diese in ihrem blinden Haß gegen den „sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer“ ohne Bedenken zu den Behauptungen des C. noch eine Reihe schwer beschuldigender Kombinationen zulegen und das sie nicht in der Lage waren, auch nur den geringsten Beweis anzutreten. Nachgewiesen wurde vielmehr, daß kein unklarer Verkehr zwischen Muth und der Frau stattgefunden hat.

Was die Schwarzgen zur Annahme des Vergleichs und der damit verbundenen Veröffentlichung einer Erklärung in der Presse bewogen hat, war nicht nur die Erwägung, daß die Verleumdung seiner weiteren Verleumdung bedürfe, sondern die Gewissheit einer empfindlichen Strafe, falls sie den Vergleich nicht eingingen.

Vor wenigen Wochen noch ist hier der Sozialbeamte der „Christlichen“ Metallarbeiter, Drilling, zu M. 100 Strafe und sämtlichen Kosten verurteilt worden, weil er ebenfalls einen hiesigen freien Gewerkschaftsführer grundlos beschimpft und beleidigt hatte und einen Vergleich nicht eingehen wollte.

Ob es eine sonderbare Vision ist, wenn ein Gewerkschaftsbeamter einer Frau Rat erteilt („Als Schutengel der Frauen seiner Mitglieder“, drückt sich der Herr Redakteur geschmackvoll aus), das zu beurteilen, überlassen wir den Lesern. Vielleicht ist das bei den „Christlichen“ Gewerkschaftsführern nicht rarum, da diese Herren ja nur im Rügen und Verleumdungen beschäftigt sind. Es gebet allerdings ein trauriger Muth dazu, angelockt der gerichtlichen Feststellungen noch weitere Verdächtigungen und haltlose Behauptungen in die Welt zu setzen.

Als „neuer Selbstakt“ der „Christen“ wird uns das Folgende aus Duisburg berichtet: Im benachbarten Grottenbach hatte vor einigen Wochen der Baunternehmer Weber seinen im Christlichen Bauarbeiterverbande organisierten Arbeiter entlassen, aus dem Grunde, daß die gleichfalls organisierten Maurer als an den Saaren herbeigezogen bezeichnet und daher die Entlassung als Maßregelung angesehen. Die Maurer erklärten sich mit ihrem Polier solidarisch und stellten die Arbeit ein. Die selben Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen begaben sich zum Unternehmer; nach einigem Hin- und Herreden kam eine Einigung zu Stande. Der Polier versicherte auf seine Wiedereinstellung. Der Unternehmer erklärte sich bei dieser Gelegenheit bereit, die zehnjährige Arbeitszeit einzuführen (bisher elf Stunden), wobei er bemerkte, daß ja der Lohn bereits nach dem Duisburger Tarif gezahlt würde. Bei der nächsten Lohnzahlung erhielten nun zwar die Maurer nach dem Duisburger Tarif bezahlt, aber nicht die Bauhilfsarbeiter. Nun stellten diese die Arbeit ein. Der Unternehmer verlangte dann von den Maurern, daß sie sich selbst Material holen sollten, was sie natürlich ablehnten. Hierüber erhob, verbot der Unternehmer den Maurern die Baustelle, d. h. sie wurden entlassen. Bei dieser Gelegenheit traten dann die christlichen Maurer, außer zweien, die eine Vertrauensstellung bei den Christlichen einnehmen, zu unserem Verbande über. Das scheint die christliche Stellung mäßig geübert zu haben, denn nun kommandierten sie die ihnen trenn geliebten beiden und noch einige schnell zusammengejagte Mitglieder in den Betrieb hinein, mit der Motivierung, die Maurer hätten ohne Genehmigung der Verwaltung die Arbeit nicht einstellen dürfen, d. h. also, die Maurer hätten sollen Streikbrecherarbeit verrichten! Eine solche Zumutung stellt man an organisierte Maurer! Der Zubastreich war damit aber noch nicht zu Ende. Nachdem die Maurer bereits eine ganze Woche die zehnjährige Arbeitszeit eingeübt hatten, wurde nun sofort wieder elf Stunden gearbeitet. Und nach alledem erlaubt sich die Gesellschaft noch, von ihrer Vertretung der Arbeiterinteressen zu reden! Die Leitung des Christlichen Verbandes propagiert direkt den Streikbruch, lediglich nur aus Leger, weil ihr eine Anzahl Mitglieder abgegriffen sind.

Christliche Maurer! Wie lange wollt Ihr Euch eine solche Behandlung noch gefallen lassen? Hinein in den Zentralverband der Maurer Deutschlands!

Zentralkrankenkasse.

(Grundschein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 5. August bis 11. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 4000, Hamburg 500, Altona 500, Erfurt 300, Hamburg-Eppendorf 200, Lübel-Wieselsbach 200, Jordan-Paradies 200, Groß-Bichterich 200, Königsberg i. Pr. 150, Sandbüschheim 100, Eibenlagen 100, Friedrichshagen 100, Schierstein 90, Summa M. 6640.

Zufuß erhalten: Stuttgart M. 200, Hannover 200, Heubach 100, Wiesbaden 50. Summa M. 550.

Altona, den 11. August 1906.

Karl Reich, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschulung, Submissionen etc.

Danzig, Dienstag, den 7. August, wurden beim Ausgraben eines Baunns auf dem Betriebsplatze der Firma Körner drei Arbeiter verschüttet, wobei zwei sofort tot waren und der dritte schwer verletzt im Krankenhaus untergebracht werden mußte. Schuld an dem Unfall sollen nach den Berichten hiesiger Zeitungen die Arbeiter selbst gewesen sein; indem sie zu faul waren, die von unten nach den einzelnen Bodenstufen beförderte Erde zu befestigen. Infolge zu großer Belohnung sind die Bodenstufen zusammengebrochen. Wäre es nicht richtiger, wenn man sagte, die Bodenstufen waren zu schwach gebaut und deswegen ist der Zusammenbruch erfolgt? Uns war es bisher nicht möglich, den richtigen Tatbestand feststellen zu können. Hoffentlich wird die nähere Untersuchung die richtige Ursache feststellen. Unbedingt muß aber gefordert werden, daß diese Firma von zufälliger Stelle besser überwacht wird. Auch im vorigen Jahre sind bei der Firma Körner zwei Arbeiter, der eine tödlich, der andere schwer verletzt, infolge mangelhafter Gerüstbau, verunglückt. Trotzdem ist der leichtsinnige Gerüstbau immer noch bei Körner gang und gäbe, worüber wir erst in der vorigen Nummer berichtet haben.

Friedland i. M. Ein betrübender Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend Nachmittag, den 4. August, auf

einem Neubau. Der Maurerpolier Ernst Mariens war mit dem Sprengen eines großen Steines beschäftigt. Da der Stein sehr hart war, trat er noch einmal an den Stein heran, um nach der Aufgabe zu forschen. Plötzlich aber erfolgte die Explosion; die Wirkung derselben war furchtbar; der Kopf des Unglücklichen wurde durchschlagend auseinandergerissen, so daß das Gehirn bloßgelegt war. Dem Bedauernswerten konnte keine Hilfe mehr gebracht werden, nach zwei Stunden wurde er von seinen furchtbaren Qualen erlöst. Der auf so schreckliche Weise aus dem Leben Gekommene stand noch im besten Mannesalter; um ihn trauert eine Frau mit drei unruhigen Kindern.

Wedinghausen. Am Rathausneubau waren eine Anzahl Kollegen damit beschäftigt, einen circa 50 bis 60 Zentner schweren Stein in die Höhe zu ziehen. Plötzlich kippte der Träger, an dem der Aufstieg befestigt war, zur Seite, sich unter der großen Last wie eine Waage biegend, so daß der Stein in die Tiefe stürzte. Der Maurer J. W. der auf dem Träger lag, wurde heruntergeschleudert und erlitt neben einigen leichten Verletzungen einen Beinbruch. Nur dem Umfange, daß der Stein bereits hoch gezogen war und die anderen Kollegen die Vorbereitung zur Verletzung trafen, ist es auszuweichen, daß das Unglück nicht noch größer wurde.

Vesefeld. Am 8. August ereignete sich hier wiederum ein schwerer Unglücksfall. Die beiden Maurer Fr. Rappenburg und S. Wunnam waren mit dem Durchgraben eines Kellers an einem Neubau in Hamm beschäftigt. Gleich Nachmittag merkte man Stidluft in der Grube, jedoch wurde es unterlassen, Vorkehrungsmaßnahmen zu ergreifen. Als kurz nach 5 Uhr der unten Beschäftigte seinen Lauf mehr von sich gab, ließ sich der auch mit dem Bau beschäftigte S. Rappenburg hinunter, um ihn herauszuholen. Er befestigte sich und Wunnam nun an das Seil. Als man beide nahe an die Oberfläche befördert hatte, versagte die Winde, die in einem miserablen Zustande war, und nun fielen die Unglücklichen wieder in die Tiefe, von 8 Meter zurück. Die Folge war, daß beide ihren Tod fanden.

* Submissionslisten. Bei der Submission zur Erweiterung zweier Überführungen der Bahnhöfe in Thon-Modet wurden Offerten abgegeben, die einen Preisunterchied von M. 66 541,40 resp. M. 61 772,33 aufwiesen. Es waren wieder einmal recht „gentile“ Rechnungswesen an der Arbeit. Wenn einer von diesen billigen „Arbeitgebern“ den Zuschlag erhält, dann mögen die Arbeiter nur ihre Knochen in der Arbeit. Auch die Ausführung der Maurerarbeiten (einschließlich Materiallieferung), der Altpfahls- und Seilwerkearbeiten für den Neubau der Marinekaserne in M. w. w. bei Flensburg bewarben sich 8 Firmen. Es forderten Gebr. Petersen-Flensburg M. 446 452,05, Thod. Wilsb. M. 521 350,20, Andreas Jensen-Flensburg M. 570 201,45, Wilsb. M. 578 936,38, Carl Junhoff-Kiel M. 600 810,95, Fürtberg & Jürgensen-Flensburg M. 648 891,60, M. Schwarz & Körner-Flensburg M. 723 004,92. — Der Unterschied zwischen der niedrigsten und höchsten Forderung macht nur die „Kleinigkeit“ von M. 276 562,87 aus. Das sind beinahe 60 p. der niedrigsten Forderung. Es scheint, als wenn man in Flensburg noch „besser“ rechnen kann als in Thon.

Ans Unternehmernkreisen.

* Die Scharfmacher im Baugewerbe an der Arbeit. Am Sonntag verammelten sich im Saale der Maxfeld, rekrutierten in Nürnberg auf Einladung des Arbeiterverbandes für das Baugewerbe in Mittelfranken circa 500 Baumeister aus allen Städten Bayerns, um neue Kräfte zu schmeiden gegen die vorwiegend marschierenden Bauarbeiterorganisationen.

Trotzdem am Eingang des Saales die peinlichste Kontrolle geübt wurde und die mit Legitimation versehen erschienenen eine Musterung vom Scheitel bis zur Sohle über sich ergehen lassen mußten, gelang es uns doch, genaues Bericht zu erhalten. Mit schwingenden Pfaffen eröffnete der Vorsitzende des mittelfränkischen Arbeitgeberverbandes die Tagung unter Hinweis auf den Zweck und die Wichtigkeit der Zusammenkunft; er sprach seine Freude aus, daß die Herren Kollegen aus dem ganzen Lande dem Rufe so zahlreich gefolgt sind. In seinem Referate forderte der gleiche Redner auf, sich ein Beispiel an den frommen Organisationen der Bauarbeiter zu nehmen. Der von ihnen betätigte Opfergeist für ihre Bestrebungen sei einzig in seiner Art, gähle doch ein organisierter Maurer jährlich nicht weniger als M. 70; ein organisierter Bauhilfsarbeiter jährlich M. 50 an seine Organisation, dazu entrichtende die Maurer noch einen Extrabeitrag von M. 5 jährlich für den Streikfonds, was zum 31. März 1908 ein hübsches Stämmchen ausmache, wenn man bedenke, daß der Maurerverband zur Zeit 110 000 (!) Mitglieder zähle. Dem gegenüber sei bedauerlich, daß die Unternehmer für den Begriff Solidarität kein Verständnis hätten und in vielen Fällen den unerschämten Forderungen der Arbeiter sich zu nachgiebig zeigten. So sei eine Notiz durch die Presse gegangen, daß in Eichstätt bei einem von einem Verbandsmitgliede ausgeführten Neubau ein nicht organisierter Maurer auf Verlangen der Organisierten wieder entlassen worden sei. Er betrachte dies als eine Beleidigung dieses Arbeitgebers gegenüber der Gewerkschaft der Maurer und behaupte diesen Fall aufs tiefste. Mit dem Appell, daß derartige Fälle sich nicht mehr wiederholen möchten, schloß Redner unter allgemeinem Beifall mit der Bitte, seinen Antrag, die Gründung von über-lies das ganze Land sich erstreckenden Bezirksverbänden für Nord- und Südbayern anzunehmen, damit die Kollegen wieder Herr im eigenen Haus werden und den maßlosen Forderungen der Arbeiter mit Erfolg entgegenzutreten können. — Der Sekretär des Münchener Scharfmacherverbandes, Kellermair, übertrug die Grüße der Münchener Scharfmacher und wünschte, daß die Unterhandlungen von gutem Erfolg für die Interessen der Arbeitgeber begleitet sein mögen. Der Situation angemessen verstand es der Handelsreisende des Scharfmacherbundes mit einer Reichenbittern den Schleißstein zu brechen, indem er die Arbeitgeber aufforderte, von ihren „Feinden“, den Arbeiterorganisationen, zu lernen. Der Vorsitzende Rall, der ein Mitglied des Münchener Arbeitgeberverbandes, den Baumeister Rant, betreffe, sei in der (Scharfmacher-)Presse

nicht richtig wiedergegeben, der Schlusseffekt sei ein geradezu entgegengesetzter. Die Entlassung des betreffenden Mannes sei nicht im Einverständnis der Firma, sondern durch den Geschäftsführer geschehen. Der entlassene Arbeiter sei von der Firma sofort wieder nach Eichstätt zurückgeschickt und wieder eingestellt worden. Den übrigen Arbeitern habe er (Hellermaier) gedroht, daß, falls sie die Arbeit desfalls niederlegen sollten, er sie wegen Kontraktbruchs verklagen werde. „Alles ging wie am Schnitzel und die Arbeiter haben nicht geglaubt, einen Streit zu gewinnen. Also nur Courage, meine Herren, dann geben die Arbeiter klein bei.“ (Beifall.) Herr Mann-Münch, der sich hierauf der Versammlung vorstellte, wurde für sein „mannhaftes Auftreten“ eine lebhafte Ovation gebracht. — Müller-Augsburg beantragte, nicht zwei Bezirksverbände, sondern einen großen Landesverband mit dem Sitz in Nürnberg zu gründen. Der Antrag wurde von einem Vertreter aus Ingolstadt unterstützt. Während der schönsten Debatte gab der Vorsitzende bekannt, daß sich, trotz der schärfsten Kontrolle, Arbeiter in den Saal eingeschlichen haben, die natürlich die ganzen Verhandlungen wieder in der sozialdemokratischen Presse bringen werden. Der Versammlung bemächtigte sich eine kolossalen Aufregung. Von allen Seiten wurde zum „Einschneidern“ aufgefordert. Alles erschob sich von den Säulen, dabei wurden Weinflaschen und Gläser kreuz und quer durcheinander geworfen. Zwei ordnungsliebende Unternehmer saßen einen hinreichend Verächtlichen am Stragen und befürchteten ihn auf dem kürzesten Wege an die Luft. Die Aufregung legte sich erst, als der Bericht der Hauswirtschaftsarbeit der Versammlung erklärte: „So, den oam kam mer scho rausbeutelt!“ Die Prüfung der Präsenzliste führte zu einer weiteren Beanstandung, da zwei weitere Anwesende aus Unrecht der Versammlung beseitigt, da sie nicht Meister, sondern selbständige Maurer sind. Wieder entstand ein förmliches Indignationsschrei und einige Käufte versetzten wieder die ordnungsliebende Atmosphäre. Die Sache klärte sich schließlich dahin auf, daß einer tatsächlich bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, sein Bruder aber nicht. Man ließ die Weiben schließlich doch in Ruhe. Schließlich wurde die Gründung von zwei Bezirksverbänden einstimmig beschlossen. Müller-Augsburg berichtete hierauf über den Augsburger Maurerstreik. Die Unternehmer könnten dort auf die Weibereinstellung der Streikenden verzichten, nachdem zur Zeit 344 Maurer wieder arbeiten. Nach einem Appell an die Versammlung, die ausgegebenen schwarzen Listen genau zu beachten und keinen streikenden Arbeiter einzustellen, wurde die Versammlung geschlossen. Die Bauarbeiter werden aus den Verhandlungen die richtigen Konsequenzen ziehen und dafür sorgen, daß die Wäume der Schafmacher nicht in den Himmel wachsen.

Ans anderen Berufen.

* **Streik und Aussperrung der Lithographen** sind mit einigen kleinen Erfolgen der Arbeiter beendet worden.

* **Der deutsche Photographengehilfenverband** hielt in der Zeit vom 22. bis 24. Juli seine letzte Generalversammlung in Hannover ab. Der wichtigste Beschluß, der gefaßt wurde, war der auf Anschließung an die Generalkommission. Der Sitz des Verbandes ist Berlin und wird es auch in Zukunft sein. Die Mitgliedszahl in ganz Deutschland ungefähr 800 beträgt, wurde beschlossen, für die Hauptverwaltung zwei Beamte mit je 2000 Jahresgehalt anzustellen. Verschiedene Delegierte und auch der Vertreter der Generalkommission gaben den Rat, zunächst nur einen Beamten anzustellen. Dem wurde gegenübergehalten, daß besonders die ausgezeichnete Stellenvermittlung des Verbandes viel Arbeit verursahe und daß man zwei Beamte haben müsse, wenn die vorhandene Arbeit geleistet und für Ausbreitung des Verbandes agitiert werden sollte. Der Beschluß auf Anstellung von zwei Beamten wurde mit 25 gegen 24 Stimmen bei 12 Stimmenthaltungen gefaßt. Der Beitrag wurde ohne große Diskussion von 40 3 auf 60 3 pro Woche erhöht. Von diesen 60 3 erhält die Hauptkassette 40 3.

Eingegangene Schriften.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 46 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eine Seeschlange — Energie und Wirtschaft. Von Ant. Pannofel. (Schluß). — Scheintapitalien. Von Leopold Braun. — Das Hausbesitzerprivileg und das preussische Oberverwaltungsgericht. Von Paul Fritz. — Jugenderziehung und Jugendorganisation. Von G. Bachhaus. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kartonnagenindustrie. Von Ernst Werfel. — Zum Thema Arbeiterkündung. Von Emil Rausch. — Literarische Rundschau: Unter Kumben, Komdbanten und wilden Tieren. Von C. Korn. A. Forel, Seguelle. Etil. Von Theresie Schiefinger-Greif. Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 4.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die „**Neue Gesellschaft**“, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W 15), Heft 33 des 2. Bandes. Stoffen: Die Chronik der Ständele. — Immer dasselbe Mißverhältnis. — Ein Schuß ins Zentrum. — Prosk. — Friedrich Stampfer: Das Vaterland über die Partei! — Ernst Dingeldey: Es war einmal. — Horace Traubel: Also sprach der Herr der Menschen. — Dr. Hans Bräbman: G. St. Chamberlains „Zimmanuel Rari“ vom Standpunkte des experimentierenden Naturforschers. — Dr. D. J. Bad: Bernard Shaw, ein Puppenpieler. — Gisela Bogenhardt: Segen. — Überband Nachrichten: Zur Agitation unter den „Christlichen“. — Leid und Leid. — F. Sandmann: Der Garten. — Hermann Geheymans jr.: Warm.

Die neuen Reichsfeuern“, wie sie wurden und was sie bedeuten. Mit einem Schlussspiel: „Agrarisch-kapitalistische und sozialdemokratische Steuerpolitik“. Von Eduard Bernstein. Preis 30 4; Agitationsausgabe 1000 Exemplare M. 90.

Briefkasten.

* An die Einsender von Berichten zc. richten wir wiederholt die Bitte, Briefe und Karten nicht an einen der Redakteure persönlich zu richten, sondern einfach zu adressieren:

An die Redaktion des „Grundstein“.

Hamburg I.

Besenbinderstr. 56.

Neubrandenburg, Stb. In Schiffe! beträgt das Mindestmaß der Etagenhöhen bei Wohnhäusern, soweit Neubauten in Frage kommen, ebenfalls zweieinhalb Meter; bei Durchbauten können die Etagen um 20 Zentimeter niedriger sein. Die angegebenen Maße sind Richtmaße.

Kiel, M. St. B. T. Auf Ihre Frage diene folgendes als Antwort: Wer etwas von uns wissen will, muß uns seinen vollen Namen und seine Adresse nennen. Dann sind die Briefe an die Redaktion des „Grundstein“ und nicht an die Hamburger Buchdruckerei Auer & Co. zu richten. Die Buchdruckerei befaßt sich nicht mit der Beantwortung von Fragen, die an uns gerichtet werden.

Freiburg, B. Von Ihrem Versammlungsbericht können wir keinen Gebrauch machen. Das von Ihnen benutzte Papier hätten Sie in drei gleiche Streifen schneiden sollen, dann hätte es ungefähr die Form gehabt, die am Seitenrand verwendbar ist. Manuskripte in der Größe von Zehnkilogramm wagen wir den Lesern des „Grundstein“ nicht vorzulegen.

Ludensweiler, B. C. Wir können doch wohl auch von den Vertretern der Zentral-Krankenkasse verlangen, daß sie uns die Versammlungsanzeigen so zuschicken, daß sie ohne Veränderung für den Druck zu gebrauchen sind. Oder sind Sie der Meinung, daß wir für die Zentral-Krankenkasse mehr Zeit zur Verfügung haben müßten als für die Zweigvereine unseres Verbandes?

E. 32. Natürlich haben Sie sich der Verleumdung schuldig gemacht, um so mehr, da Sie keine eigenen Interessen zu vertreten hatten.

Osnaabrück, Dr. Sie berichten, daß die Notiz über Osnaabrück in der Nr. 30 der „Baugewerkschaft“ als Schwindel zu bezeichnen ist. Das ist ohne weiteres glaubhaft. Sie können ja mal gelegentlich eingehender darüber berichten. Für diesmal lassen wir es hiermit bewenden.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 4.)

Berlin. Am 6. August starb unser treuer Verbandskollege **Samuel Kirste** im Alter von 59 Jahren an Magenleiden.

Cöln. In der Nacht von Donnerstag, den 9., auf Freitag, den 10. August, fand auf bis jetzt unaufgeklärte Weise den Tod durch Ertrinken in einem 1 1/2 Meter tiefen Klarbecken das Mitglied **Anton Kohlgraf** aus Freden im Alter von 30 Jahren.

Gießen. Am 8. August starb nach kurzem Krankenlager unser Verbandskollege **Richard Bannann** aus Amesdorf im 21. Lebensjahre an Typhus.

Seibenberg-Reutershausen. Am 7. August starb unser Verbandskollege **Peter Zoller** im Alter von 36 Jahren an der Proktarierkrankheit.

Magdeburg. Am 8. August starb unser treues Verbandsmitglied **W. Nabel** im Alter von 64 Jahren an Herzleiden.

Neubam. Am 4. August starb plötzlich unser Kollege **Wilhelm Rosenthal** im Alter von 47 Jahren.

Peine. Am 4. August starb plötzlich infolge eines Herzschlages unser treuer Kollege **Fritz Bethmann** im Alter von 51 Jahren.

Würzburg. Am 4. August starb unser treues Mitglied **Franz Rössner** im Alter von 30 Jahren an Bauchfellentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Heidenheim.

Die Adresse des Vorstehenden ist jetzt: **Friedrich Hochstatter, Rathenheimerstr. 42;** die des Kassierers: **Fidel Mayer, Hermannstr. 1.** Der Vorstand.

Nordenham.

Die Adresse des ersten Vorstehenden ist: **Hermann Oessermann, Biegen bei Nordenham;** der erste Kassierer **Wihl. Niemann** wohnt: **Etzolden bei Nordenham.** Sprechstunden des Kassierers sind Wochentags von 6 bis 8 1/2 Uhr Abends, Sonntags von 7 1/2 bis 11 Uhr Vormittags. [M. 2,40]

Pirna.

Die Adresse des Vertrauensmannes ist jetzt: **Hermann Herr, Schmiedestr. 27, Stb.** [M. 1,20]

Gardelegen.

Die Wohnung des Kassierers **Emil Brückmann** ist jetzt: **Klosterstr. 65.** [M. 1,20]

Bünde.

Die Adresse des Vorstehenden ist jetzt: **Heinrich Eickmeier, Einigkeitstr. 5, Bünde, Holfestr. 232.**

Der Kollege **Fritz Flötsmeier** (Verb.-Nr. 995 991) wird wegen Todesfalls in der Familie aufgefordert, seine Adresse einzufenden.

Wienburg.

Albert Mattern, Georgental 2.

Der Maurer **Paul Schneider**, geb. zu M.-Wiesnit, wird ersucht, seine Adresse seinem Vater mitzuteilen. **August Schneider, M.-Wiesnit b. Grlitz.** [90 4]

Alle Kollegen, die über den jetzigen Aufenthalt des Kollegen **Jakob Zoller**, geb. zu Speyer am 18. Juni 1888, Aufschluß geben können, werden gebeten, dies sofort zu tun. Mitteilungen sind an den Kassierer des Zweigvereins **Speyer, H. Arbogast**, zu adressieren. [M. 1,60]

Wasungen.

Der Zweigverein feiert am **26. August, Abends 8 Uhr**, im Gasthof „**Zum Hirsch**“ sein

Erstes Stiftungsfest

verbunden mit Ball.

Sämtliche Kollegen von Wasungen und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Pinneberg.

Sonntag, den **2. September, Nachmittags 4 Uhr**, in der „**Zentralhalle**“:

Fünfzehnjähriges Stiftungsfest

verbunden mit Preisfesten und Preisschießen.

Sämtliche Kollegen von Pinneberg und den umliegenden Bahnhöfen werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Das Festkomitee.

Werdau.

Sonntag, den **19. August, Nachmittags 4 Uhr**:

Sommervergnügen

im Restaurant „**Vergelt**“.

Sämtliche Kollegen von Werdau und Umgegend sind mit ihren Familien freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vertrauensmann.

Bochum.

Sonntag, den **26. August, Nachmittags 4 Uhr**:

Sommervergnügen

im Weissenfeldschen Lokale, an der Wittenstraße.

Sämtliche Kollegen von Bochum und den umliegenden Bahnhöfen sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Rötha.

Sonntag, den **19. August, Abends 6 Uhr**, im Gasthof zu **Geschwitz**:

Sommervergnügen

bestehend in Konzert und Ball.

Hierzu ladet alle Kollegen nochmals ein. [M. 3,00] Das Komitee.

Cunnersdorf.

Der Zweigverein feiert am Sonntag, den **26. August**, in der „**Andreaschenke**“ sein

Sechstes Stiftungsfest

bestehend in Konzert, Ball und humoristischen Vorträgen.

Sämtliche Kollegen vom Zweigverein werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Das Festkomitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den **19. August**.

Deutsch Eylau. Nachm. 3 Uhr beim Kollegen Raga.

Döbeln. Nachm. 3 Uhr im Restaurant „**Rudenterrasse**“. Mitgliedsbäder sind mitzubringen.

Hamm. Nachm. 3 Uhr.

Keuschberg. Nachm. 4 Uhr bei W. Menzies. Bäder sind mitzubringen.

Lausigk. Nachm. 4 Uhr im Restaurant **Bierob.** Referent anwesend. Bäder sind mitzubringen.

Luckenwalde. Nachm. 3 1/2 Uhr im Vereinslokal, Otto Schulze. Tagesordnung: Wahl der Baufunktion.

Worm. 11 Uhr in der „**Geisterburg**“. Mitgliedsbäder sind mitzubringen.

Wiesenburg. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Montag, den **20. August**.

Berlin. (Bezirg 1 und 2.) Abends 8 1/2 Uhr. L.-D. Vortrag, Diskussion, Verbandsangelegenheiten.

Dienstag, den **21. August**.

Altenburg. Abends 8 1/2 Uhr im „**Alber**“.

Mittwoch, den **22. August**.

Lucka. Abends 8 Uhr bei Rühn.

Rastenburg. Abends 7 1/2 Uhr. Referent: Kollege Schwarz.

Sonntag, den **25. August**.

Wanne. Abends 8 Uhr bei Gommberg, Schulstr. 9.

Zentral-Krankenkasse der Maurer ufm.

Sonntag, den **19. August**.

Luckenwalde. Bei Otto Wörfel.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.